

Rechtsgrundlagen: Geschäftsordnung Stadtrat und Kommunaleselbstverwaltungsgesetz (KSVG)

<i>Organisationseinheit:</i> Hauptverwaltung, Zentrale Steuerung und Kultur (1)	<i>Datum</i> 03.07.2024
--	----------------------------

<i>Beratungsfolge</i>			
Stadtrat	Kenntnisnahme	09.07.2024	Ö

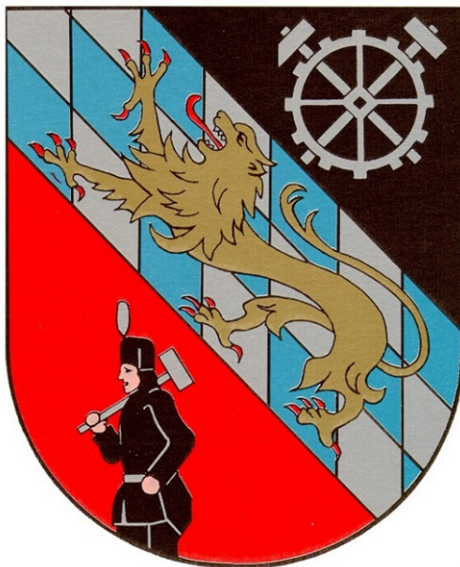
Sachverhalt

Die Geschäftsordnung des Stadtrates sowie eine aktuelle Fassung des Kommunaleselbstverwaltungsgesetzes sind als Anlage beigefügt. Die noch nicht in Kraft getretene Anlage B der Geschäftsordnung bzgl. Fraktionszuwendungsrichtlinie soll im Laufe des Jahres in einer Arbeitsgruppe mit den Fraktionen erarbeitet werden.

Finanzielle Auswirkungen

Anlage/n

1	Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt St. Ingbert
2	Kommunaleselbstverwaltungsgesetz des Saarlandes (KSVG)



Geschäftsordnung
für den Stadtrat
der Mittelstadt St. Ingbert

(in der Fassung des Stadtratsbeschlusses vom 19. Oktober 2023)

Geschäftsordnung für den Stadtrat der Mittelstadt St. Ingbert

Aufgrund des § 39 des Kommunaleselbstverwaltungsgesetzes (KSVG) vom 27. Juni 1997 (Amtsbl. S. 682) zuletzt geändert durch Gesetz vom 18. Februar 2023 (Amtsbl. I S. 204) hat der Stadtrat der Mittelstadt St. Ingbert durch Beschluss vom 20. Juli 2023 folgende Geschäftsordnung erlassen:

Teil I – Allgemeine Vorschriften

§1 Regelungsbereich

- (1) Diese Geschäftsordnung ergänzt bzw. konkretisiert die Regelungen des Saarländischen Kommunalverwaltungsgesetzes (KSVG) für Stadtrat, seine Mitglieder, Ausschüsse und Fraktionen hinsichtlich Aufgaben, Rechtsstellung und Verfahrensfragen.
- (2) Auf Zitate oder Hinweise auf den Gesetzestext wird im Nachfolgenden nach Möglichkeit verzichtet. Die Ratsmitglieder erhalten bei Amtsantritt ein Exemplar des KSVG sowie Informationen bei aktuellen Gesetzesänderungen. Im übrigen wird auf die aktuelle Gesamtausgabe des Gesetzestextes im Internet unter recht.saarland.de verwiesen.

§ 2 Verpflichtung der Stadtratsmitglieder

- (1) Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister verpflichtet die Stadtratsmitglieder vor ihrem Amtsantritt in öffentlicher Sitzung durch Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit. Die Verpflichtungsformel lautet:
"Ich verpflichte Sie hiermit zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung Ihres Amtes und zur Verschwiegenheit. Bei der Ausübung Ihres Amtes handeln Sie nach Ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Gewissensüberzeugung. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Sie haben gegenüber der Stadt eine besondere Treuepflicht, welche auch die Pflicht zur Verschwiegenheit über vertrauliche Angelegenheiten umfasst; das gilt auch, wenn Sie nicht mehr im Amt sind. Sie sind verpflichtet, an den Sitzungen des Stadtrates teilzunehmen. Sie vollziehen diese Verpflichtung jetzt durch Handschlag mit mir."
- (2) Jedes Stadtratsmitglied erhält spätestens am Tag seines Amtsantritts unaufgefordert diese Geschäftsordnung mit allen zugehörigen Anlagen in ihrer jeweils gültigen Fassung.

§ 3 Sitzungsteilnahme und Verschwiegenheit

- (1) Stadtratsmitglieder sind zur Teilnahme an Gremiensitzungen verpflichtet. Eine Verhinderung ist der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister und der Hauptverwaltung ggfs. unter Nennung einer Vertretung mitzuteilen.
- (2) Die Stadtratsmitglieder sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sie dürfen die Kenntnis nichtöffentlicher bzw. vertraulicher Angelegenheiten nicht unbefugt weitergeben oder verwerten. Diese Verpflichtung gilt auch nach dem Ausscheiden aus dem Amt.

§ 4 Entschädigung der Stadratsmitglieder

Über die Art und Höhe der Entschädigung für Stadratsmitglieder zur Abgeltung der mit ihrer Tätigkeit verbundenen baren Auslagen sowie des Sitzungsgeldes beschließt der Stadtrat in öffentlicher Sitzung. Der jeweils gültige Beschluss ist der Geschäftsordnung als Anlage A beigefügt.

§ 5 Mitwirkungsverbot bei Interessenwiderstreit

- (1) Stadratsmitglieder, die nach § 27 KSVG von der Mitwirkung bei Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen sein können, haben vor Beginn der Beratung des Tagesordnungspunktes die Sitzungsleitung unaufgefordert darauf hinzuweisen. Eine ggfs. erforderliche Abstimmung über das Vorliegen der Befangenheit erfolgt vor Beginn der Beratung der Angelegenheit. Vor der Beratung über das Vorliegen der Befangenheit ist dem betroffenen Ratsmitglied Gelegenheit zu einer Erklärung zur Frage der Befangenheit zu geben.
- (2) Bei nichtöffentlichen Sitzungen müssen Betroffene den Sitzungsraum verlassen, bei öffentlichen Sitzungen reicht es aus, wenn sie sich in den Zuhörerraum begeben.

§ 6 Fraktionen

- (1) Die Bildung der Fraktionen und ihre Bezeichnung, die Namen ihrer Mitglieder, der oder des Vorsitzenden und ihrer oder seiner Stellvertreterin oder ihres oder seines Stellvertreters sind der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister durch die Fraktionsvorsitzende oder den Fraktionsvorsitzenden schriftlich oder elektronisch mitzuteilen. Gleiches gilt für Änderungen in der Zusammensetzung einer Fraktion.
- (2) Den Fraktionen können zur Erfüllung ihrer organschaftlichen Aufgaben zweckgebundene Haushaltsmittel gewährt werden, deren Höhe der Stadtrat bestimmt. Die Fraktionen haben der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister bis zum 31. März jeden Jahres einen Nachweis über die Verwendung der jeweils im Vorjahr gezahlten Zuwendungen vorzulegen.
- (3) Näheres regelt Anlage B "Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Rates der Stadt St. Ingbert", die Teil dieser Geschäftsordnung ist.

§ 7 Besprechungsräume

Den im Stadtrat vertretenen Fraktionen werden im Rahmen der räumlichen Kapazitäten der Verwaltung bei Bedarf Multifunktionsräume zur Durchführung von regelmäßigen Besprechungen zur Verfügung gestellt.

§ 8 Schriftverkehr, elektronische Kommunikation

Schreiben von Gremienmitgliedern oder Fraktionen sind in der Regel direkt an die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister zu richten. Sofern die Schriftform gesetzlich nicht vorgeschrieben ist, kann auch auf elektronischem Wege kommuniziert werden. Dabei sind Schreiben betreffend des Auskunfts- und Anfragerechtes, der Akteneinsicht sowie der Tagesordnung ausschließlich an die E-Mail-Adresse der Oberbürgermeisterin bzw. des Oberbürgermeisters und an die einheitliche Funktionsadresse Hauptverwaltung@st-ingbert.de zu richten.

§ 9 Hygienekonzept

- (1) Der Stadtrat beschließt bei Bedarf ein Hygienekonzept für die Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse. Das Hygienekonzept enthält verbindliche Regelungen für alle Ratsmitglieder zur Durchführung der Sitzungen. Insbesondere werden Voraussetzungen für die Teilnahme an und das Verhalten während der Sitzungen geregelt. Das jeweils geltende Hygienekonzept ist Bestandteil der Geschäftsordnung (Anlage C). Weitergehende rechtliche Regelungen durch Gesetz oder Verordnung bleiben unberührt.
- (2) Der Stadtrat kann das Hygienekonzept jederzeit an aktuelle Entwicklungen anpassen.
- (3) Das Hygienekonzept gilt auch für Sitzungen der Ortsräte und sonstiger Gremien, sofern dort keine gesonderte Regelung beschlossen wird.
- (4) Ein möglicherweise notwendiges Hygienekonzept für Zuschauer wird von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister im Rahmen der Ausübung des Hausrechts festgelegt.

Teil II - Sitzungsordnung

§ 10 Einberufung

- (1) Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister beruft den Stadtrat und seine Ausschüsse nach Bedarf unter Mitteilung der Tagesordnung ein.
- (2) Die Veröffentlichung im Ratsinformationssystem stellt die Einladung zur Sitzung dar. Für die nicht am Ratsinformationssystem teilnehmenden Stadtratsmitglieder erfolgt die Einladung in schriftlicher Form durch Einwurf in den vom Stadtratsmitglied benannten Hausbriefkasten.
- (3) Der Stadtrat soll wenigstens alle drei Monate zu einer Sitzung einberufen werden. Die voraussichtlichen Sitzungstermine werden auch im Ratsinformationssystem veröffentlicht.
- (4) In der Woche vor einer Stadtratssitzung sollten nur in Ausnahmefällen Ausschüsse tagen.
- (5) Die Fraktionsvorsitzenden und die Beigeordneten erhalten, soweit sie nicht selbst stimmberechtigte Mitglieder sind, zu allen Sitzungen der Ausschüsse des Stadtrates Einladungen, in denen sie im Falle ihrer Teilnahme beratend teilnehmen. Ihr Nichterscheinen gilt nicht als unentschuldigtes Fehlen.

§ 11 Tagesordnung

- (1) Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister setzt die Tagesordnung fest sowie welche Gegenstände in öffentlicher oder in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden sollen. Der Stadtrat kann vor Eintritt in die Tagesordnung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Mitgliederzahl einzelne Tagesordnungspunkte absetzen, die Einteilung und die Reihenfolge ändern und ggfs. unvorhergesehene und keinen Aufschub duldende Angelegenheiten in die Tagesordnung aufnehmen. Der Stadtrat genehmigt die Tagesordnung.
- (2) Die einzelnen Tagesordnungspunkte sind in der Regel schriftlich zu erläutern. Die Erläuterung soll eine gedrängte Darstellung des Sachverhaltes, finanzielle Auswirkungen, die Beschlussvorschläge der Verwaltung und die Anträge enthalten. Die Beschlüsse vorberatender Gremien sind Teil der Sitzungsunterlagen und im Ratsinformationssystem ersichtlich oder werden per Tischvorlage zur Verfügung gestellt.
- (3) Informationsvorlagen dienen lediglich der Information der Gremienmitglieder, eine Aussprache oder Beschlussfassung ist nicht vorgesehen.

- (4) Gremienmitglieder können unter dem Tagesordnungspunkt "Mitteilungen und Anfragen" Fragen an die Verwaltung richten. Eine Aussprache, Diskussion oder Beschlussfassung findet nicht statt. Ist eine direkte Beantwortung nicht möglich, erfolgt die Beantwortung schriftlich. Die Antwort wird in die Niederschrift aufgenommen.
- (5) Die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes für die nächste Sitzung ist schriftlich oder elektronisch spätestens am Freitag, 12:00 Uhr der vorletzten Woche vor dem geplanten Sitzungstermin bei der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister zu beantragen. Der Antrag sollte von den Beantragenden entsprechend Absatz (2) erläutert sein und die Erläuterung einen eindeutig als solchen gekennzeichneten Beschlussvorschlag enthalten. Der Antrag wird dem Tagesordnungspunkt als Anlage beigefügt, es erfolgt keine inhaltliche Übernahme in die Beschlussvorlage der Sitzungseinladung. Die Stadtverwaltung nimmt zur Vorbereitung der Sitzung im Vorfeld Stellung zum Sachverhalt des Antrags.

§ 12 Öffentlichkeit

- (1) Die Sitzungen des Stadtrates sind grundsätzlich öffentlich.
- (2) Der Sitzungsraum ist so zu wählen, dass ausreichend Platz für die Öffentlichkeit sowie Pressevertreter vorhanden ist. Steht zu erwarten, dass der Sitzungsraum nicht ausreicht, so kann der Zutritt vom Besitz einer Zulassungskarte abhängig gemacht werden. Die Zulassungskarten werden von der Oberbürgermeisterin oder dem Oberbürgermeister in der Reihenfolge der Anträge abgegeben.
- (3) Den Pressevertretern sind besondere Sitzplätze vorbehalten.

§ 13 Einwohnerfragestunde

Einwohnerinnen und Einwohnern der Mittelstadt St. Ingbert wird vor Beginn der öffentlichen Sitzungen des Stadtrates im Rahmen einer Einwohnerfragestunde Gelegenheit gegeben sich zu äußern. Das Nähere wird durch Satzung geregelt, die als Anlage G beigefügt ist.

§ 14 Bild- und Tonaufnahmen

- (1) Während der Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse gilt ein grundsätzliches Verbot von Bild- und Tonaufnahmen. Dieses Verbot erstreckt sich auch auf jede Form der elektronischen Aufzeichnung oder Übertragung. Ausgenommen hiervon ist die Tonaufzeichnung der Sitzung durch die Schriftführung zur Erstellung der Niederschrift. Die Aufzeichnung wird nach Genehmigung der Niederschrift gelöscht.
- (2) Ton- und Bildaufnahmen sind ausnahmsweise von Presse, Rundfunk und anderen Medien zulässig, sofern die Stadtratsmitglieder zustimmen. Jedes Ratsmitglied kann verlangen, dass die Übertragung und Aufzeichnung seines Redebeitrags oder die Veröffentlichung der Aufzeichnung unterbleibt.

§ 15 Nichtöffentliche Sitzung

- (1) Die Öffentlichkeit ist ausgeschlossen, wenn rechtliche Regelungen, Rücksichten auf das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner dies erfordern. In der Regel in nichtöffentlicher Sitzung sind zu behandeln:
 - a) Vergaben,
 - b) Personalangelegenheiten,

- c) Grundstücksangelegenheiten,
 - d) Stundungs-, Erlass- oder Niederschlagungsanträge von Abgabepflichtigen,
 - e) Darlehnshingaben und Bürgschaftsübernahmen.
- (2) Bei nichtöffentlicher Sitzung dürfen nur die oder der Vorsitzende, die Stadtratsmitglieder sowie die zur Beratung notwendigen Verwaltungsbediensteten im Sitzungsraum verbleiben. Der Stadtrat kann gestatten, dass Sachverständige, deren Anwesenheit bei der Beratung notwendig ist, an der nichtöffentlichen Sitzung teilnehmen.
- (3) Die Oberbürgermeisterin oder der Oberbürgermeister unterrichtet die Öffentlichkeit über wichtige nichtöffentliche Beschlüsse des Stadtrates und seiner Ausschüsse, soweit keine rechtlichen Regelungen, Rücksichten auf das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.

§ 16 Handhabung der Ordnung und Ausübung des Hausrechts

- (1) Die oder der Vorsitzende kann die Sitzung auf bestimmte Zeit aussetzen oder ganz schließen, wenn sie durch Unruhe gestört wird oder wenn den Anordnungen, die sie oder er zur Aufrechterhaltung der Ordnung trifft, nicht nachgekommen wird. Kann die oder der Vorsitzende sich kein Gehör verschaffen, so verlässt sie oder er den Sitzungsraum. Die Sitzung ist alsdann auf eine Viertelstunde ausgesetzt.
- (2) Die oder der Vorsitzende kann:
- a) Rednerinnen oder Redner, die vom Verhandlungsgegenstand abschweifen oder sich in Wiederholungen ergehen, zur Sache verweisen,
 - b) Rednerinnen oder Redner, Stadtratsmitglieder und Sachverständige, welche die Ordnung verletzen, zur Ordnung rufen.
- (3) Ist eine Rednerin oder ein Redner beim gleichen Behandlungsgegenstand zweimal zur Sache verwiesen oder zur Ordnung gerufen worden, so kann die oder der Vorsitzende ihr oder ihm beim nächsten Verstoß das Wort entziehen. Für diesen Behandlungsgegenstand erhält die Rednerin oder der Redner das Wort nicht mehr. Stört ein Stadtratsmitglied oder eine Sachverständige oder ein Sachverständiger danach nochmals die Ordnung, so kann sie oder er von der oder dem Vorsitzenden nach dem dritten Ordnungsruf von der Sitzung ausgeschlossen werden. Der Ausschluss kann in schweren Fällen für mehrere, höchstens jedoch für drei Sitzungen ausgesprochen werden; hierfür bedarf es der Zustimmung des Stadtrates. Der Ausschluss von den Sitzungen des Stadtrates hat den Ausschluss von allen Ausschusssitzungen zur Folge.
- (4) In Ausübung des Hausrechts kann die oder der Vorsitzende Zuhörer, die Beifall oder Missfallen äußern oder in anderer Weise die Sitzung stören, zur Ordnung verweisen. Sie oder er kann einzelne und bei allgemeiner Unruhe sämtliche Zuhörer aus dem Sitzungsraum verweisen. Sie oder er kann Zuhörer, die wiederholt die Ruhe gestört haben, auf bestimmte Zeit vom Besuch der Sitzungen ausschließen.

§ 17 Verhandlungsleitung

- (1) Zu Beginn der Sitzung stellt die oder der Vorsitzende die Ordnungsmäßigkeit der Einladung, die Beschlussfähigkeit und die Zustimmung des Stadtrates zur Einteilung der Tagesordnung in den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil fest.
- (2) Sodann ruft die oder der Vorsitzende die einzelnen Gegenstände der Tagesordnung ihrer Reihenfolge nach zur Behandlung auf. Die Behandlung umfasst den Vortrag, die Beratung mit Antragstellung und die Beschlussfassung.

- (3) Sachlich zusammenhängende oder gleichartige Gegenstände können mit Zustimmung des Stadtrates gemeinsam behandelt werden.
- (4) Die oder der Vorsitzende schließt die Sitzung, wenn alle Behandlungsgegenstände, die Mitteilungen der Verwaltung und die Anfragen der Stadtratsmitglieder erledigt sind.

§ 18 Beratung

- (1) Die oder der Vorsitzende trägt den Behandlungsgegenstand vor. Für einzelne Behandlungsgegenstände kann sie oder er eine Beigeordnete oder Bedienstete oder einen Beigeordneten oder Bediensteten zur Berichterstatlerin oder zum Berichterstatter bestellen.
- (2) Nach dem Vortrag eröffnet die oder der Vorsitzende über jeden Behandlungsgegenstand die Beratung. Dazu erteilt sie oder er das Wort. Sind alle Wortmeldungen erledigt, so erklärt die oder der Vorsitzende die Beratung für geschlossen.
- (3) Die oder der Vorsitzende erteilt das Wort grundsätzlich in der Reihenfolge der Wortmeldungen. Die oder der Vorsitzende erteilt ferner zu Erklärungen und persönlichen Bemerkungen das Wort.
- (4) Wurde der Verhandlungsgegenstand aufgrund eines Antrags einer Fraktion auf die Tagesordnung genommen, erhält zunächst der bzw. die Antragstellende das Wort. Hat ein Ausschuss den Gegenstand behandelt, so ist der oder dem Ausschussvorsitzenden zunächst das Wort zu erteilen.
- (5) Zu dem Behandlungsgegenstand darf nur sprechen, wem das Wort erteilt ist. Das Wort kann an die gleiche Rednerin oder den gleichen Redner nur erneut erteilt werden, wenn alle Wortmeldungen von Rednerinnen oder Rednern, die noch nicht zur Sache gesprochen haben, erledigt sind.
- (6) Die Rednerin oder der Redner darf nur durch einen Ordnungsruf oder Sachverweisungsruf der oder des Vorsitzenden unterbrochen werden.
- (7) Die oder der Vorsitzende kann unter Berücksichtigung von Abs. 6 jederzeit das Wort ergreifen und Beigeordneten, Verwaltungsbediensteten, soweit ihr Aufgabenbereich betroffen wird, das Wort erteilen.
- (8) Der Stadtrat kann die Zahl der Rednerinnen oder Redner und die Redezeit der Fraktionen zu einzelnen Behandlungsgegenständen beschränken.

§ 19 Anträge

- (1) Die oder der Vorsitzende und jedes Stadtratsmitglied sind berechtigt, Anträge zu stellen.
- (2) Anträge zu einem Behandlungsgegenstand (Sachanträge) können gestellt werden, solange die Beratung nicht geschlossen ist. Sachanträge sind Anträge, die die materielle Erledigung des einzelnen Verhandlungsgegenstandes der Tagesordnung zum Ziel haben. Auch Zusatz- und Änderungsanträge sind Sachanträge.
- (3) Geschäftsordnungsanträge können unter Beachtung der Wortmeldungen jederzeit mit Bezug auf einen bestimmten Gegenstand, aber nur bis zum Schluss der Beratung über diesen Gegenstand, gestellt werden.
- (4) Ein Antrag muss so abgefasst sein, dass er Inhalt eines Beschlusses sein kann. In Zweifelsfällen kann die oder der Vorsitzende die schriftliche Abfassung des Antrages oder seine Erklärung zu Protokoll verlangen.

§ 20 Sachanträge finanzwirksamen Inhalts

- (1) Jeder Sachantrag, dessen Annahme eine Ausgabenerhöhung oder Einnahmемinderung gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplanes mit sich bringen würde, muss mit einem Deckungsantrag verbunden und im zuständigen Ausschuss behandelt worden sein. Über einen Antrag, der diesen Bestimmungen nicht entspricht, darf nicht beraten und beschlossen werden.
- (2) Wird der Deckungsantrag ganz oder teilweise abgelehnt, so gilt der Sachantrag als abgelehnt.

§ 21 Geschäftsordnungsanträge

- (1) Geschäftsordnungsanträge sind:
 - a) Änderung der Tagesordnung,
 - b) gemeinsame Behandlung gleichartiger oder sachlich zusammenhängender Tagesordnungspunkte,
 - c) Beschränkung der Rednerzahl und der Rednerzeit,
 - d) Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
 - e) Unterbrechung oder Vertagung der Sitzung und sonstige allgemeine Verfahrensankträge,
 - f) Übergang zur Tagesordnung,
 - g) Zurückverweisung des Tagesordnungspunktes an einen Ausschuss,
 - h) Schluss der Beratung zu dem Tagesordnungspunkt,
 - i) Vertagung des Tagesordnungspunktes.
- (2) Anträge auf Änderung der Tagesordnung können nur bis zum Eintritt in die Sachberatung des ersten Tagesordnungspunktes gestellt werden, alle anderen Anträge in jedem Stadium der Sitzung. Als Änderung der Tagesordnung gilt nicht die Änderung der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte.
- (3) Die Anträge auf Beschränkung der Rednerzahl und der Rednerzeit, auf Übergang zur Tagesordnung, Vertagung oder Zurückverweisung des Tagesordnungspunktes und Schluss der Beratung sind erst zulässig, wenn alle Fraktionen Gelegenheit hatten, das Wort zu ergreifen.

§ 22 Übergang zur Tagesordnung, Unterbrechung und Vertagung der Sitzung

- (1) Wird ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung angenommen, so ist der Gegenstand damit erledigt. Dasselbe gilt, wenn kein Sachantrag gestellt wird.
- (2) Die oder der Vorsitzende kann mit Zustimmung des Stadtrates die Sitzung für eine kurze und bestimmte Zeit unterbrechen. Nach Ablauf der Unterbrechung eröffnet die oder der Vorsitzende wieder die Sitzung.
- (3) Auf Antrag kann die oder der Vorsitzende mit Zustimmung des Stadtrates die Sitzung abbrechen und auf einen späteren Zeitpunkt verlegen. Die Sitzung darf nicht länger als eine Woche vertagt werden. Einer erneuten Einberufung des Stadtrates zu der vertagten Sitzung bedarf es nicht.

§ 23 Schluss der Beratung

- (1) Die oder der Vorsitzende hat auf Antrag eines Stadtratsmitgliedes die Beratung über einen Behandlungsgegenstand vorzeitig zu beenden, wenn der Stadtrat den Antrag auf Schluss der Beratung annimmt. Der Antrag ist erst zulässig, wenn alle Fraktionen Gelegenheit hatten, zum Wort zu kommen.

- (2) Wird ein Antrag auf Schluss der Beratung gestellt, so erhält je eine Rednerin oder ein Redner jeder Fraktion das Wort zu diesem Antrag. Zur Sache selbst darf dabei nicht gesprochen werden. Weitere Wortmeldungen sind bis zu der Abstimmung nicht zulässig. Wird der Antrag angenommen, so erhalten noch die Rednerinnen oder Redner das Wort, die sich vor der Antragstellung gemeldet hatten.

§ 24 Erklärungen und persönliche Bemerkungen

- (1) Zur Abgabe einer Erklärung kann die oder der Vorsitzende außerhalb der Tagesordnung das Wort erteilen.
- (2) Zu einer kurzen "persönlichen Bemerkung" erhält nach Erledigung eines Behandlungsgegenstandes das Wort, wer einen während der Behandlung gegen ihn erhobenen persönlichen Vorwurf abwehren, ein Missverständnis aufklären oder eigene Ausführungen oder deren unrichtige Wiedergabe durch andere Rednerinnen oder Redner richtigstellen will.
- (3) Eine Aussprache über eine Erklärung oder eine persönliche Bemerkung findet nicht statt.

§ 25 Beschlussfassung

- (1) Der Stadtrat beschließt mit einfacher Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen zur Feststellung der Beschlussfähigkeit, nicht aber zur Berechnung der Mehrheit mit. Bei Stimmengleichheit gilt ein Antrag als abgelehnt.
- (2) Die Abstimmung ist grundsätzlich offen. Sie erfolgt durch Handerheben. Das Zählen der Stimmen nimmt die oder der Vorsitzende oder eine oder ein von ihr oder ihm beauftragte Bedienstete oder beauftragter Bediensteter vor. Die oder der Vorsitzende stellt dabei fest, wer für den Antrag ist, wer gegen ihn ist und wer sich der Stimme enthält. Die Stimme eines Stadtratsmitgliedes, das auf keine der drei Fragen die Hand erhebt, ist ungültig. Bestehen über das Ergebnis der Abstimmung Zweifel, so kann die oder der Vorsitzende die Abstimmung wiederholen lassen. Ergibt das Abzählen kein klares Ergebnis, so erfolgt die Stimmabgabe durch Erheben vom Sitzplatz
- (3) Wenn mehr als ein Drittel der anwesenden und abstimmungsberechtigten Stadtratsmitglieder dem von einem Stadtratsmitglied gestellten Antrag auf namentliche Abstimmung zustimmen, wird namentlich abgestimmt. Die namentliche Abstimmung erfolgt offen durch Namensaufruf in alphabetischer Reihenfolge. In der Sitzungsniederschrift ist zu vermerken, wie jedes einzelne Stadtratsmitglied abgestimmt hat.
- (4) Wenn mehr als ein Drittel der anwesenden und abstimmungsberechtigten Stadtratsmitglieder dem von einem Stadtratsmitglied gestellten Antrag auf geheime Abstimmung zustimmen, wird geheim abgestimmt. Der Antrag auf geheime Abstimmung geht dem Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Die geheime Abstimmung erfolgt schriftlich unter Abgabe von Stimmzetteln. Bei der Auszählung der Stimmzettel sind zwei vom Stadtrat bestimmte Stadtratsmitglieder hinzuzuziehen. Ungültig sind Stimmzettel, aus denen der Wille der oder des Abstimmenden nicht eindeutig hervorgeht oder in denen sich die oder der Abstimmende zu erkennen gibt. Unbeschriebene Stimmzettel oder leere Umschläge gelten als ungültige Stimmen. Nach der Feststellung und Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses sind die Stimmzettel zu vernichten.
- (5) Einem Beschluss über die Verleihung des Ehrenbürgerrechtes müssen mindestens zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates in geheimer Abstimmung zustimmen.

§ 26 Wahlen

- (1) Wahlen werden durch geheime Abstimmung vorgenommen.
- (2) Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. Wird diese Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so tritt Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen oder Bewerbern ein, die im ersten Wahlgang die höchsten Stimmzahlen erreicht haben. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, wer in die Stichwahl kommt. Ergibt auch die Stichwahl Stimmgleichheit, so entscheidet das Los. Das Los zieht ein vom Stadtrat bestimmtes Stadtratsmitglied. Zum Ziehen des Loses darf nicht bestimmt werden, wer bei der Herrichtung der Lose mitgewirkt hat.
- (3) Beschlüsse über die Einstellung und die Anstellung von leitenden Beamten und Beschäftigten (Leitungsfunktionen ab Bes. Gr. A 12 bzw. ab Entgeltgruppe 13 TVÖD) werden nach den für die Wahlen geltenden Vorschriften gefasst.

§ 27 Allgemeine Abstimmungsgrundsätze

- (1) Die oder der Vorsitzende stellt jeden einzelnen Antrag zur Abstimmung.
- (2) Anträge sind eindeutig zu formulieren. Eine Abstimmung muss mit "Ja" oder "Nein" möglich sein.
- (3) In Sitzungen des Stadtrates kann über mehrere Tagesordnungspunkte gemeinsam abgestimmt werden, wenn in der vorangegangenen Ausschusssitzung kein Ausschussmitglied dagegen gestimmt hat; die gleiche Regelung gilt auch, wenn die oder der dagegen Stimmende ausdrücklich auf Einzelabstimmung verzichtet. Eine oder ein sich der Stimme Enthaltende oder Enthaltender muss ausdrücklich erklären, sofern sie oder er Einzelabstimmung wünscht.
- (4) Besteht eine Vorlage oder ein Antrag aus mehreren Teilen, so ist auf Antrag über jeden Teil – sofern sachlich trennbar – gesondert abzustimmen (Teilabstimmung). Bei einheitlicher Teilabstimmung entfällt eine Gesamtabstimmung.

§ 28 Zeitpunkt und Reihenfolge der Beschlussfassung

- (1) Über die vorliegenden Sachanträge wird nach Schluss der Beratung abgestimmt. Geschäftsordnungsanträge gehen den Sachanträgen vor und werden direkt behandelt.
- (2) Liegen mehrere Geschäftsordnungsanträge vor, wird jeweils zuerst über den Antrag beschlossen, welcher der Weiterbehandlung des Gegenstandes am meisten widerspricht.
- (3) Bei Sachanträgen ist zunächst über die Änderungs- und Ergänzungsanträge zu beschließen. Liegen mehrere Anträge vor, wird jeweils zuerst über den Antrag beschlossen, der inhaltlich am meisten von dem ursprünglichen Antrag abweicht.

§ 29 Niederschrift

- (1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Stadtrates ist eine Niederschrift zu fertigen. Sie ist in den öffentlichen und nichtöffentlichen Teil zu gliedern. Die Führung der Niederschrift obliegt der oder dem Vorsitzenden. Sie oder er kann sie einer oder einem Bediensteten der Gemeinde übertragen.
- (2) Die Niederschrift muss enthalten:
 - a) Ort, Tag, Beginn und Ende der Sitzung,
 - b) den Namen der oder des Vorsitzenden,

- c) die Namen der Stadtratsmitglieder mit Vermerk über An- und Abwesenheit (zeitweise, komplett entschuldigt oder unentschuldigt, ggfs. Ausschluss mit Ausschlussgrund)
 - d) die Namen der mit beratender Stimme teilnehmenden Sachverständigen und der von der oder dem Vorsitzenden zugezogenen Bediensteten der Stadtverwaltung,
 - e) einen Vermerk über die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit des Stadtrates,
 - f) die behandelten Gegenstände,
 - g) alle gestellten Anträge,
 - h) die Abstimmungs- und Wahlergebnisse,
 - i) den Wortlaut der Beschlüsse
- (3) Die Niederschrift ist von der oder dem Vorsitzenden, der Schriftführerin oder dem Schriftführer und den Fraktionsvorsitzenden der im Stadtrat vertretenen Fraktionen oder deren Vertretung zu unterzeichnen.
- (4) Die vorläufige Niederschrift wird bis zur nächsten Ratssitzung im Ratsinformationssystem bereitgestellt. In dieser Sitzung werden ggfs. Anmerkungen oder Einwendungen behandelt. Danach wird die ggfs. geänderte Niederschrift zur Abstimmung gestellt.
- (5) Die so genehmigte Niederschrift wird im Ratsinformationssystem bereitgestellt.

§ 30 Ausschüsse

- (1) Der Stadtrat bildet aus seiner Mitte mindestens die gesetzlich vorgeschriebenen Ausschüsse. Dabei legt er Ausschussstärke, Bezeichnung und Aufgabenbereiche fest. Der jeweils aktuelle Beschluss über Bezeichnung, Besetzung und Aufgabenzuordnung ist Bestandteil der Geschäftsordnung und als Anlage D beigefügt.
- (2) In den Ausschüssen sind alle dem Stadtrat vorbehaltenen Angelegenheiten zu behandeln. Die Beschlüsse der Ausschüsse sind dem Stadtrat zur Behandlung als Beschlussvorschlag vorzulegen. In dringenden Fällen kann auf eine Vorberatung verzichtet werden. Die Vorberatung erfolgt grundsätzlich nur in einem Ausschuss.
- (3) Die Beratungen der Ausschüsse zur Vorbereitung der Beschlüsse des Stadtrates sind nicht öffentlich. Die Beratungen der Ausschüsse in den zur Beschlussfassung übertragenen Angelegenheiten sind öffentlich, soweit nicht das öffentliche Wohl oder berechnigte Interessen Einzelner entgegenstehen.
- (4) Die Regelungen dieser Geschäftsordnung gelten analog für die Sitzungen der Ausschüsse.
- (5) Die oder der Vorsitzende kann mehrere Ausschüsse zur gemeinschaftlichen Behandlung und Beratung von Gegenständen einberufen. Jeder Ausschuss beschließt gesondert innerhalb seines Aufgabenbereiches.

§ 31 Aufgabenübertragung an die Verwaltung

Der Stadtrat überträgt auf die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister die in Anlage E aufgeführten Angelegenheiten. Fälle von grundsätzlicher Bedeutung sind dem zuständigen Ausschuss bzw. Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

§ 32 Aufgabenübertragung an Ausschüsse

Der Stadtrat überträgt den zuständigen Ausschüssen die in Anlage F aufgeführten Angelegenheiten zur endgültigen Beschlussfassung, sofern sie nicht nach dieser Geschäftsordnung auf den Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin übertragen sind. Fälle von grundsätzlicher Bedeutung sind dem Stadtrat zur Entscheidung vorzulegen.

§ 33 Berichtswesen

In einem vierteljährlichen Projekt-Reporting informiert die Verwaltung in schriftlicher Darstellung zu Status eines Projektes, Zeitschiene, verbrauchten und noch verfügbaren Haushaltsmitteln sowie Abweichungen von der Planung.

Teil III - Schlussbestimmungen

§ 34 Auslegung, Änderung, Gültigkeit

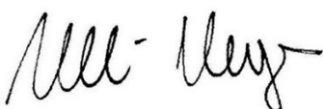
- (1) Bei Zweifel über die Anwendung oder die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet der Stadtrat, soweit nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen
- (2) Die Geschäftsordnung kann nur geändert werden, wenn die Änderung Gegenstand der Tagesordnung einer Stadtratssitzung ist.
- (3) Mit Zustimmung der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Stadtrates kann von der Geschäftsordnung im Einzelfall abgewichen werden, soweit gesetzliche Vorschriften nicht entgegenstehen.
- (4) Die Regelungen dieser Geschäftsordnung gelten für die Ortsräte analog, sofern sie sich keine eigene Geschäftsordnung geben.
- (5) Die Gültigkeit der Geschäftsordnung ist nicht auf die Amtszeit des Gemeinderates beschränkt.

§ 35 Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung tritt mit Ausnahme des § 6 Abs. 3 sowie der Anlage B "Fraktionszuwendungsrichtlinie" am 20. Oktober 2023 in Kraft.

Zum gleichen Zeitpunkt tritt die Geschäftsordnung in der Fassung der Beschlüsse vom 22. Februar 2000, 12. Juni 2001, 13. Dezember 2012 und 15.02.2022 außer Kraft.

§ 6 Abs. 3 sowie die Anlage B "Fraktionszuwendungsrichtlinie" werden erneut im Stadtrat beraten und treten in der dann beschlossenen Fassung zum 01. Juli 2024 in Kraft



Prof. Dr. Ulli Meyer
Oberbürgermeister

Anlagenübersicht:

- A – Beschluss des Stadtrates bzgl. Entschädigung der Gremienmitglieder
- B – Richtlinie „Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Rates der Stadt St. Ingbert“
- C – aktuelles Hygienekonzept
- D – Beschluss des Stadtrates bzgl. Bildung von Ausschüssen und deren Zuständigkeiten
- E – Aufgabenübertragung an die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister
- F – Aufgabenübertragung an die Ausschüsse
- G – Satzung über die Durchführung von Einwohnerfragestunden

Anlage A:
Beschluss des Stadtrates bzgl. Entschädigung der Gremienmitglieder



Beschlussauszug
aus der
öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Stadtrates
vom 26.09.2019

Top 11 Anpassung der Sitzungsgelder und Pauschalen

Beschluss:

Die monatlichen Pauschalen und Sitzungsgelder werden wie folgt neu festgesetzt:

1. Die monatliche Pauschale für Stadtratsmitglieder wird zum 01.10.2019 von bisher 102 € auf 150 € angehoben.
2. Das Sitzungsgeld wird zum 01.10.2019 von bisher 20 € auf 25 € angehoben.
3. Die monatliche Aufwandsentschädigung für Fraktionsvorsitzende entspricht der zweifachen Pauschale gemäß Nr. 1 sowie einem zusätzlichen Betrag in Höhe von 9 € je Fraktionsmitglied.
4. Die monatliche Aufwandsentschädigung für die Fraktionsgeschäftsführung entspricht der Pauschale gemäß Nr. 1.
5. Für die Teilnahme am Ratsinformations-System mit eigener Hardware wird eine monatliche Pauschale (RIS-Pauschale) von 20 € gewährt.
6. Die Pauschale zu Nr. 1. wird zum 01.01.2024 um 10 € auf 160 € und die Pauschale zur Nr. 2 zum 01.01.2024 um 5 Euro auf 30 € erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Teilabstimmung zu Nr. 1:

Zustimmung:	23
Ablehnung:	12
Enthaltung:	05

Teilabstimmung zu Nr. 2:

Zustimmung:	24
Ablehnung:	12
Enthaltung:	04

Teilabstimmung zu Nr. 3:



Beschlussauszug
aus der
Sitzung des Stadtrates
vom 12.06.2001

**Top 2.3 Neufestsetzung der Aufwandsentschädigung und des Sitzungsgeldes für
Stadt- und Ortsratsmitglieder - EURO-Umstellung**

Beschluss:

Ab 01.01.2002 erhalten

1. die Stadtratsmitglieder für die Teilnahme an Sitzungen des Stadtrates, seiner Ausschüsse und Unterausschüsse sowie die Ortsratsmitglieder für die Teilnahme an Sitzungen der Ortsräte einen Betrag von 20,-- EURO (zurzeit: 40,-- DM) pro Sitzungsteilnahme,
2. die Fraktionsvorsitzenden eine monatliche Aufwandsentschädigung von 256,-- EURO (zurzeit: 500,-- DM) zuzüglich eines Betrages von 5,-- EURO (zurzeit: 10,-- DM) für jedes Fraktionsmitglied,
3. die übrigen Mitglieder des Stadtrates eine monatliche Aufwandsentschädigung von 102,-- EURO (zurzeit: 200,-- DM),
4. die Geschäftsführung der im Stadtrat vertretenen Fraktionen eine monatliche Aufwandsentschädigung von 102,-- EURO (zurzeit: 200,-- DM) zuzüglich eines monatlichen Betrages von 13,-- EURO (zurzeit: 25,-- DM) für jedes Fraktionsmitglied.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig dafür

Anlage B:
Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Rates der Stadt St. Ingbert - Fraktionszuwendungsrichtlinie

Anlage C:
Hygienekonzept für Gremiensitzungen der Mittelstadt St. Ingbert

Hygienekonzept für Gremiensitzungen der Mittelstadt St. Ingbert

Der Stadtrat der Mittelstadt St. Ingbert hat in seiner Sitzung vom ... gem. § 9 der Geschäftsordnung folgendes Hygienekonzept in Ergänzung seiner Geschäftsordnung vom ... (zuletzt geändert durch Beschluss des Stadtrates vom...) beschlossen:

Dieses Hygienekonzept ersetzt das bisherige Hygienekonzept, tritt am ... in Kraft und mit Ablauf des ... außer Kraft. In Abhängigkeit von der aktuellen Infektions- bzw. Rechtslage können einzelne Gremien vor Eintritt in die Tagesordnung Abweichungen von diesem Konzept sowie dem "Hygienekonzept für Zuschauer" beschließen. Der Stadtrat kann jederzeit eine Verlängerung oder Verkürzung der Geltungsdauer beschließen

**Anlage D:
Beschluss des Stadtrates bzgl. Bildung von Ausschüssen und deren
Zuständigkeiten**



Beschlussauszug
aus der
Öffentliche konstituierende Sitzung des Stadtrates
vom 04.07.2019

Top 4 Bildung von Ausschüssen

Beschluss:

1. Es werden nachstehende Ausschüsse gebildet:
 - Haupt-, Personal- und Finanzausschuss (HPFA)
 - Kultur-, Bildungs- Sozial- und Tourismusausschuss (KBSTA)
 - Stadtentwicklungs-, Biosphären-, Umwelt- und Demografieausschuss (SBU-DA)
 - Bau- und Werksausschuss (BWA)
 - Rechnungsprüfungsausschuss (RPA)

2. Die Ausschussstärke wird auf 11 Mitglieder, beim Rechnungsprüfungsausschuss auf 6 Mitglieder festgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Teilabstimmung zu 1:

Einstimmig dafür.

Teilabstimmung zu 2:

Zustimmung:	37
Ablehnung:	03
Enthaltung:	01

Haupt-, Personal- und Finanzausschuss

Zuständigkeit nach § 48 KSVG für Personal- und Finanzangelegenheiten sowie Angelegenheiten nachfolgender Produkte entsprechend § 32 "Aufgabenübertragung an die Ausschüsse" dieser Geschäftsordnung. In der Ferienzeit übernimmt der Ausschuss zur Aufrechterhaltung eines geregelten Geschäftsgangs als Ferianausschuss die Aufgaben der anderen Ausschüsse mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsausschusses.

Produkt	Produktbezeichnung
1.1.01.01	Räte, Ausschüsse und Fraktionen
1.1.01.02	Verwaltungsführung
1.1.03.01	Gleichstellung von Mann und Frau
1.1.04.01	Personalrat
1.1.05.01	Zentrale Dienstleistungen
1.1.06.01	Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit
1.1.07.01	Personalverwaltung
1.1.07.02	Personalabrechnung
1.1.07.03	Produkt für zentrale Personal- und -versorgungsaufwendungen
1.1.09.01	Organisation
1.1.09.02	Informations- und Kommunikationstechnik - IKT -
1.1.09.03	Informationssicherheit
1.1.10.01	Datenschutz
1.1.10.02	Rechtsangelegenheiten
1.1.10.03	Versicherungsangelegenheiten
1.1.12.01	Städtepartnerschaften und Patenschaften
1.1.13.01	Beratung und Unterstützung der Vereine und des Ehrenamtes
1.2.10.01	Wahlen
4.2.10.01	Allgemeine Sportförderung
4.2.40.01	Sportstätten
1.1.08.01	Haushaltsplanung
1.1.08.02	Rechnungswesen, Jahresabschluss
1.1.08.03	Finanzierungs- und Liquiditätsmanagement
1.1.08.04	Controlling, Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)
1.1.08.05	Vollstreckungsdienst
1.1.08.06	Steuern und sonstige Abgaben
1.1.08.09	Produkt zur Verrechnung von Leistungen an beteiligte Gesellschaften
1.2.01.01	Allgemeine Sicherheit und Ordnung
1.2.01.02	Gewerbe, Gaststätten
1.2.01.03	Märkte
1.2.01.04	Ordnungswidrigkeiten und Verwarngelder
1.2.02.01	Einwohnermeldeangelegenheiten
1.2.02.04	Fahr- und Beförderungserlaubnisse
1.2.02.05	Fahrzeugzulassungen
1.2.03.01	Personenstandsangelegenheiten
1.2.20.01	Brandschutz, technische Hilfe, Zivil- und Katastrophenschutz
1.2.20.02	Organisation Krisen- und Katastrophenschutz
6.1.10.01	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlage
6.1.10.02	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

6.1.10.03	Produkt zur Verrechnung der Personalkosten
------------------	--

Kultur-, Bildungs-, Sozial- und Tourismusausschuss

Zuständigkeit für Angelegenheiten nachfolgender Produkte entsprechend § 32 "Aufgabenübertragung an die Ausschüsse" dieser Geschäftsordnung

Produkt	Produktbezeichnung
2.5.01.01	Bildende Kunst (außer Museen)
2.5.01.02	Kulturelle Veranstaltungen
2.5.01.03	Stadt- und Dorffeste
2.5.02.01	Kulturförderung
2.5.04.01	Volkshochschule
2.5.05.01	Musikschule
2.5.06.01	Stadtbücherei
2.5.25.01	Erhaltung und Erschließung von Archivgut
2.8.01.01	Förderung von Wissenschaft und Forschung
2.9.10.01	Förderung von Kirchen und Religionsgemeinschaften
5.1.30.01	Koordination und Entwicklung der Biosphäre
7.1.10.03	Albert-Weisgerber-Stiftung
2.1.01.01	Schulen
2.1.02.01	Schülerbeförderung
2.1.02.02	Ganztägige Förder- und Betreuungskonzepte
2.1.03.01	Schulbuchausleihe
2.1.03.03	Jugendverkehrsschule
3.1.20.01	Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen
3.1.50.01	Soziale Einrichtungen
3.3.10.01	Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege
3.5.10.02	Soziale Leistungen
3.6.10.01	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und Betrieb solcher Einrichtungen
3.6.40.01	Freiwillige Leistungen für Familien, Kinder und Senioren
1.1.06.02	Neubürgeragentur
5.7.50.01	Förderung des Tourismus

Stadtentwicklungs-, Biosphären-, Umwelt- und Demographieausschuss

Zuständigkeit nach § 48 KSVG für Natur- und Umweltschutzangelegenheiten sowie für Angelegenheiten nachfolgender Produkte entsprechend § 32 "Aufgabenübertragung an die Ausschüsse" dieser Geschäftsordnung

Produkt	Produktbezeichnung
5.1.10.01	Bauleitplanung
5.1.10.02	Stadtentwicklung
5.1.20.02	Umlegungsverfahren und Vermessung
5.1.20.03	Raumbezogene Informationssysteme
5.2.10.01	Genehmigungsverfahren
5.2.10.02	Überprüfungen der Bauordnung
5.4.60.01	Parkflächen und Parkhäuser
5.4.70.01	ÖPNV
5.5.10.01	Natur- und Landschaftspflege einschl. Biotope
5.5.15.02	Öffentliche Grün- und Freiflächen, Parkanlagen
5.5.15.03	Öffentliche Spiel- und Bolzplätze
5.5.20.01	Wald- und Forstwirtschaft
5.5.20.03	Wasser und Wasserbau
5.5.30.01	Friedhöfe, Bestattungswesen
5.6.10.01	Umweltschutzmaßnahmen
5.6.10.03	Klimaschutz
5.7.10.01	Wirtschaftsförderung

Bau- und Werksausschuss

Zuständigkeit für Angelegenheiten nachfolgender Produkte entsprechend § 32 "Aufgabenübertragung an die Ausschüsse" dieser Geschäftsordnung sowie
Werksausschuss für die Eigenbetriebe Abwasser (EBA) und Abfall (ABBS)

Produkt	Produktbezeichnung
5.3.70.01	Kompostieranlage
5.4.10.01	Öffentliche Straßen und sonstige Verkehrsflächen
5.4.10.02	Ingenieurbauwerke
5.4.10.04	Öffentliche Beleuchtungsanlagen
5.4.10.05	Verkehrliche Planung und Verkehrsregelungen SBUDA
5.4.80.01	Stadtreinigung
5.7.30.01	Bauhof, Betrieb
1.1.11.01	An- und Verkauf und Bewirtschaftung unbebauter Grundstücke
1.1.11.02	An- und Verkauf und Bewirtschaftung bebauter Grundstücke

Rechnungsprüfungsausschuss

Zuständigkeit nach § 48 KSVG für Rechnungsprüfungsangelegenheiten sowie Angelegenheiten nachfolgender Produkte entsprechend § 32 "Aufgabenübertragung an die Ausschüsse" dieser Geschäftsordnung

Produkt	Produktbezeichnung
1.1.18.01	Prüfungswesen

**Anlage E:
Aufgabenübertragung an die Verwaltung**

Geschäftsordnung für den Stadtrat der Mittelstadt St. Ingbert vom 19.10.2023

Anlage E: Aufgabenübertragung an die Verwaltung

Der Stadtrat überträgt entsprechend § 31 dieser Geschäftsordnung "Aufgabenübertragung an die Verwaltung" auf die Oberbürgermeisterin oder den Oberbürgermeister nachfolgende Angelegenheiten. Für die Eigenbetriebe gilt die jeweilige Betriebsatzung.

- a) Die Vergabe von Aufträgen nach der VOB mit einem Wert bis 250.000 € (netto), übrige Vergaben bis 30.000 € - sofern keine Mittel umgewidmet werden müssen und eine positive Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes vorliegt. Vergaben nach VOB über 30.000 € werden dem folgenden zuständigen Ausschuss mitgeteilt.
- b) Grundstücksan- und -verkäufe bis zu einem Grundstückspreis von 5.000 €
- c) Der Verkauf von Vermögensgegenständen bis zu einem Wert von 5.000 €
- d) Grunddienstbarkeiten und Eintragungen von Baulasten wie z.B. Leitungs-, Wege- oder Fensterrechte
- e) Verzicht auf Vorkaufsrechte, sofern nach Information der Fraktionsvorsitzenden und der Mitglieder des zuständigen Ausschusses binnen zwei Wochen keine Ausschusssitzung beantragt wird. Der Verzicht wird dem zuständigen Ausschuss in der nächstmöglichen Sitzung mitgeteilt.
- f) Vermietung und Verpachtung von unbebauten und bebauten Grundstücken sowie die Bestellung von Erbbaurechten bis zu einem Miet- bzw. Pachtzins von 12.000 € jährlich
- g) Die Beauftragung von Nachträgen im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung stehenden Mittel. Es erfolgt eine Mitteilung in der nächstmöglichen Sitzung des ursprünglich beschließenden Gremiums
- h) Der Verzicht auf Ansprüche der Stadt und Abschluss von Vergleichen bis zu einer Höhe von 5.000 € (netto)
- i) die Stundung von Forderungen der Stadt mit einem Wert bis 12.500 €
- j) die Niederschlagung von Forderungen der Stadt mit einem Wert bis 1.250 €
- k) Personalangelegenheiten (Einstellung, Einstufung, Entlassung) von Beschäftigten bis einschließlich Entgeltgruppe 5 TVöD bzw. S8a SuE, darüber hinaus nur mit einer Befristung bis zu 6 Monaten
- l) Alle den Bediensteten tarifvertraglich oder dienstrechtlich zustehenden personalwirtschaftlichen Leistungen (z.B. Arbeitszeitanpassungen, Kindererziehung).
- m) Kündigungen in der Probezeit und bei Verstößen gegen die arbeitsrechtlichen Pflichten.
- n) Die Bereitstellung von nicht erheblichen überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die nicht über das Budget des Deckungskreises abgedeckt sind. Als erheblich gilt eine Überschreitung des Haushaltsansatzes um 10%, mindestens jedoch mehr als 20.000 Euro
- o) Die Bereitstellung von nicht erheblichen außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen, die nicht über das Budget des Deckungskreises abgedeckt sind. Als erheblich gilt ein Betrag ab 20.000 Euro
- p) Das Führen von Prozessen in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, soweit sie in die Zuständigkeit der Amtsgerichte fallen.
- q) Weitere vom Stadtrat in besonderen Fällen per Beschluss übertragene Angelegenheiten (z.B. auf Vorschlag Abt. 65: Zeitlich befristete Erhöhung der Vergabegrenzen bei Bauvorhaben Ludwigschule, Baumwollspinnerei, FGTS Südschule und FGTS Albert-Weisgerber-Schule)

**Anlage F:
Aufgabenübertragung an die Ausschüsse**

Geschäftsordnung für den Stadtrat der Mittelstadt St. Ingbert vom 19.10.2023

Anlage F: Aufgabenübertragung an Ausschüsse

Der Stadtrat überträgt entsprechend § 32 dieser Geschäftsordnung "Aufgabenübertragung an die Ausschüsse" den zuständigen Ausschüssen die nachfolgenden Angelegenheiten zur endgültigen Beschlussfassung, sofern sie nicht nach Anlage E auf den Oberbürgermeister oder die Oberbürgermeisterin übertragen sind. Für die Eigenbetriebe gilt die jeweilige Betriebsatzung.

- a) Die Vergabe von Aufträgen mit einem Wert bis 500.000 € (netto)
- b) Grundstücksan- und -verkäufe bis zu einem Grundstückspreis von 200.000 €
- c) Der Verkauf von Vermögensgegenständen bis zu einem Wert von 100.000 € (netto)
- d) Vermietung und Verpachtung von unbebauten und bebauten Grundstücken sowie die Bestellung von Erbbaurechten bis zu einem Miet- bzw. Pachtzins von 60.000 € jährlich
- e) die Entscheidung über die Führung von Rechtsstreiten mit einem Streitwert bis 10.000 €
- f) Der Verzicht auf Ansprüche der Stadt und den Abschluss von Vergleichen bis 25.000€ (netto)
- g) alle Fälle des Einvernehmens, die außerhalb der Regelung des Baugesetzbuches liegen, insbesondere Fälle nach dem Immissionsschutzgesetz
- h) Befreiungsfälle von Bebauungsplanfestsetzungen nach § 31 Abs. 2 BauGB - Ausnahmen und Befreiungen, wenn die dort genannten Tatbestandsmerkmale vorliegen
- i) alle Fälle des § 34 BauGB - Zulässigkeit von Vorhaben innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile - (unbeplanter Innenbereich), bei denen die baurechtliche Würdigung zu keinem eindeutigen Ergebnis führt
- j) die Verrentung von Erschließungsbeitragsforderungen.
- k) die Stundung von Forderungen der Stadt mit einem Wert bis 37.500 €
- l) die Niederschlagung von Forderungen der Stadt mit einem Wert bis 5.000 €
- m) Die Bereitstellung von erheblichen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen von 20.000 bis 100.000 Euro
- n) alle Angelegenheiten von Beamtinnen und Beamten bis einschließlich Besoldungsgruppe A 9 S, sofern diese nicht im Rahmen der beamtenrechtlichen Bestimmungen geregelt sind.
- o) alle Angelegenheiten (Einstellung, Einstufung, Entlassung) von Beschäftigten bis einschließlich Entgeltgruppe E 9a TVöD bzw. S11a SuE, sofern diese nicht tarifvertraglich geregelt sind
- p) alle Angelegenheiten von Auszubildenden, Beamtenanwärterinnen und Beamtenanwärttern
- q) der Abschluss von Zeitverträgen von mehr als 6 Monaten Dauer.
- r) nach den Sozialgesetzbüchern geförderte Einstellungen
- s) Verzicht auf Vorkaufsrechte, sofern von Fraktionen beantragt
- t) Weitere vom Stadtrat in besonderen Fällen per Beschluss übertragene Angelegenheiten (z.B. auf Vorschlag Abt. 65: Zeitlich befristete Erhöhung der Vergabegrenzen bei Bauvorhaben Ludwigschule, Baumwollspinnerei, FGTS Südschule und FGTS Albert-Weisgerber-Schule)
- u) Ein ggfs. notwendiger Ferienausschuss beschließt endgültig unabhängig von den Wertgrenzen nach a) - f) sowie m)

Anlage G:
Satzung über die Durchführung von Einwohnerfragestunden

Satzung der Mittelstadt St. Ingbert über die Durchführung von Einwohnerfragestunden

(Beschluss des Stadtrates vom 11. Juli 2006, in Kraft seit 20. Juli 2006)

§1 Personenkreis

- (1) Einwohnerinnen und Einwohner haben bei öffentlichen Sitzungen des Stadtrates der Mittelstadt St. Ingbert die Gelegenheit, Fragen aus dem Bereich der kommunalen Selbstverwaltung zu stellen sowie Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten.
- (2) Den Einwohnerinnen und Einwohnern gleich gestellt sind Grundbesitzerinnen Grundbesitzer und Gewerbetreibende, die nicht in der Stadt St. Ingbert wohnen, sowie juristische Personen und nichtrechtsfähige Personenvereinigungen.

§2 Verfahren

- (1) Die Einwohnerfragestunde findet jeweils zu Beginn einer öffentlichen Stadtratssitzung vor Eintritt in die Tagesordnung statt. Ihre Dauer soll 15 Minuten nicht überschreiten. Mit Zustimmung des Stadtrates kann die Fragezeit um 15 Minuten verlängert werden.
- (2) Die oder der Vorsitzende eröffnet, leitet und schließt die Einwohnerfragestunde. Die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Stadtrates über die Handhabung der Ordnung und die Ausübung des Hausrechtes gelten sinngemäß.
- (3) Fragen, Anregungen und Vorschläge müssen kurz gefasst sein und dürfen grundsätzlich die Dauer von drei Minuten nicht überschreiten. Schriftlich eingereichte Fragen, die spätestens drei Arbeitstage vor der Sitzung bei der Stadt eingehen, werden bevorzugt behandelt. Fragen, die während der Fragestunde nicht beantwortet werden können, sind der Fragestellerin oder dem Fragesteller unverzüglich schriftlich zu beantworten; die Antwort ist den Fraktionen zur Kenntnis zu geben.
- (4) Frageberechtigte dürfen in der Fragestunde zu nicht mehr als zwei Angelegenheiten Fragen stellen. Diese dürfen nicht Gegenstand der Tagesordnung der betreffenden Stadtratssitzung sein.
- (5) Die oder der Vorsitzende kann Fragen zurückweisen oder die Unterbreitung von Anregungen und Äußerungen unterbinden, wenn
 - a. sie nicht den Bereich der kommunalen Selbstverwaltung betreffen
 - b. Rücksichten auf das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen
 - c. die Fragezeit nach Absatz 1 ausgeschöpft ist.

§3 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Inhaltsverzeichnis

Teil I – Allgemeine Vorschriften	2
§1 Regelungsbereich	2
§ 2 Verpflichtung der Stadtratsmitglieder	2
§ 3 Sitzungsteilnahme und Verschwiegenheit.....	2
§ 4 Entschädigung der Stadtratsmitglieder	3
§ 5 Mitwirkungsverbot bei Interessenwiderstreit	3
§ 6 Fraktionen	3
§ 7 Besprechungsräume.....	3
§ 8 Schriftverkehr, elektronische Kommunikation	3
§ 9 Hygienekonzept.....	4
Teil II - Sitzungsordnung	4
§ 10 Einberufung.....	4
§ 11 Tagesordnung	4
§ 12 Öffentlichkeit.....	5
§ 13 Einwohnerfragestunde	5
§ 15 Nichtöffentliche Sitzung	5
§ 16 Handhabung der Ordnung und Ausübung des Hausrechts	6
§ 17 Verhandlungsleitung	6
§ 18 Beratung.....	7
§ 19 Anträge	7
§ 20 Sachanträge finanzwirksamen Inhalts.....	8
§ 21 Geschäftsordnungsanträge.....	8
§ 22 Übergang zur Tagesordnung, Unterbrechung und Vertagung der Sitzung.....	8
§ 23 Schluss der Beratung	8
§ 24 Erklärungen und persönliche Bemerkungen.....	9
§ 25 Beschlussfassung.....	9
§ 26 Wahlen	10
§ 27 Allgemeine Abstimmungsgrundsätze.....	10
§ 28 Zeitpunkt und Reihenfolge der Beschlussfassung	10
§ 29 Niederschrift.....	10
§ 30 Ausschüsse	11
§ 31 Aufgabenübertragung an die Verwaltung	11
§ 32 Aufgabenübertragung an Ausschüsse.....	12
§ 33 Berichtswesen	12

Teil III - Schlussbestimmungen.....	12
§ 34 <i>Auslegung, Änderung, Gültigkeit</i>	12
§ 35 <i>Inkrafttreten</i>	12
Anlage A: Beschluss des Stadtrates bzgl. Entschädigung der Gremienmitglieder	14
Anlage B: Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an die Fraktionen des Rates der Stadt St. Ingbert - Fraktionszuwendungsrichtlinie	17
Anlage C: Hygienekonzept für Gremiensitzungen der Mittelstadt St. Ingbert.....	23
Anlage D: Beschluss des Stadtrates bzgl. Bildung von Ausschüssen und deren Zuständigkeiten	25
Anlage E: Aufgabenübertragung an die Verwaltung.....	32
Anlage F: Aufgabenübertragung an die Ausschüsse	34
Anlage G: Satzung über die Durchführung von Einwohnerfragestunden	36

Amtliche Abkürzung: KSVG
Neugefasst: 27.06.1997
Textnachweis ab: 01.01.2002
Dokumenttyp: Gesetz
Quelle:



Fundstelle: Amtsblatt 1997, 682
Gliederungs-Nr: 2020-1

Gesetz Nr. 788 - Kommunalselbstverwaltungsgesetz - KSVG -
 Vom 15. Januar 1964
 in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997

Zum 01.07.2024 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Stand: letzte berücksichtigte Änderung: Inhaltsverzeichnis geändert sowie § 50 neu gefasst durch Gesetz vom 12. Dezember 2023 (Amtsbl. I S. 1119)

Nichtamtliches Inhaltsverzeichnis

Titel	Gültig ab
Gesetz Nr. 788 - Kommunalselbstverwaltungsgesetz - KSVG - vom 15. Januar 1964 in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Juni 1997	01.01.2002
Inhaltsverzeichnis	22.12.2023
Teil A - Gemeindeordnung	01.01.2002
Erster Teil - Grundlagen	01.01.2002
I. Abschnitt - Wesen, Rechtsstellung und Aufgaben	01.01.2002
§ 1 - Wesen der Gemeinden	12.03.2004
§ 2 - Namen und Bezeichnungen	05.12.2008
§ 3 - Wappen, Farben und Dienstsiegel	05.12.2008
§ 4 - Gemeindearten	01.01.2008
§ 5 - Selbstverwaltungsangelegenheiten	09.09.2016
§ 6 - Auftragsangelegenheiten	09.09.2016
§ 7 - Besondere Aufgaben der Mittelstädte	01.01.2002
§ 8 - Besondere Aufgaben der kreisfreien Städte	01.01.2002
§ 9 - Besondere Aufgaben der Landeshauptstadt Saarbrücken	01.01.2008
§ 10 - Kommunale Gemeinschaftsarbeit	01.01.2002
§ 11 - Sicherung der Mittel	01.01.2002
§ 12 - Gemeindegremien	12.03.2004
II. Abschnitt - Gemeindegebiet	01.01.2002
§ 13 - Gebietsbestand	01.01.2002

Titel	Gültig ab
§ 14 - Gebietsänderungen	01.01.2002
§ 15 - Verfahren	05.12.2008
§ 16 - Auseinandersetzung	05.12.2008
§ 17 - Abgabefreiheit	01.01.2002
III. Abschnitt - Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger	01.01.2002
§ 18 - Begriff	01.01.2002
§ 19 - Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner	01.01.2002
§ 20 - Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner	31.07.2009
§ 20a - Einwohnerfragestunde	01.01.2002
§ 20b - Einwohnerbefragung	01.01.2002
§ 21 - Einwohnerantrag	05.12.2003
§ 21a - Bürgerbegehren und Bürgerentscheid	18.12.2020
§ 22 - Anschluss- und Benutzungszwang	01.01.2002
§ 23 - Ehrenbürgerrecht und Ehrenbezeichnungen	01.01.2002
§ 24 - Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger	01.01.2002
§ 25 - Ablehnung ehrenamtlicher Tätigkeit	01.01.2002
§ 26 - Treuepflicht	01.01.2002
§ 27 - Mitwirkungsverbot bei Interessenwiderstreit und Heilung bei Verfahrensmängeln	18.12.2020
§ 28 - Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit	18.12.2020
Zweiter Teil - Organe und Verwaltung	01.01.2002
I. Abschnitt - Allgemeine Vorschriften	01.01.2002
§ 29 - Organe	01.01.2002
§ 30 - Rechtsstellung der Organträger	19.06.2014
§ 31 - Amtszeit	07.09.2007
II. Abschnitt - Gemeinderat	01.01.2002
§ 32 - Zusammensetzung und Wahl des Gemeinderats	18.12.2020
§ 33 - Pflichten und Rücktrittsrecht	18.12.2020
§ 34 - Aufgaben des Gemeinderats	01.01.2002
§ 35 - Vorbehaltene Aufgaben	18.12.2020
§ 36 - Zuständigkeit bei Interessenwiderstreit	01.01.2002
§ 37 - Auskunftsrecht	01.01.2002

Titel	Gültig ab
§ 38 - Sitzungszwang	01.01.2002
§ 39 - Geschäftsordnung	01.01.2002
§ 40 - Öffentlichkeit	18.12.2020
§ 41 - Einberufung und Tagesordnung	17.12.2021
§ 42 - Vorsitz	19.06.2014
§ 43 - Aufgaben der oder des Vorsitzenden	01.01.2002
§ 44 - Beschlussfähigkeit	12.03.2004
§ 45 - Beschlussfassung	05.12.2008
§ 46 - Wahlen	01.01.2002
§ 47 - Niederschrift	01.01.2002
§ 48 - Ausschüsse	17.12.2021
§ 49 - Hinzuziehung von Sachverständigen und anderen Personen zu den Sitzungen	01.01.2002
§ 49a - Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	01.01.2002
§ 50 - Integrationsbeiräte, Integrationsbeauftragte	22.12.2023
§ 50a - Interessenvertretung für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderungen	06.09.2019
§ 51 - Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder	18.12.2020
§ 51a - Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außerordentlichen Notlagen	28.08.2020
§ 52 - Vorzeitige Beendigung der Amtszeit bei Gebietsänderungen	05.12.2008
§ 53 - Auflösung des Gemeinderats	05.12.2008
III. Abschnitt - Bürgermeisterin, Bürgermeister und Beigeordnete	01.01.2002
§ 54 - Eignung	01.01.2002
§ 55 - Ausschreibung	01.01.2002
§ 56 - Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters	19.06.2014
§ 57 - Wahlanfechtung	01.01.2002
§ 58 - Abwahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters	18.12.2020
§ 58a - Ruhestand auf Antrag aus besonderem Grund	18.12.2020
§ 59 - Aufgaben der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters	19.06.2014
§ 60 - Widerspruchs- und Vorlagepflicht bei rechtswidrigen Beschlüssen	01.01.2002
§ 61 - Anordnungsbefugnis der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters in dringenden Angelegenheiten	01.01.2002

Titel	Gültig ab
§ 62 - Verpflichtungserklärungen	17.12.2021
§ 63 - Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters	01.01.2002
§ 64 - Zahl der Beigeordneten	01.01.2002
§ 65 - Wahl und Abwahl der ehrenamtlichen Beigeordneten	01.01.2008
§ 66 - Vorzeitige Beendigung der Amtszeit und Weiterführung der Amtsgeschäfte nach Ablauf der Amtszeit	01.01.2002
§ 67 - Aufwandsentschädigung	05.12.2008
§ 68 - Hauptamtliche Beigeordnete	18.12.2020
§ 68a - Abwahl der hauptamtlichen Beigeordneten	18.12.2020
§ 69 - (aufgehoben)	12.03.2004
IV. Abschnitt - Förderung der Selbstverwaltung in Gemeindebezirken und Stadtbezirken	01.01.2002
§ 70 - Gemeindebezirke	18.12.2020
§ 71 - Ortsrat	18.12.2020
§ 72 - Amtszeit, Rechtsstellung	01.01.2002
§ 73 - Aufgaben des Ortsrats	01.01.2008
§ 74 - Anzuwendende Vorschriften	28.08.2020
§ 75 - Ortsvorsteherin, Ortsvorsteher	19.06.2014
§ 76 - Außenstelle der Gemeindeverwaltung	01.01.2002
§ 77 - Stadtbezirke	01.01.2002
V. Abschnitt - Gemeindebedienstete	01.01.2002
§ 78 - Einstellungspflicht	01.01.2008
§ 79 - Stellenplan	01.01.2008
§ 79a - Kommunale Frauenbeauftragte	26.06.2015
§ 80 - Sonstige Vorschriften	01.01.2002
§ 81 - Versorgungseinrichtung	01.01.2002
Dritter Teil - Gemeindewirtschaft	01.01.2002
I. Abschnitt - Haushaltswirtschaft	01.01.2002
§ 82 - Allgemeine Haushaltsgrundsätze	19.06.2014
§ 82a - Haushaltssanierungsplan, Sanierungshaushalt	19.06.2014
§ 83 - Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung	10.04.2020
§ 84 - Haushaltssatzung	19.06.2014

Titel	Gültig ab
§ 85 - Haushaltsplan	19.06.2014
§ 86 - Erlass der Haushaltssatzung	01.01.2007
§ 87 - Nachtragssatzung	01.01.2007
§ 88 - Vorläufige Haushaltsführung	01.01.2007
§ 89 - Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	09.09.2016
§ 90 - Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung, Investitionsprogramm	01.01.2007
§ 91 - Verpflichtungsermächtigungen	01.01.2007
§ 92 - Kredite für Investitionen	01.01.2007
§ 93 - Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte	01.01.2007
§ 94 - Kredite zur Liquiditätssicherung	09.09.2016
§ 95 - Vermögensgegenstände	24.02.2023
§ 96 - Inventur, Inventar und Vermögensbewertung	01.01.2007
§ 97 - Gemeindegasse	12.12.2008
§ 98 - Übertragung von Kassengeschäften, Automation	01.01.2007
§ 99 - Jahresabschluss	09.09.2016
§ 100 - (aufgehoben)	18.12.2020
§ 101 - Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung	18.12.2020
II. Abschnitt - Sondervermögen, Treuhandvermögen	01.01.2002
§ 102 - Sondervermögen	28.10.2022
§ 103 - Treuhandvermögen	01.01.2007
§ 104 - Sonderkassen	28.10.2022
§ 105 - Freistellung von der Finanzplanung	05.12.2008
§ 106 - Gemeindegliedervermögen	01.01.2002
§ 107 - Örtliche Stiftungen	01.01.2002
III. Abschnitt - Wirtschaftliche Betätigung und privatrechtliche Beteiligung	01.01.2002
§ 108 - Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung	17.12.2021
§ 108a - Regelungen für besondere Aufgabenfelder	17.12.2021
§ 109 - Eigenbetriebe und sonstige Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung	01.01.2002
§ 110 - Unternehmen in Privatrechtsform	01.01.2002
§ 111 - Mehrheitsbeteiligungen	16.09.2016

Titel	Gültig ab
§ 112 - Mittelbare Beteiligungen	01.01.2002
§ 113 - Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen	01.01.2002
§ 114 - Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform	12.03.2004
§ 115 - Unterrichtungspflicht und Beteiligungsbericht	09.09.2016
§ 116 - Wirtschaftsgrundsätze	01.01.2002
§ 117 - (aufgehoben)	01.01.2002
§ 118 - Anzeigepflicht Anzeigepflicht und Befreiung	17.12.2021
IV. Abschnitt - Prüfungswesen	01.01.2002
§ 119 - Rechnungsprüfungsamt	18.12.2020
§ 120 - Rechtsstellung des Rechnungsprüfungsamts	12.12.2008
§ 121 - Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes	18.12.2020
§ 122 - Prüfung des Jahresabschlusses	18.12.2020
§ 123 - Überörtliche Prüfung	09.09.2016
§ 124 - Prüfung der Eigenbetriebe und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung	05.12.2008
V. Abschnitt - Gemeinsame Vorschriften	01.01.2002
§ 125 - Unwirksame und nichtige Rechtsgeschäfte	09.09.2016
§ 126 - Befreiung von der Genehmigungspflicht	05.12.2008
§ 126a - Ausnahmen zur Erprobung	12.03.2004
Vierter Teil - Kommunalaufsicht	01.01.2002
§ 127 - Grundsatz	01.01.2002
§ 128 - Kommunalaufsichtsbehörden	05.12.2008
§ 129 - Informationsrecht und Informationspflicht	17.12.2021
§ 130 - Beanstandungsrecht	01.01.2002
§ 131 - Aufhebungsrecht	01.01.2002
§ 132 - Anordnungsrecht	01.01.2002
§ 133 - Ersatzvornahme	01.01.2002
§ 134 - Bestellung einer Beauftragten oder eines Beauftragten	01.01.2008
§ 135 - Form und Inhalt aufsichtsbehördlicher Entscheidungen	01.01.2002
§ 136 - Rechtsmittel	01.01.2002
§ 137 - Beschränkung der Kommunalaufsicht	01.01.2002
§ 138 - Zwangsvollstreckung gegen Gemeinden	01.01.2002

Titel	Gültig ab
§ 139 - Beteiligung des Ministeriums für Inneres und Sport	05.12.2008
Teil B - Landkreisordnung	01.01.2002
Erster Teil - Grundlagen	01.01.2002
I. Abschnitt - Wesen, Rechtsstellung und Aufgaben	01.01.2002
§ 140 - Wesen der Landkreise	01.01.2002
§ 141 - Name und Sitz	05.12.2008
§ 142 - Wappen, Farben und Dienstsiegel	05.12.2008
§ 143 - Selbstverwaltungsangelegenheiten	09.09.2016
§ 144 - Auftragsangelegenheiten	09.09.2016
§ 145 - Kommunale Gemeinschaftsarbeit	01.01.2002
§ 146 - Sicherung der Mittel	01.01.2002
§ 147 - Satzungen	01.01.2002
II. Abschnitt - Kreisgebiet	01.01.2002
§ 148 - Gebietsbestand	01.01.2002
§ 149 - Gebietsänderungen	01.01.2002
§ 150 - Auseinandersetzung	05.12.2008
III. Abschnitt - Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises	01.01.2002
§ 151 - Begriff	01.01.2002
§ 152 - Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner	01.01.2002
§ 153 - Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger der kreisangehörigen Gemeinden	01.01.2002
§ 153a - Einwohner-, Bürgerbeteiligung	01.01.2002
§ 154 - Anschluss- und Benutzungszwang	01.01.2002
Zweiter Teil - Organe und Verwaltung	01.01.2002
I. Abschnitt - Allgemeine Vorschriften	01.01.2002
§ 155 - Organe	01.01.2002
II. Abschnitt - Kreistag	01.01.2002
§ 156 - Zusammensetzung und Wahl des Kreistages	01.01.2002
§ 157 - Rechtsstellung der Mitglieder des Kreistages	01.01.2002
§ 158 - Amtszeit	01.01.2002
§ 159 - Aufgaben des Kreistages	01.01.2002
§ 160 - Vorbehaltene Aufgaben	18.12.2020

Titel	Gültig ab
§§ 161 bis 170 - (aufgehoben)	01.01.2002
§ 171 - Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung	28.08.2020
§ 172 - Kreistagsausschüsse	01.01.2002
§ 173 - Vorzeitige Beendigung der Amtszeit des Kreistages	05.12.2008
III. Abschnitt - Kreisausschuss	01.01.2002
§ 174 - Zusammensetzung, Berufung und Amtszeit	01.01.2002
§ 175 - Rechtsstellung, Aufgaben	01.01.2002
§ 176 - Verfahren des Kreisausschusses	01.01.2002
IV. Abschnitt - Landrätin, Landrat und Kreisbeigeordnete	01.01.2002
§ 177 - Landrätin, Landrat	18.12.2020
§ 178 - Aufgaben der Landrätin oder des Landrates	19.06.2014
§ 179 - Widerspruchs- und Vorlagepflicht bei rechtswidrigen Beschlüssen	01.01.2002
§ 180 - Anordnungsbefugnis der Landrätin oder des Landrats in dringenden Fällen	01.01.2002
§ 181 - Verpflichtungserklärungen	17.12.2021
§ 182 - Vertretung der Landrätin oder des Landrates	01.01.2002
§ 183 - Übertragung von Aufgaben der Landrätin oder des Landrats	01.01.2002
§ 184 - Kreisbeigeordnete	01.01.2002
V. Abschnitt - Kreisbedienstete	01.01.2002
§ 185 - Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung	01.01.2002
§ 186 - Kreisfrauenbeauftragte	01.01.2002
§§ 187 und 188 - (aufgehoben)	01.01.2002
Dritter Teil - Kreiswirtschaft	01.01.2002
§ 189 - Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung	01.01.2007
§ 189a - Haushaltsausgleich	09.09.2016
§ 190 - Rechnungsprüfungsamt	01.01.2002
§ 191 - Überörtliche Prüfung	01.01.2008
Vierter Teil - Kommunalaufsicht	01.01.2002
§ 192 - Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung	01.01.2002
§ 193 - Kommunalaufsichtsbehörden	05.12.2008
Teil C - Regionalverbandsordnung des Regionalverbandes Saarbrücken	01.01.2008
Erster Teil - Grundlagen	01.01.2002

Titel	Gültig ab
§ 194 - Wesen des Regionalverbandes	01.01.2008
§ 195 - Name und Sitz	01.01.2008
§ 196 - Wappen, Farben und Dienstsiegel	05.12.2008
§ 197 - Selbstverwaltungsangelegenheiten	09.09.2016
§ 198 - Auftragsangelegenheiten	09.09.2016
§ 199 - Anzuwendende Vorschriften der Landkreisordnung	01.01.2008
§§ 200 bis 203 - (aufgehoben)	01.01.2002
Zweiter Teil - Organe und Verwaltung	01.01.2002
I. Abschnitt - Allgemeine Vorschriften	01.01.2002
§ 204 - Organe	01.01.2008
II. Abschnitt - Regionalversammlung und Regionalverbandsausschuss	01.01.2008
§ 205 - Zusammensetzung und Wahl der Regionalversammlung	01.01.2008
§ 206 - Rechtsstellung der Mitglieder der Regionalversammlung	01.01.2008
§ 207 - Amtszeit	01.01.2008
§ 208 - Aufgaben der Regionalversammlung	01.01.2008
§ 209 - Anzuwendende Vorschriften der Landkreisordnung	28.08.2020
§ 210 - Regionalverbandsausschuss	01.01.2008
III. Abschnitt - Kooperationsrat	01.01.2008
§ 211 - Zusammensetzung des Kooperationsrates und Verfahren	01.01.2008
§ 211a - Aufgaben des Kooperationsrates	01.01.2008
IV. Abschnitt - Regionalverbandsdirektorin, Regionalverbandsdirektor und Regionalverbandsbeigeordnete	01.01.2008
§ 212 - Regionalverbandsdirektorin, Regionalverbandsdirektor	18.12.2020
§ 213 - Aufgaben der Regionalverbandsdirektorin oder des Regionalverbandsdirektoren	19.06.2014
§ 214 - Regionalverbandsbeigeordnete	01.01.2008
V. Abschnitt - Regionalverbandsbedienstete	01.01.2008
§ 215 - Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung	01.01.2008
§ 215a - Frauenbeauftragte des Regionalverbandes	01.01.2008
Dritter Teil - Regionalverbandswirtschaft	01.01.2008
§ 216 - Anzuwendende Vorschriften der Landkreisordnung	01.01.2002
Vierter Teil - Kommunalaufsicht	01.01.2002

Titel	Gültig ab
§ 217 - Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung	01.01.2008
§ 218 - Kommunalaufsichtsbehörden	05.12.2008
Teil D - Übergangs- und Schlussvorschriften	01.01.2002
§ 219 - Einwohnerzahl	18.12.2020
§ 220 - Beitreibung von Geldbußen und Zwangsgeldern	01.01.2002
§ 221 - Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes	18.12.2020
§ 221a - Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände	12.03.2004
§ 222 - Durchführung dieses Gesetzes	18.12.2020
§ 223 - (aufgehoben)	19.06.2014

Inhaltsübersicht

Teil A

Gemeindeordnung

Erster Teil

Grundlagen

I. Abschnitt:

Wesen, Rechtsstellung und Aufgaben

- § 1 Wesen der Gemeinden
- § 2 Namen und Bezeichnungen
- § 3 Wappen, Farben und Dienstsiegel
- § 4 Gemeindearten
- § 5 Selbstverwaltungsangelegenheiten
- § 6 Auftragsangelegenheiten
- § 7 Besondere Aufgaben der Mittelstädte
- § 8 Besondere Aufgaben der kreisfreien Städte
- § 9 Besondere Aufgaben der Landeshauptstadt Saarbrücken
- § 10 Kommunale Gemeinschaftsarbeit
- § 11 Sicherung der Mittel
- § 12 Gemeindesatzungen

II. Abschnitt:

Gemeindegebiet

- § 13 Gebietsbestand
- § 14 Gebietsänderungen
- § 15 Verfahren
- § 16 Auseinandersetzung
- § 17 Abgabefreiheit

III. Abschnitt:

Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger

- § 18 Begriff
- § 19 Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner
- § 20 Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner

- § 20a Einwohnerfragestunde
- § 20b Einwohnerbefragung
- § 21 Einwohnerantrag
- § 21a Bürgerbegehren und Bürgerentscheid
- § 22 Anschluss- und Benutzungszwang
- § 23 Ehrenbürgerrecht und Ehrenbezeichnungen
- § 24 Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger
- § 25 Ablehnung ehrenamtlicher Tätigkeit
- § 26 Treuepflicht
- § 27 Mitwirkungsverbot bei Interessenwiderstreit und Heilung bei Verfahrensmängeln
- § 28 Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

Zweiter Teil

Organe und Verwaltung

I. Abschnitt:

Allgemeine Vorschriften

- § 29 Organe
- § 30 Rechtsstellung der Organträger
- § 31 Amtszeit

II. Abschnitt:

Gemeinderat

- § 32 Zusammensetzung und Wahl des Gemeinderats
- § 33 Pflichten und Rücktrittsrecht
- § 34 Aufgaben des Gemeinderats
- § 35 Vorbehaltene Aufgaben
- § 36 Zuständigkeit bei Interessenwiderstreit
- § 37 Auskunftsrecht
- § 38 Sitzungszwang
- § 39 Geschäftsordnung
- § 40 Öffentlichkeit
- § 41 Einberufung und Tagesordnung
- § 42 Vorsitz
- § 43 Aufgaben der oder des Vorsitzenden
- § 44 Beschlussfähigkeit
- § 45 Beschlussfassung
- § 46 Wahlen
- § 47 Niederschrift
- § 48 Ausschüsse
- § 49 Hinzuziehung von Sachverständigen und anderen Personen zu den Sitzungen
- § 49a Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
- § 50 Integrationsbeiräte, Integrationsbeauftragte
- § 50a Interessenvertretung für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderungen
- § 51 Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder
- § 51a Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außerordentlichen Notlagen
- § 52 Vorzeitige Beendigung der Amtszeit bei Gebietsänderungen
- § 53 Auflösung des Gemeinderats

III. Abschnitt:

Bürgermeisterin, Bürgermeister und Beigeordnete

- § 54 Eignung
- § 55 Ausschreibung
- § 56 Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters
- § 57 Wahlanfechtung
- § 58 Abwahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters
- § 58a Ruhestand auf Antrag aus besonderem Grund
- § 59 Aufgaben der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters
- § 60 Widerspruchs- und Vorlagepflicht bei rechtswidrigen Beschlüssen
- § 61 Anordnungsbefugnis der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters in dringenden Angelegenheiten
- § 62 Verpflichtungserklärungen
- § 63 Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters
- § 64 Zahl der Beigeordneten
- § 65 Wahl und Abwahl der ehrenamtlichen Beigeordneten
- § 66 Vorzeitige Beendigung der Amtszeit und Weiterführung der Amtsgeschäfte nach Ablauf der Amtszeit
- § 67 Aufwandsentschädigung
- § 68 Hauptamtliche Beigeordnete
- § 68a Abwahl der hauptamtlichen Beigeordneten
- § 69 (aufgehoben)

IV. Abschnitt:

Förderung der Selbstverwaltung in Gemeindebezirken und Stadtbezirken

- § 70 Gemeindebezirke
- § 71 Ortsrat
- § 72 Amtszeit, Rechtsstellung
- § 73 Aufgaben des Orsrates
- § 74 Anzuwendende Vorschriften
- § 75 Ortsvorsteherin, Ortsvorsteher
- § 76 Außenstelle der Gemeindeverwaltung
- § 77 Stadtbezirke

V. Abschnitt:

Gemeindebedienstete

- § 78 Einstellungspflicht
- § 79 Stellenplan
- § 79a Kommunale Frauenbeauftragte
- § 80 Sonstige Vorschriften
- § 81 Versorgungseinrichtungen

Dritter Teil

Gemeindewirtschaft

I. Abschnitt:

Haushaltswirtschaft

- § 82 Allgemeine Haushaltsgrundsätze
- § 82a Haushaltssanierungsplan, Sanierungshaushalt
- § 83 Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung

§ 84	Haushaltssatzung
§ 85	Haushaltsplan
§ 86	Erlass der Haushaltssatzung
§ 87	Nachtragssatzung
§ 88	Vorläufige Haushaltsführung
§ 89	Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
§ 90	Mittelfristige Ergebnis- und Finanz- planung, Investitionsprogramm
§ 91	Verpflichtungsermächtigungen
§ 92	Kredite für Investitionen
§ 93	Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte
§ 94	Kredite zur Liquiditätssicherung
§ 95	Vermögensgegenstände
§ 96	Inventur, Inventar und Vermögensbewertung
§ 97	Gemeindekasse
§ 98	Übertragung von Kassengeschäften, Automation
§ 99	Jahresabschluss
§ 100	(aufgehoben)
§ 101	Prüfung und Feststellung des Jahres- abschlusses, Entlastung

II. Abschnitt:

Sondervermögen, Treuhandvermögen

§ 102	Sondervermögen
§ 103	Treuhandvermögen
§ 104	Sonderkassen
§ 105	Freistellung von der Finanzplanung
§ 106	Gemeindegliedervermögen
§ 107	Örtliche Stiftungen

III. Abschnitt:

Wirtschaftliche Betätigung und privatrechtliche Beteiligung

§ 108	Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung
§ 109	Eigenbetriebe und sonstige Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung
§ 110	Unternehmen in Privatrechtsform
§ 111	Mehrheitsbeteiligungen
§ 112	Mittelbare Beteiligungen
§ 113	Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen
§ 114	Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform
§ 115	Unterrichtungspflicht und Beteiligungsbericht
§ 116	Wirtschaftsgrundsätze
§ 117	(aufgehoben)
§ 118	Anzeigepflicht und Befreiung

IV. Abschnitt:

Prüfungswesen

§ 119	Rechnungsprüfungsamt
§ 120	Rechtsstellung des Rechnungsprüfungsamts
§ 121	Aufgaben des Rechnungsprüfungsamts

- § 122 Prüfung des Jahresabschlusses
- § 123 Überörtliche Prüfung
- § 124 Prüfung der Eigenbetriebe und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung

V. Abschnitt:

Gemeinsame Vorschriften

- § 125 Unwirksame und nichtige Rechtsgeschäfte
- § 126 Befreiung von der Genehmigungspflicht
- § 126a Ausnahmen zur Erprobung

Vierter Teil

Kommunalaufsicht

- § 127 Grundsatz
- § 128 Kommunalaufsichtsbehörden
- § 129 Informationsrecht und Informationspflicht
- § 130 Beanstandungsrecht
- § 131 Aufhebungsrecht
- § 132 Anordnungsrecht
- § 133 Ersatzvornahme
- § 134 Bestellung einer Beauftragten oder eines Beauftragten
- § 135 Form und Inhalt aufsichtsbehördlicher Entscheidungen
- § 136 Rechtsmittel
- § 137 Beschränkung der Kommunalaufsicht
- § 138 Zwangsvollstreckung gegen Gemeinden
- § 139 Beteiligung des Ministeriums für Inneres und Sport

Teil B

Landkreisordnung

Erster Teil

Grundlagen

I. Abschnitt:

Wesen, Rechtsstellung und Aufgaben

- § 140 Wesen der Landkreise
- § 141 Name und Sitz
- § 142 Wappen, Farben und Dienstsiegel
- § 143 Selbstverwaltungsangelegenheiten
- § 144 Auftragsangelegenheiten
- § 145 Kommunale Gemeinschaftsarbeit
- § 146 Sicherung der Mittel

II. Abschnitt:

Kreisgebiet

- § 147 Satzungen
- § 148 Gebietsbestand
- § 149 Gebietsänderungen
- § 150 Auseinandersetzung

III. Abschnitt:

Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises

- § 151 Begriff

- § 152 Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner
- § 153 Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger der kreisangehörigen Gemeinden
- § 153a Einwohner-, Bürgerbeteiligung
- § 154 Anschluss- und Benutzungszwang

Zweiter Teil

Organe und Verwaltung

I. Abschnitt:

Allgemeine Vorschriften

- § 155 Organe

II. Abschnitt:

Kreistag

- § 156 Zusammensetzung und Wahl des Kreistages
- § 157 Rechtsstellung der Mitglieder des Kreistages
- § 158 Amtszeit
- § 159 Aufgaben des Kreistages
- § 160 Vorbehaltene Aufgaben
- §§ 161 bis 170 (aufgehoben)
- § 171 Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung
- § 172 Kreistagsausschüsse
- § 173 Vorzeitige Beendigung der Amtszeit des Kreistages

III. Abschnitt:

Kreisausschuss

- § 174 Zusammensetzung, Berufung und Amtszeit
- § 175 Rechtsstellung, Aufgaben
- § 176 Verfahren des Kreisausschusses

IV. Abschnitt:

Landrätin, Landrat und Kreisbeigeordnete

- § 177 Landrätin, Landrat
- § 178 Aufgaben der Landrätin oder des Landrats
- § 179 Widerspruchs- und Vorlagepflicht bei rechtswidrigen Beschlüssen
- § 180 Anordnungsbefugnis der Landrätin oder des Landrates in dringenden Fällen
- § 181 Verpflichtungserklärungen
- § 182 Vertretung der Landrätin oder des Landrats
- § 183 Übertragung von Aufgaben der Landrätin oder des Landrats
- § 184 Kreisbeigeordnete

V. Abschnitt:

Kreisbedienstete

- § 185 Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung
- § 186 Kreisfrauenbeauftragte
- § 187 und § 188 (aufgehoben)

Dritter Teil

Kreiswirtschaft

- § 189 Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung
- § 189a Haushaltsausgleich
- § 190 Rechnungsprüfungsamt
- § 191 Überörtliche Prüfung

Vierter Teil

Kommunalaufsicht

§ 192 Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

§ 193 Kommunalaufsichtsbehörde

Teil C

Regionalverbandsordnung des Regionalverbandes Saarbrücken

Erster Teil

Grundlagen

§ 194 Wesen des Regionalverbandes

§ 195 Name und Sitz

§ 196 Wappen, Farben und Dienstsiegel

§ 197 Selbstverwaltungsangelegenheiten

§ 198 Auftragsangelegenheiten

§ 199 Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

§§ 200 bis 203 (aufgehoben)

Zweiter Teil

Organe und Verwaltung

I. Abschnitt:

Allgemeine Vorschriften

§ 204 Organe

II. Abschnitt:

Regionalversammlung und Regionalverbandsausschuss

§ 205 Zusammensetzung und Wahl der Regionalversammlung

§ 206 Rechtsstellung der Mitglieder der Regionalversammlung

§ 207 Amtszeit

§ 208 Aufgaben der Regionalversammlung

§ 209 Anzuwendende Vorschriften der Landkreisordnung

§ 210 Regionalverbandsausschuss

III. Abschnitt:

Kooperationsrat

§ 211 Zusammensetzung des Kooperationsrates und Verfahren

§ 211 a Aufgaben des Kooperationsrates und Verfahren

IV. Abschnitt:

Regionalverbandsdirektorin, Regionalverbandsdirektor und Regionalverbandsbeigeordnete

§ 212 Regionalverbandsdirektorin, Regionalverbandsdirektor

§ 213 Aufgaben der Regionalverbandsdirektorin oder des Regionalverbandsdirektoren

§ 214 Regionalverbandsbeigeordnete

V. Abschnitt:

Regionalverbandsbedienstete

§ 215 Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

§ 215a Frauenbeauftragte des Regionalverbandes

Dritter Teil

Regionalverbandswirtschaft

§ 216 Anzuwendende Vorschriften der Landkreisordnung

Vierter Teil

Kommunalaufsicht

§ 217 Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

§ 218 Kommunalaufsichtsbehörde

Teil D

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 219 Einwohnerzahl

§ 220 Beitreibung von Geldbußen und Zwangsgeldern

§ 221 Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

§ 221a Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände

§ 222 Durchführung dieses Gesetzes

§ 223 (aufgehoben)

Teil A

Gemeindeordnung

Erster Teil

Grundlagen

I. Abschnitt

Wesen, Rechtsstellung und Aufgaben

§ 1

Wesen der Gemeinden

(1) ¹Die Gemeinden sind die in den Staat eingeordneten Gemeinwesen der in örtlicher Gemeinschaft lebenden Menschen. ²Sie regeln alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze durch die von der Bürgerschaft gewählten Organe oder durch Bürgerentscheid in eigener Verantwortung.

(2) Die Gemeinden sind Gebietskörperschaften.

§ 2

Namen und Bezeichnungen

(1) ¹Die Gemeinden führen ihre bisherigen Namen. ²Das Ministerium für Inneres und Sport bestimmt den Namen einer neu gebildeten Gemeinde, wenn der Name nicht durch Gesetz bestimmt wird. ³Auf Antrag einer Gemeinde kann es den Gemeinamen ändern.

(2) ¹Die Bezeichnung Stadt führen die Gemeinden, denen diese Bezeichnung nach bisherigem Recht zusteht. ²Das Ministerium für Inneres und Sport kann auf Antrag die Bezeichnung Stadt solchen Gemeinden verleihen, die nach Einwohnerzahl und Siedlungsform sowie kultureller und wirtschaftlicher Bedeutung städtisches Gepräge tragen.

(3) Kreisangehörige Städte, die Sitz der Landkreisverwaltung sind, führen die Bezeichnung Kreisstadt.

(4) Die Stadt Saarbrücken führt die Bezeichnung Landeshauptstadt.

§ 3

Wappen, Farben und Dienstsiegel

(1) ¹Die Gemeinden führen ihre bisherigen Wappen und Farben. ²Das Ministerium für Inneres und Sport kann Gemeinden auf ihren Antrag das Recht verleihen, Wappen und Farben zu führen; es kann

Wappen und Farben auf Antrag der Gemeinden ändern. ³Gemeindewappen dürfen von Dritten nur mit Genehmigung der Gemeinden verwendet werden.

(2) ¹Die Gemeinden führen Dienstsiegel. ²Gemeinden, die zum Führen eines Wappens berechtigt sind, führen, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, dieses Wappen in ihrem Dienstsiegel; die übrigen Gemeinden führen als Siegel das Bild des kleinen Landessiegels^[1] mit einer die Gemeinde bezeichnenden Umschrift.

Fußnoten

[1])

Vgl. Anl. 8 in BS-Nr. 1130-1.

§ 4

Gemeindearten

(1) Kreisangehörige Gemeinden sind Gemeinden, die einem Landkreis angehören.

(2) Regionalverbandsangehörige Gemeinden sind Gemeinden, die dem Regionalverband Saarbrücken angehören.

(3) Mittelstädte sind kreisangehörige oder regionalverbandsangehörige Städte, denen diese Rechtsstellung auf Antrag durch Rechtsverordnung der Landesregierung zu verleihen ist, wenn sie mehr als 30.000 Einwohnerinnen und Einwohner haben und nicht Sitz der Landkreisverwaltung oder der Regionalverbandsverwaltung sind.

(4) Kreisfreie Städte sind Städte, die weder einem Landkreis noch dem Regionalverband Saarbrücken angehören, denen diese Rechtsstellung durch Gesetz verliehen wird.

§ 5

Selbstverwaltungsangelegenheiten

(1) Die Gemeinden sind berechtigt und in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit verpflichtet, zur Förderung des Wohls ihrer Einwohnerinnen und Einwohner alle öffentlichen Aufgaben zu erfüllen, soweit diese nicht kraft Gesetzes anderen Stellen übertragen sind.

(2) ¹Die Gemeinden haben insbesondere die Aufgabe, das soziale, gesundheitliche, kulturelle und wirtschaftliche Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern; hierbei haben sie die Belange des Natur- und Umweltschutzes zu wahren, die sportliche Betätigung ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu unterstützen, der Interessenvertretung von Kindern und Jugendlichen ein besonderes Gewicht beizumessen und die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen. ²Sie können sich an Städtepartnerschaften beteiligen. ³Sie arbeiten mit benachbarten kommunalen Gebietskörperschaften anderer europäischer Regionen grenzüberschreitend zusammen.

(3) ¹Den Gemeinden kann durch Gesetz die Erfüllung einzelner Aufgaben zur Pflicht gemacht werden (Pflichtaufgaben); dabei sind gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. ²Führt die Übertragung neuer Aufgaben durch Gesetz oder die Veränderung bestehender Aufgaben durch Gesetz oder Rechtsverordnung zu einer wesentlichen Belastung der davon betroffenen Gemeinden, ist dafür aufgrund einer Kostenfolgeabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu

schaffen. ³Das Nähere regelt ein Gesetz. ⁴Verordnungen zur Durchführung solcher Gesetze sowie Verordnungen nach Satz 2 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums für Inneres und Sport.

(4) In Selbstverwaltungsangelegenheiten sind die Gemeinden nur an die Gesetze gebunden.

§ 6

Auftragsangelegenheiten

(1) Die Gemeinden erfüllen die ihnen übertragenen staatlichen Aufgaben nach Weisung der zuständigen Behörden (Auftragsangelegenheiten).

(2) ¹Die Gemeinden sind bei der Erfüllung von Auftragsangelegenheiten zur Geheimhaltung verpflichtet, soweit dies von den zuständigen Behörden angeordnet wird. ²Sie haben hierbei die für die staatlichen Behörden geltenden Vorschriften zu beachten. ³Das Ministerium für Inneres und Sport kann hierzu weitere Verwaltungsvorschriften erlassen.

(3) ¹Den Gemeinden können neue staatliche Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung nur durch Gesetz übertragen werden; dabei sind gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. ²Führt die Übertragung neuer Aufgaben durch Gesetz oder die Veränderung bestehender Aufgaben durch Gesetz oder Rechtsverordnung zu einer wesentlichen Belastung der davon betroffenen Gemeinden, ist dafür aufgrund einer Kostenfolgeabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen. ³Das Nähere regelt ein Gesetz.

§ 7

Besondere Aufgaben der Mittelstädte

Die Mittelstädte erfüllen neben ihren Aufgaben als Gemeinden in ihrem Gebiet auch den Landkreisen übertragene staatliche Aufgaben nach Maßgabe einer Rechtsverordnung^[2] der Landesregierung.

Fußnoten

[2])

Vgl. BS- Nr. 2020- 1- 14.

§ 8

Besondere Aufgaben der kreisfreien Städte

Die kreisfreien Städte erfüllen neben ihren Aufgaben als Gemeinden in ihrem Gebiet alle Aufgaben, die den Landkreisen obliegen.

§ 9

Besondere Aufgaben der Landeshauptstadt Saarbrücken

(1) Die Landeshauptstadt Saarbrücken erfüllt neben ihren Aufgaben als Gemeinde in ihrem Gebiet die den Landkreisen übertragenen staatlichen Aufgaben, soweit sie nicht durch Gesetz oder Rechtsverordnung dem Regionalverband Saarbrücken übertragen sind.

(2) Der Landeshauptstadt Saarbrücken können den Landkreisen übertragene staatliche Aufgaben durch Gesetz für das übrige Regionalverbandsgebiet übertragen werden.

§ 10

Kommunale Gemeinschaftsarbeit

¹Gemeinden können zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben Zweckverbände oder Arbeitsgemeinschaften bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen abschließen. ²Das Nähere wird durch Gesetz ^[3] bestimmt.

Fußnoten

[3])

Vgl. BS- Nr. 2020- 5.

§ 11

Sicherung der Mittel

(1) ¹Die Gemeinden regeln ihre Finanzwirtschaft in eigener Verantwortung. ²Sie haben das Recht, Steuern und sonstige Abgaben nach Maßgabe der Gesetze zu erheben.

(2) Soweit die eigenen Einnahmen nicht ausreichen, sichert das Land den Gemeinden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

§ 12

Gemeindesatzungen

(1) ¹Die Gemeinden können ihre Selbstverwaltungsangelegenheiten durch Satzung regeln. ²Sie können mit gesetzlicher Ermächtigung auch in Auftragsangelegenheiten Satzungen erlassen.

(2) Satzungen bedürfen der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde nur, soweit diese gesetzlich vorgeschrieben ist.

(3) ¹Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig einer auf Grund des Absatzes 1 erlassenen Satzung zuwiderhandelt, soweit die Satzung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist. ²Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. ³Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3387), in der jeweils geltenden Fassung ist die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister.

(4) ¹Satzungen sind öffentlich bekannt zu machen. ²Soweit Satzungen nach gesetzlichen Vorschriften einer Genehmigung bedürfen, ist diese zusammen mit der Satzung öffentlich bekannt zu machen. ³Das Gleiche gilt, wenn gesetzlich eine Zustimmung vorgeschrieben ist.

(5) Satzungen treten, wenn in ihnen kein anderer Zeitpunkt bestimmt ist, am Tag nach der Bekanntmachung in Kraft.

(6) ¹Satzungen^[4], die unter Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften dieses Gesetzes oder auf Grund dieses Gesetzes zustande gekommen sind, gelten ein Jahr nach der öffentlichen Bekanntmachung als von Anfang an gültig zustande gekommen. ²Dies gilt nicht, wenn

1. die Vorschriften über die Genehmigung oder die öffentliche Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind,
2. vor Ablauf der in Satz 1 genannten Frist die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister dem Beschluss widersprochen oder die Kommunalaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat oder der Verfahrens- oder Formmangel gegenüber der Gemeinde unter Bezeichnung der Tatsache, die den Mangel ergibt, schriftlich gerügt worden ist.

³Bei der öffentlichen Bekanntmachung der Satzung ist auf die Rechtsfolgen nach Satz 1 hinzuweisen.

(7) Absatz 6 gilt für Beschlüsse über Flächennutzungspläne entsprechend.

Fußnoten

[4])

Vgl. hierzu Übergangsvorschrift in Art. 2 des Gesetzes vom 18. Januar 1989 (Amtsbl. S. 321):

„(1) Für Satzungen der Gemeinden, die vor In-Kraft-Treten dieses Gesetzes in Kraft getreten sind, kann die Wirkung des § 12 Abs. 5 nachträglich herbeigeführt werden, wenn innerhalb von sechs Monaten nach In-Kraft-Treten dieses Gesetzes durch öffentliche Bekanntmachung auf die in § 12 Abs. 5 bezeichneten Rechtsfolgen und auf die in § 12 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 bezeichnete Frist, die mit der Bekanntmachung beginnt, hingewiesen wird.

(2) Absatz 1 gilt für Flächennutzungspläne entsprechend.“

II. Abschnitt Gemeindegebiet

§ 13 Gebietsbestand

(1) ¹Das Gebiet der Gemeinde bilden die Grundstücke, die nach geltendem Recht zu ihr gehören.

²Grenzstreitigkeiten entscheidet die Kommunalaufsichtsbehörde.

(2) Jedes Grundstück muss zu einer Gemeinde gehören.

(3) Das Gebiet jeder Gemeinde soll so bemessen sein, dass die örtliche Verbundenheit der Einwohnerinnen und Einwohner gewahrt und die Leistungsfähigkeit der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist.

§ 14 Gebietsänderungen

(1) Aus Gründen des öffentlichen Wohls können Gemeindegrenzen geändert, Gemeinden aufgelöst und Gemeinden neu gebildet werden.

(2) ¹Die Änderung von Gemeindegrenzen als Folge von Überflutung, Verlandung oder Uferabriss regelt das Saarländische Wassergesetz. ²Die Änderung von Gemeindegrenzen im Rahmen der Flurbereinigung regelt das Flurbereinigungsgesetz.

§ 15

Verfahren

(1) Die Gemeinden können über die Änderung ihrer Grenzen Vereinbarungen treffen (Grenzänderungsverträge).

(2) Grenzänderungsverträge bedürfen der Zustimmung des Ministeriums für Inneres und Sport; es macht sie öffentlich bekannt.

(3) ¹Grenzänderungen, die gegen den Willen einer Gemeinde durchgeführt werden sollen, bedürfen einer Rechtsverordnung der Landesregierung. ²Die beteiligten Gemeinden sind zuvor zu hören.

(4) Die Auflösung und die Neubildung von Gemeinden erfolgen

1. bei Zustimmung der beteiligten Gemeinden durch Rechtsverordnung der Landesregierung,
2. gegen den Willen einer beteiligten Gemeinde durch Gesetz.

§ 16

Auseinandersetzung

(1) Der Grenzänderungsvertrag soll die näheren Bedingungen der Grenzänderungen, insbesondere die Auseinandersetzung, die Rechtsnachfolge, das Ortsrecht und die neue Verwaltung regeln.

(2) ¹Vereinbarungen im Sinne des Absatzes 1 können von den beteiligten Gemeinden auch getroffen werden, wenn eine Gebietsänderung durch Rechtsverordnung oder durch Gesetz erfolgt. ²Kommt eine Vereinbarung nicht zustande oder enthält der Grenzänderungsvertrag oder die Vereinbarung keine erschöpfende Regelung, so erlässt die Kommunalaufsichtsbehörde, sofern Grenzen von Landkreisen berührt werden das Ministerium für Inneres und Sport, die notwendigen Bestimmungen.

(3) ¹Der Grenzänderungsvertrag und die gemäß Absatz 2 erlassenen Bestimmungen begründen im Zeitpunkt ihres In-Kraft-Tretens Rechte und Pflichten der Beteiligten und bewirken den Übergang, die Beschränkung oder die Aufhebung von dinglichen Rechten. ²Die Kommunalaufsichtsbehörde beantragt die Berichtigung des Grundbuchs und anderer öffentlicher Bücher; sie ist befugt, Unschädlichkeitszeugnisse auszustellen.

§ 17

Abgabefreiheit

¹Rechtshandlungen, die aus Anlass der Änderung des Gemeindegebiets erforderlich werden, sind frei von öffentlichen Abgaben. ²Das Gleiche gilt für Berichtigungen, Löschungen und sonstige Eintragungen gemäß § 16 Abs. 3 Satz 2.

III. Abschnitt

Einwohnerinnen und Einwohner, Bürgerinnen und Bürger

§ 18

Begriff

(1) Einwohnerin oder Einwohner ist, wer in der Gemeinde wohnt.

(2) ¹Bürgerin oder Bürger der Gemeinde ist jede oder jeder Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes und jede oder jeder Staatsangehörige der übrigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Unionsbürger), die oder der das achtzehnte Lebensjahr vollendet hat und mindestens drei Monate in der Gemeinde wohnt. ²Wer in mehreren Gemeinden wohnt, ist Bürgerin oder Bürger nur in der Gemeinde, in der sie oder er ihre oder seine Hauptwohnung hat.

§ 19

Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner

(1) Die Einwohnerinnen und Einwohner sind im Rahmen der bestehenden Vorschriften berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen der Gemeinde zu benutzen und verpflichtet, zu den Gemeindelasten beizutragen.

(2) Grundbesitzerinnen, Grundbesitzer und Gewerbetreibende, die nicht in der Gemeinde wohnen, sind in gleicher Weise berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen zu benutzen, die in der Gemeinde für Grundbesitzerinnen und Grundbesitzer oder Gewerbetreibende bestehen, und verpflichtet, für ihren Grundbesitz oder Gewerbebetrieb im Gemeindegebiet zu den Gemeindelasten beizutragen.

(3) Die Vorschriften gelten entsprechend für juristische Personen und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen.

§ 20

Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner

(1) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister soll die Einwohnerinnen und Einwohner über wichtige Gemeindeangelegenheiten in geeigneter Form unterrichten. ²Zu diesem Zweck kann sie oder er auch Einwohnerversammlungen einberufen; diese können auf Gemeindeteile beschränkt werden.

(2) Bei der Gemeinde ist eine Sammlung der geltenden Gesetze und Rechtsverordnungen des Bundes und des Landes sowie eine Sammlung aller in ihrem Gebiet geltenden Satzungen und Verordnungen anzulegen und zu gewährleisten, dass jedermann während der Geschäftszeiten der Gemeindeverwaltung Einsicht nehmen und sich auf seine Kosten Ausdrucke oder Kopien anfertigen lassen kann.

§ 20a

Einwohnerfragestunde

¹Der Gemeinderat kann bei öffentlichen Sitzungen Einwohnerinnen und Einwohnern und den ihnen nach § 19 Abs. 2 und 3 gleich gestellten Personen und Personenvereinigungen die Gelegenheit geben, Fragen aus dem Bereich der kommunalen Selbstverwaltung zu stellen sowie Anregungen und Vorschläge zu unterbreiten. ²Das Nähere bestimmt eine Satzung.

§ 20b

Einwohnerbefragung

(1) Der Gemeinderat kann beschließen, dass zu wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde eine Befragung der Einwohnerinnen und Einwohner durchgeführt wird.

(2) ¹Wird eine Befragung durchgeführt, müssen den Einwohnerinnen und Einwohnern zuvor die von den Gemeindeorganen vertretenen Auffassungen in der Form einer öffentlichen Bekanntmachung

dargelegt werden. ²Eine Befragung hat in anonymisierter Form zu erfolgen. ³Die Teilnahme ist freiwillig.

(3) Das Nähere bestimmt eine Satzung.

§ 21 Einwohnerantrag

(1) Die Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde, die das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben, können beantragen, dass die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister dem Gemeinderat eine bestimmte dem Gemeinderat obliegende Selbstverwaltungsangelegenheit zur Beratung und Entscheidung vorlegt (Einwohnerantrag).

(2) ¹Der Einwohnerantrag muss schriftlich eingereicht werden. ²Er muss einen bestimmten mit Begründung versehenen Antrag enthalten und von mindestens 5 vom Hundert der Einwohnerinnen und Einwohner nach Absatz 1 unterzeichnet sein.

(3) ¹Über die Zulässigkeit des Einwohnerantrags nach den Absätzen 1 und 2 entscheidet die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister. ²Ist der Einwohnerantrag zulässig, so hat der Gemeinderat oder, wenn die Angelegenheit einem Ausschuss zur Beschlussfassung übertragen ist, der Ausschuss innerhalb von drei Monaten nach seinem Eingang die Angelegenheit zu behandeln; hierbei sollen Vertreterinnen oder Vertreter der Antragstellerinnen und Antragsteller gehört werden. ³Die Entscheidung ist öffentlich bekannt zu machen.

(4) § 3a des Saarländischen Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung.

§ 21a Bürgerbegehren und Bürgerentscheid

(1) ¹Die Bürgerinnen und Bürger einer Gemeinde können beantragen (Bürgerbegehren), dass sie an Stelle des Gemeinderats über eine Angelegenheit der Gemeinde selbst entscheiden (Bürgerentscheid). ²Der Gemeinderat kann die Durchführung eines Bürgerentscheids beschließen.

(2) ¹Das Bürgerbegehren ist schriftlich bei der Gemeinde einzureichen; richtet es sich gegen einen Beschluss des Gemeinderats, muss es innerhalb von zwei Monaten nach der Beschlussfassung eingereicht sein. ²Es muss die zu entscheidende Angelegenheit in Form einer mit "Ja" oder "Nein" zu beantwortenden Frage, eine Begründung und einen nach den gesetzlichen Bestimmungen durchführbaren Vorschlag für die Deckung der Kosten der begehrten Maßnahme enthalten sowie bis zu drei Personen benennen, die berechtigt sind, das Bürgerbegehren zu vertreten.

(3) ¹Das Bürgerbegehren muss von mindestens 15 vom Hundert der Bürgerinnen und Bürger unterzeichnet sein. ²Ausreichend sind jedoch in Gemeinden

- mit nicht mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 2.000 Unterschriften,
- mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, aber

- | | |
|---|------------------------|
| nicht mehr als 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern | 4.500 Unterschriften, |
| - mit mehr als 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, aber | |
| nicht mehr als 60.000 Einwohnerinnen und Einwohnern | 7.500 Unterschriften, |
| - mit mehr als 60.000 Einwohnerinnen und Einwohnern | 18.000 Unterschriften. |

(4) Bürgerbegehren und Bürgerentscheid sind unzulässig über

1. die innere Organisation der Gemeindeverwaltung,
2. die Rechtsverhältnisse der für die Gemeinde ehren- oder hauptamtlich Tätigen,
3. die Haushaltssatzung einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung, den Haushaltssanierungsplan oder den Sanierungshaushalt sowie die kommunalen Abgaben und die privatrechtlichen Entgelte,
4. den Jahresabschluss der Gemeinde, die Entlastung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters und der Beigeordneten und die Feststellung der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung,
5. Vorhaben, für deren Zulassung ein Planfeststellungsverfahren oder ein förmliches Verwaltungsverfahren mit Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich ist,
6. die Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung von Bauleitplänen,
7. Entscheidungen über Rechtsbehelfe und Rechtsstreitigkeiten,
8. Angelegenheiten, für die der Gemeinderat keine gesetzliche Zuständigkeit hat,
9. Anträge, die ein gesetzwidriges Ziel verfolgen und
10. Angelegenheiten, über die innerhalb der letzten zwei Jahre bereits ein Bürgerentscheid durchgeführt worden ist.

(5) ¹Der Gemeinderat stellt unverzüglich fest, ob das Bürgerbegehren zulässig ist. ²Entspricht der Gemeinderat dem zulässigen Bürgerbegehren nicht, ist innerhalb von drei Monaten ein Bürgerentscheid durchzuführen. ³§ 20b Abs. 2 Satz 1 gilt entsprechend. ⁴Entspricht der Gemeinderat dem Bürgerbegehren, so unterbleibt der Bürgerentscheid. ⁵Der Bürgerentscheid nach Absatz 1 Satz 2 ist innerhalb von drei Monaten durchzuführen.

(6) ¹Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinn entschieden, in dem sie von der Mehrheit der gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 30 vom Hundert der Stimmberechtigten beträgt. ²Bei Stimmengleichheit gilt die Frage als mit "Nein" beantwortet.

(7) ¹Der Bürgerentscheid steht einem Beschluss des Gemeinderats gleich. ²§ 60 findet keine Anwendung. ³Vor Ablauf von zwei Jahren kann er nur auf Initiative des Rats durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.

(8) Das Nähere bestimmt das Kommunalwahlgesetz.

(9) § 3a des Saarländischen Verwaltungsverfahrensgesetzes findet keine Anwendung.

§ 22

Anschluss- und Benutzungszwang

(1) Die Gemeinden können bei öffentlichem Bedürfnis durch Satzung für die Grundstücke ihres Gebiets den Anschluss an Wasserleitung, Kanalisation, Straßenreinigung, Einrichtungen zur Versorgung mit Fernwärme und ähnliche der Volksgesundheit dienende Einrichtungen (Anschlusszwang) und die Benutzung dieser Einrichtungen und der Schlachthöfe (Benutzungszwang) vorschreiben.

(2) ¹Die Satzung kann Ausnahmen vom Anschluss- und Benutzungszwang zulassen. ²Sie kann den Zwang auch auf bestimmte Teile des Gemeindegebiets und auf bestimmte Gruppen von Grundstücken oder Personen beschränken.

§ 23

Ehrenbürgerrecht und Ehrenbezeichnungen

(1) Die Gemeinde kann Persönlichkeiten, die sich um sie besonders verdient gemacht haben, das Ehrenbürgerrecht verleihen.

(2) Die Gemeinde kann Bürgerinnen und Bürgern, die mindestens zwanzig Jahre ein Ehrenamt verwaltet haben und in Ehren ausgeschieden sind, eine Ehrenbezeichnung verleihen.

(3) Ehrenbürgerrecht und Ehrenbezeichnungen werden verwirkt, wenn die Trägerin oder der Träger die Fähigkeit verliert, öffentliche Ämter zu bekleiden.

§ 24

Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger

(1) Die Bürgerinnen und Bürger sind nach Maßgabe des Kommunalwahlgesetzes wahlberechtigt und wählbar.

(2) ¹Die Bürgerinnen und Bürger sind zu ehrenamtlicher Tätigkeit für die Gemeinde verpflichtet. ²Die Bestellung zu ehrenamtlicher Tätigkeit kann zurückgenommen werden.

§ 25

Ablehnung ehrenamtlicher Tätigkeit

(1) ¹Die Bürgerin oder der Bürger kann die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit ablehnen oder ihre Ausübung verweigern, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. ²Ein wichtiger Grund liegt vor, wenn der Bürgerin oder dem Bürger die ehrenamtliche Tätigkeit wegen ihres oder seines Alters, ihres oder

seines Gesundheitszustandes, ihrer oder seiner Berufs- oder Familienverhältnisse oder wegen sonstiger in ihrer oder seiner Person liegender Umstände nicht zugemutet werden kann.³Ob ein wichtiger Grund vorliegt, entscheidet der Gemeinderat.

(2) Der Gemeinderat kann gegen eine Bürgerin oder einen Bürger, die oder der ohne wichtigen Grund eine ehrenamtliche Tätigkeit ablehnt oder ihre weitere Ausübung verweigert, zur Erzwingung pflichtgemäßen Verhaltens nach vorheriger Androhung und Setzung einer angemessenen Frist ein Zwangsgeld bis zu 250 Euro festsetzen.

§ 26 Treuepflicht

(1) Ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger haben eine besondere Treuepflicht gegenüber der Gemeinde.

(2) Ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger dürfen Ansprüche Dritter gegen die Gemeinde nicht geltend machen, wenn die Ansprüche mit den Aufgaben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit in Zusammenhang stehen, es sei denn, sie handeln als gesetzliche Vertreter.

(3) ¹Eine Bürgerin oder ein Bürger, die oder der zu ehrenamtlicher Tätigkeit bestellt wird, ist zur Verschwiegenheit verpflichtet über alle Angelegenheiten, deren Geheimhaltung besonders vorgeschrieben, angeordnet oder ihrer Natur nach erforderlich ist. ²Sie oder er darf die Kenntnis von Angelegenheiten, über die sie oder er Verschwiegenheit zu wahren hat, nicht unbefugt verwerthen. ³Diese Verpflichtungen bestehen auch nach Beendigung der ehrenamtlichen Tätigkeit fort.

(4) ¹Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig die Treuepflicht nach Absatz 2 oder 3 verletzt. ²Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. ³Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 Abs. 1 Nr. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister. ⁴Beabsichtigt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister, eine Geldbuße gegen ein Gemeinderatsmitglied festzusetzen, so ist der Gemeinderat zu hören.

§ 27 Mitwirkungsverbot bei Interessenwiderstreit und Heilung bei Verfahrensmängeln

(1) Wer ehrenamtlich tätig ist, darf weder beratend noch entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit

1. ihr oder ihm selbst,
2. einer oder einem ihrer oder seiner Angehörigen,
3. einer von ihr oder ihm kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person

einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

(2) Das Mitwirkungsverbot gilt auch, wenn die oder der ehrenamtlich Tätige

1. Angehörige oder Angehöriger einer Person ist, die eine natürliche oder juristische Person, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, in der betreffenden Angelegenheit vertritt,
2. bei einer natürlichen oder juristischen Person oder einer Vereinigung, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, gegen Entgelt beschäftigt ist und nach den tatsächlichen Umständen, insbesondere der Art ihrer oder seiner Beschäftigung, ein Interessenwiderstreit anzunehmen ist,
3. Mitglied des Vorstandes, des Aufsichtsrats oder eines gleichartigen Organs einer juristischen Person oder einer Vereinigung ist, der die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann, es sei denn, sie oder er gehört den genannten Organen als Vertreterin oder Vertreter oder auf Vorschlag der Gemeinde an,
4. in anderer als öffentlicher Eigenschaft in der Angelegenheit ein Gutachten abgegeben hat oder sonst tätig geworden ist.

(3) Das Mitwirkungsverbot gilt nicht,

1. wenn der Vorteil oder Nachteil nur darauf beruht, dass jemand einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe angehört, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden,
2. bei Wahlen in unbesoldete Stellen, die vom Gemeinderat aus seiner Mitte vorgenommen werden.

(4) ¹Ob Interessenwiderstreit vorliegt, entscheidet im Streitfall der Gemeinderat. ²Die von der Entscheidung Betroffenen dürfen an der Beratung und Abstimmung nicht teilnehmen.

(5) Angehörige im Sinne des Absatzes 1 Nr. 2 und des Absatzes 2 Nr. 1 sind die in § 20 Abs. 5 des Saarländischen Verwaltungsverfahrensgesetzes aufgeführten Personen.

(6) ¹Ein Beschluss, der unter Verletzung der Absätze 1 und 2 gefasst worden ist oder bei dem ein Mitglied des Gemeinderats zu Unrecht von der Beratung oder Abstimmung ausgeschlossen worden war, ist unwirksam. ²Er gilt jedoch ein Jahr nach der Beschlussfassung, wenn eine öffentliche Bekanntmachung erforderlich ist ein Jahr nach dieser, bei einem ungerechtfertigten Ausschluss eines Mitglieds des Gemeinderats bereits mit Zustimmung dieses Mitglieds als von Anfang an gültig zustande gekommen. ³Dies gilt nicht, wenn vor Ablauf der Frist die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister dem Beschluss widersprochen oder die Kommunalaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet hat. ⁴Die Heilung tritt nicht gegenüber derjenigen oder demjenigen ein, die oder der vor Ablauf der Jahresfrist einen förmlichen Rechtsbehelf eingelegt hat, wenn in dem Verfahren der Mangel festgestellt wird.

§ 28

Entschädigung für ehrenamtliche Tätigkeit

(1) ¹Ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger haben gegen die Gemeinde Anspruch auf Ersatz ihrer baren Auslagen und des Verdienstausfalls. ²Die Gemeinden können die Entschädigung bei regelmäßig wiederkehrenden Tätigkeiten auch durch einen Pauschbetrag gewähren.

(2) Die Ansprüche nach Absatz 1 sind nicht übertragbar.

Zweiter Teil Organe und Verwaltung

I. Abschnitt Allgemeine Vorschriften

§ 29 Organe

(1) Organe der Gemeinde sind der Gemeinderat und die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister.

(2) Der Gemeinderat führt in den Städten die Bezeichnung Stadtrat.

(3) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister führt in Städten mit mehr als 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die Amtsbezeichnung Oberbürgermeisterin oder Oberbürgermeister.

§ 30 Rechtsstellung der Organträger

(1) ¹Die Mitglieder des Gemeinderats sind ehrenamtlich tätig. ²Sie handeln nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Gewissensüberzeugung. ³Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. ⁴Die Vorschriften über die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit finden Anwendung mit Ausnahme der §§ 24 und 25.

(2) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister und hauptamtliche Beigeordnete sind Beamtinnen oder Beamte auf Zeit. ²In § 40 Abs. 2 des Saarländischen Beamtengesetzes tritt für sie an die Stelle des Anspruchs auf Übertragung eines Amtes derselben oder einer mindestens gleichwertigen Laufbahn der Anspruch auf die Bezüge, die ihnen aus ihrem bisherigen Amt zugestanden hätten.

(3) ¹Ehrenamtliche Beigeordnete sind Ehrenbeamtinnen oder Ehrenbeamte. ²Das Ehrenbeamtenverhältnis ist an eine Altersgrenze nicht gebunden. ³Es beginnt mit der Ernennung und endet, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, mit dem Ausscheiden aus dem Amt. ⁴Die Vorschriften des Saarländischen Beamtengesetzes über das Verbot der Führung der Dienstgeschäfte (§ 7 Abs. 2), die Entlassung (§§ 36 bis 39), die Entscheidung im Wiederaufnahmeverfahren (§ 40 Abs. 2 bis 5) sowie die Erteilung eines Dienstzeugnisses (§ 77) und die Ausübung des Begnadigungsrechts nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 des Saarländischen Gnadengesetzes finden keine Anwendung.

(4) ¹Mitglieder des Gemeinderats und ehrenamtliche Beigeordnete scheidern mit dem Verlust der Wählbarkeit aus ihrem Amt aus. ²Die Feststellung über den Verlust der Wählbarkeit und das Ausscheiden trifft der Gemeinderat. ³Ehrenamtliche Beigeordnete scheidern ferner mit der Beendigung des Ehrenbeamtenverhältnisses aus ihrem Amt aus. ⁴Das Gleiche gilt, wenn ehrenamtliche Beigeordnete sich weigern, den gesetzlich vorgeschriebenen Diensteid zu leisten oder das an dessen Stelle vorgeschriebene Gelöbnis abzulegen.

(5) ¹Gemeinderatsmitglieder, die derselben Partei oder politischen Gruppierung mit im Wesentlichen gleicher politischer Zielsetzung angehören, können sich zu einer Fraktion zusammenschließen. ²Eine Fraktion muss aus mindestens zwei Mitgliedern bestehen. ³Die näheren Einzelheiten über die Bildung der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung.

§ 31 Amtszeit

(1) ¹Die Amtszeit des Gemeinderats beträgt fünf Jahre; sie beginnt am fünfzehnten auf den Wahltag folgenden Tag, jedoch nicht vor Ablauf der Amtszeit des bisherigen Gemeinderats. ²Endet die Amtszeit des bisherigen Gemeinderats vor dem fünfzehnten auf den Tag der Wahl des neuen Gemeinderats folgenden Tag, so verlängert sich die Amtszeit bis zum Beginn der Amtszeit des neu gewählte Rats, längstens jedoch um einen Monat.

(2) Für die Dauer von zehn Jahren werden Bürgermeisterinnen und Bürgermeister vorbehaltlich der Regelung des § 56 Abs. 3 sowie hauptamtliche Beigeordnete berufen.

(3) ¹Ehrenamtliche Beigeordnete werden für die Amtszeit des Gemeinderats gewählt. ²Ihre Amtszeit beginnt mit ihrer Wahl; die Ernennung zum Ehrenbeamten ist unverzüglich vorzunehmen.

(4) Die besonderen Vorschriften über die vorzeitige Beendigung der Amtszeit des Gemeinderats und seiner Mitglieder sowie der ehrenamtlichen Beigeordneten bleiben unberührt.

II. Abschnitt Gemeinderat

§ 32 Zusammensetzung und Wahl des Gemeinderats

(1) Der Gemeinderat besteht aus den von den Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählten Mitgliedern.

(2) ¹Die Zahl der Mitglieder des Gemeinderats beträgt in Gemeinden

bis zu 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	27,
mit mehr als 10.000 bis zu 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	33,
mit mehr als 20.000 bis zu 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	39,
mit mehr als 30.000 bis zu 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	45,
mit mehr als 40.000 bis zu 60.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	51,

mit mehr als 60.000 bis zu 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 57,

mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern 63.

²Die Gemeinden können durch Satzung bestimmen, dass für die Zahl der Mitglieder des Gemeinderats die nächstniedrigere Gemeindegrößenklasse maßgebend ist. ³In der niedrigsten Gemeindegrößenklasse kann die Zahl der Mitglieder des Gemeinderats auf 21 abgesenkt werden. ⁴Die Zahl der Mitglieder des Gemeinderats darf nur zum Ende der Amtszeit des Gemeinderats, spätestens ein Jahr vor ihrem Ablauf, geändert werden. ⁵Der Beschluss bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats.

(3) Das Nähere über die Wahl und Ergänzung des Gemeinderats bestimmt das Kommunalwahlgesetz.

§ 33

Pflichten und Rücktrittsrecht

(1) ¹Die Mitglieder des Gemeinderats haben die ihnen obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, insbesondere an den Sitzungen des Gemeinderats teilzunehmen. ²Der Gemeinderat kann in seiner Geschäftsordnung regeln, dass gegen Gemeinderatsmitglieder, die wiederholt ohne genügende Entschuldigung an den Sitzungen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse nicht teilnehmen, ein Ordnungsgeld bis zur dreifachen Höhe der monatlichen Aufwandsentschädigung verhängt werden kann.

(2) Die Mitglieder des Gemeinderats werden vor ihrem Amtsantritt in öffentlicher Sitzung von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister durch Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(3) ¹Die Mitglieder des Gemeinderats können ihr Amt jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister niederlegen. ²Die Erklärung ist unwiderruflich.

§ 34

Aufgaben des Gemeinderats

¹Der Gemeinderat beschließt über alle Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde, soweit sie nicht der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister, einem Ausschuss, einem Bezirksrat oder einem Ortsrat übertragen sind. ²Über andere als Selbstverwaltungsangelegenheiten kann der Gemeinderat nur beschließen, wenn besondere gesetzliche Vorschriften dies zulassen.

§ 35

Vorbehaltene Aufgaben

¹Der Gemeinderat kann die Entscheidung über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:

1. die Bestimmung und die Änderung von Namen, Bezeichnungen, Wappen und Farben;
2. die Änderung des Gemeindegebiets;

3. die Verleihung des Ehrenbürgerrechts und einer Ehrenbezeichnung;
4. den Ausschluss wegen Interessenwiderstreits im Gemeinderat (§ 27 Abs. 4) sowie die Feststellung über den Verlust der Wählbarkeit und das Ausscheiden aus dem Gemeinderat (§ 30 Abs. 4);
5. die Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters nach § 56 Abs. 2 und der Beigeordneten;
6. die Bildung und Auflösung von Ausschüssen sowie die Feststellung der Sitzverteilung;
7. die Einteilung des Gemeindegebiets in Gemeindebezirke oder Stadtbezirke;
8. die Übertragung von Aufgaben auf den Ortsrat (§ 73) und auf den Bezirksrat sowie die Zustimmung bei der Übertragung von Verwaltungsgeschäften auf die Verwaltungsstelle (§ 76) und die Bezirksverwaltung (§ 77);
9. die Aufstellung von Grundsätzen für die Ernennung und Entlassung der Beamtinnen und Beamten sowie für die Einstellung, Einstufung und Entlassung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, soweit hierüber im geltenden Beamten- und Arbeitsrecht keine Vorschriften enthalten sind;
10. den Abschluss von Tarifverträgen oder den Beitritt zu einem Arbeitgeberverband;
11. die Ernennung und Entlassung von leitenden Beamtinnen und Beamten sowie die Einstellung und Entlassung von leitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern;
12. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen;
13. den Erlass der Geschäftsordnung;
14. die allgemeine Festsetzung öffentlicher Abgaben und privatrechtlicher Entgelte;
15. den Erlass der Haushaltssatzung, die Aufstellung eines Haushaltssanierungsplans oder eines Sanierungshaushalts, die Zustimmung zu erheblichen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen oder derartigen Verpflichtungsermächtigungen sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms;
16. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters;
17. den Erwerb von Vermögensgegenständen und die Verfügung über Gemeindevermögen, soweit der Vermögensgegenstand eine vom Gemeinderat allgemein festgesetzte Wertgrenze übersteigt;
- 17a. die Feststellung und die Änderung des Wirtschaftsplans sowie die Feststellung des Jahresabschlusses und die Behandlung des Ergebnisses von Eigenbetrieben und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung;

18. die Feststellung des Betriebsplans und des Wirtschaftsplans für die Gemeindewaldungen;
- 18a. die vollständige oder teilweise Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen auf Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit;
19. die Errichtung, Übernahme und Erweiterung, die Änderung der Rechtsform und die vollständige oder teilweise Veräußerung von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen;
20. die unmittelbare und mittelbare Beteiligung, die Änderung und die vollständige oder teilweise Veräußerung einer solchen Beteiligung an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts;
21. die Umwandlung des Zwecks und die Aufhebung einer Stiftung einschließlich der Entscheidung über den Verbleib des Stiftungsvermögens;
22. die Umwandlung von Gemeindegliedervermögen in freies Gemeindevermögen sowie die Veränderung der Nutzungsrechte am Gemeindegliedervermögen;
23. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen;
24. die Bestellung und die Abberufung der Leiterin oder des Leiters des Rechnungsprüfungsamts;
25. die Geltendmachung von Ansprüchen der Gemeinde gegen Bürgermeisterin, Bürgermeister, Beigeordnete und Mitglieder des Gemeinderats sowie die Genehmigung von Verträgen der Gemeinde mit der Bürgermeisterin, dem Bürgermeister oder mit Mitgliedern des Gemeinderats;
26. den Beitritt zu Zweckverbänden oder anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts und den Austritt aus diesen sowie den Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen;
27. die Übernahme neuer Aufgaben, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht;
28. die Führung eines Rechtsstreites von erheblicher Bedeutung;
29. den Verzicht auf Ansprüche der Gemeinde und den Abschluss von Vergleichen, soweit eine vom Gemeinderat allgemein festgesetzte Wertgrenze überschritten wird.

²Dies gilt nicht für Angelegenheiten der Nummern 11, mit Ausnahme der Bestellung einer Werkleitung, 14, 17, 23 und 29, wenn diese Angelegenheiten dem Werksausschuss (§ 109 Abs. 2) oder der Werkleitung eines Eigenbetriebs übertragen werden sollen.

§ 36

Zuständigkeit bei Interessenwiderstreit

(1) Ein Beschluss des Gemeinderats über die Geltendmachung von Ansprüchen der Gemeinde gegen die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister ist durch eine oder einen vom Gemeinderat aus seiner Mitte gewählte Beauftragte oder gewählten Beauftragten auszuführen.

(2) ¹Verträge der Gemeinde mit der Bürgermeisterin, dem Bürgermeister oder mit Mitgliedern des Gemeinderats sind nur rechtsverbindlich, wenn der Gemeinderat sie genehmigt. ²Dies gilt nicht für Verträge nach feststehenden Tarifen.

§ 37

Auskunftsrecht

(1) ¹Der Gemeinderat ist berechtigt, sich von der Durchführung der von ihm, seinen Ausschüssen oder einem Bezirksrat oder Ortsrat gefassten Beschlüsse zu überzeugen. ²Die Mitglieder des Gemeinderats können sich von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister über alle Angelegenheiten, die der Beschlussfassung des Gemeinderats, seiner Ausschüsse oder eines Bezirksrats oder Ortsrats unterliegen, unterrichten lassen. ³Auf Beschluss des Gemeinderats oder auf Verlangen von mindestens einem Viertel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister dem Gemeinderat oder einem vom Gemeinderat bestimmten Ausschuss oder einzelnen von ihm beauftragten Mitgliedern des Gemeinderats Einsicht in die Akten zu gewähren.

(2) Zur Wahrnehmung seiner Rechte nach Absatz 1 dürfen personenbezogene Daten nur im jeweils erforderlichen Umfang an den Gemeinderat übermittelt werden.

(3) Einsicht in die Akten darf den Mitgliedern des Gemeinderats nicht gewährt werden, die wegen Interessenwiderstreits von der Beratung und der Entscheidung der Angelegenheit ausgeschlossen sind.

§ 38

Sitzungszwang

Der Gemeinderat beschließt in Sitzungen.

§ 39

Geschäftsordnung

¹Der Gemeinderat gibt sich eine Geschäftsordnung. ²Der Erlass und die Änderung bedürfen der Zustimmung der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats. ³Das Gleiche gilt, wenn der Gemeinderat im Einzelfall von der Geschäftsordnung abweichen will. ⁴Die Gültigkeit der Geschäftsordnung ist nicht auf die Amtszeit des Gemeinderats beschränkt.

§ 40

Öffentlichkeit

(1) ¹Die Sitzungen des Gemeinderats sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner entgegenstehen. ²In öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats sind Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen durch Presse, Rundfunk und andere Medien zulässig, soweit die Geschäftsordnung des Gemeinderats dies bestimmt. ³Gleiches gilt für vom Gemeinderat selbst veranlasste Ton- und Bildübertragungen sowie Ton- und Bildaufzeichnungen in öffentlichen Sitzungen. ⁴Jedes Ratsmitglied kann verlangen, dass die Übertragung und Aufzeichnung seines Redebeitrags oder die Veröffentlichung der Aufzeichnung unterbleibt.

(2) Anträge auf Ausschluss der Öffentlichkeit werden in nicht öffentlicher Sitzung begründet, beraten und entschieden; die Entscheidung kann in öffentlicher Sitzung getroffen werden, wenn keine besondere Begründung oder Beratung erforderlich ist.

(3) Die Geschäftsordnung kann festlegen, dass Angelegenheiten bestimmter Art unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln sind.

§ 41

Einberufung und Tagesordnung

(1) ¹Der Gemeinderat wird von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister nach Bedarf einberufen.

²Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister muss den Gemeinderat unverzüglich einberufen, wenn eine Fraktion oder mindestens ein Viertel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats unter Bezeichnung des Verhandlungsgegenstandes, der zu den Aufgaben des Gemeinderats gehören muss, dies schriftlich oder elektronisch beantragt. ³Dies gilt nicht, wenn der Gemeinderat den gleichen Gegenstand innerhalb der letzten drei Monate bereits beraten hat. ⁴Auf schriftlichen oder elektronischen Antrag einer Fraktion oder von mindestens einem Viertel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister bestimmte Verhandlungsgegenstände, die zu den Aufgaben des Gemeinderats gehören müssen, in die Tagesordnung der nächsten Sitzung aufzunehmen; Satz 3 gilt entsprechend. ⁵Die Anträge müssen bei der Bürgermeisterin oder beim Bürgermeister innerhalb einer in der Geschäftsordnung zu bestimmenden Frist eingegangen sein. ⁶Die Kommunalaufsichtsbehörde kann die Einberufung des Gemeinderats unter Angabe bestimmter Verhandlungsgegenstände verlangen. ⁷Sie kann jederzeit an den Sitzungen des Gemeinderats teilnehmen.

(2) Der Gemeinderat ist zu seiner ersten Sitzung innerhalb eines Monats nach Beginn seiner Amtszeit einzuberufen.

(3) ¹Der Gemeinderat wird schriftlich unter Mitteilung der Tagesordnung einberufen; die Einberufung kann auch elektronisch erfolgen, sofern die Empfängerin oder der Empfänger hierfür einen Zugang eröffnet. ²Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung sind öffentlich bekannt zu machen. ³Die Einberufungsfrist beträgt mindestens drei Tage. ⁴In dringenden Fällen kann die Frist bis auf einen Tag verkürzt werden. ⁵Die Dringlichkeit muss durch den Gemeinderat vor Eintritt in die Tagesordnung bestätigt werden.

(4) Eine Verletzung von Form und Frist der Einberufung gilt gegenüber einem Mitglied des Gemeinderats als geheilt, wenn dieses Mitglied zu der Sitzung erscheint.

(5) Mit Zustimmung einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats kann über unvorhergesehene und keinen Aufschub duldende Angelegenheiten beraten und Beschluss gefasst werden, auch wenn diese in die Tagesordnung nicht aufgenommen waren.

§ 42

Vorsitz

(1) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister führt den Vorsitz im Gemeinderat. ²Sie oder er hat kein Stimmrecht. ³Die Beigeordneten vertreten sie oder ihn in der Reihenfolge ihrer Vertretungsbefugnis.

(2) ¹Bei Verhinderung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters und der Beigeordneten bestellt der Gemeinderat die Vorsitzende oder den Vorsitzenden aus seiner Mitte. ²Während der Wahl der oder des Vorsitzenden führt das an Lebensjahren älteste hierzu bereite Mitglied des Gemeinderats den Vorsitz.

(3) Bei Sitzungen, in denen über den Jahresabschluss beraten wird, bestellt der Gemeinderat für diesen Gegenstand der Tagesordnung eine besondere Vorsitzende oder einen besonderen Vorsitzenden.

§ 43

Aufgaben der oder des Vorsitzenden

(1) Die oder der Vorsitzende eröffnet und schließt die Sitzung, leitet die Verhandlung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus.

(2) ¹Die oder der Vorsitzende kann bei grober Ungebühr oder Zuwiderhandlung gegen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung getroffenen Anordnungen Mitglieder des Gemeinderats zur Ordnung rufen. ²Nach dreimaligem Ordnungsruf kann sie oder er Mitglieder des Gemeinderats von der Sitzung ausschließen. ³Die Geschäftsordnung kann vorsehen, dass die oder der Vorsitzende in schweren Fällen den Ausschluss eines Mitglieds des Gemeinderats auch für mehrere, höchstens jedoch für drei Sitzungen aussprechen darf.

(3) Der Ausschluss von den Sitzungen des Gemeinderats hat den Ausschluss von allen Ausschusssitzungen für die gleiche Dauer zur Folge.

§ 44

Beschlussfähigkeit

(1) ¹Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn alle Mitglieder ordnungsgemäß einberufen sind und mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend ist. ²Im Falle des § 41 Abs. 4 gilt das Gemeinderatsmitglied als ordnungsgemäß einberufen.

(2) ¹Ist die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl von Mitgliedern nicht anwesend, so ist der zur Beratung derselben Gegenstände mit einer Frist von mindestens drei Tagen einberufene Gemeinderat beschlussfähig, sofern an stimmberechtigten Mitgliedern mindestens ein Fünftel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend ist. ²Bei der Einberufung ist darauf ausdrücklich hinzuweisen.

(3) Ist die zur Beschlussfähigkeit erforderliche Anzahl von Mitgliedern nicht mehr vorhanden, weil mehr als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats wegen Interessenwiderstreits ausgeschlossen ist, so ist der Gemeinderat beschlussfähig, sofern mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind.

§ 45

Beschlussfassung

(1) ¹Der Gemeinderat beschließt mit einfacher Stimmenmehrheit, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt. ²Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

(2) Die Abstimmung ist grundsätzlich offen.

(3) ¹Wenn mehr als ein Drittel der anwesenden Mitglieder des Gemeinderats es beantragt, wird namentlich abgestimmt. ²In der Sitzungsniederschrift ist zu vermerken, wie jedes einzelne Mitglied abgestimmt hat.

(4) Wenn mehr als ein Drittel der anwesenden Mitglieder des Gemeinderats es beantragt, wird geheim abgestimmt.

(5) Der Antrag auf geheime Abstimmung geht dem Antrag auf namentliche Abstimmung vor.

(6) Beschlüsse über die Einstellung und die Anstellung von leitenden Beamtinnen, Beamten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden nach den für Wahlen geltenden Vorschriften gefasst.

(7) Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen zählen bei der Berechnung der Mehrheit nicht mit.

§ 46

Wahlen

(1) Wahlen werden durch geheime Abstimmung vorgenommen.

(2) ¹Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. ²Wird diese Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht, so tritt Stichwahl unter den beiden Bewerberinnen oder Bewerbern ein, die im ersten Wahlgang die höchsten Stimmzahlen erreicht haben. ³Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, wer in die Stichwahl kommt. ⁴Ergibt auch die Stichwahl Stimmgleichheit, so entscheidet das Los. ⁵§ 45 Abs. 7 gilt entsprechend.

§ 47

Niederschrift

(1) Über den wesentlichen Inhalt der Verhandlungen des Gemeinderats ist eine Niederschrift zu fertigen.

(2) Die Führung der Sitzungsniederschrift kann einer oder einem Bediensteten der Gemeinde übertragen werden.

(3) Jedes Mitglied des Gemeinderats kann verlangen, dass seine Auffassung und seine Anträge in die Niederschrift aufgenommen werden.

(4) Die Niederschrift ist von der oder dem Vorsitzenden, der Schriftführerin oder dem Schriftführer und mindestens zwei durch die Geschäftsordnung oder durch Beschluss des Gemeinderats bestimmten Mitgliedern zu unterzeichnen.

(5) ¹Die Niederschrift ist spätestens bei Beginn der nächsten Sitzung zu verlesen. ²Die Geschäftsordnung kann eine andere Form der Bekanntgabe der Niederschrift an die Mitglieder des Gemeinderats vorsehen. ³Über Einwendungen gegen die Niederschrift beschließt der Gemeinderat.

(6) ¹Die Einwohnerinnen und Einwohner können die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderats bei der Gemeindeverwaltung einsehen; sie können sich auf ihre Kosten Ablichtungen anfertigen lassen. ²Die Ablichtungen der Niederschriften sind für die Mitglieder des Gemeinderats kostenlos anzufertigen.

§ 48

Ausschüsse

(1) ¹Der Gemeinderat kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse und zur Beschlussfassung über Angelegenheiten, die ihm nicht nach § 35 vorbehalten sind, aus seiner Mitte Ausschüsse bilden. ²Für Finanzangelegenheiten, Personalangelegenheiten, Natur- und Umweltschutzangelegenheiten und Rechnungsprüfungsangelegenheiten müssen solche Ausschüsse gebildet werden. ³Eine Zusammenlegung von Ausschüssen ist, mit Ausnahme des Rechnungsprüfungsausschusses, zulässig.

(2) ¹Bei der Besetzung der Ausschüsse sind die im Gemeinderat vertretenen Parteien und Wählergruppen entsprechend ihrer Stärke zu berücksichtigen; soweit Fraktionen bestehen, ist auf diese abzustellen. ²Die Sitze in den Ausschüssen werden auf die Gruppierungen nach Satz 1 entsprechend der Anzahl ihrer Mitglieder im Gemeinderat nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt verteilt. ³Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los. ⁴Die Mitglieder der Ausschüsse werden von den jeweiligen Gruppierungen entsprechend der vom Gemeinderat festgestellten Sitzverteilung benannt. ⁵Jedes Ausschussmitglied kann sich durch ein Mitglied des Gemeinderats vertreten lassen. ⁶Die Vertretung ist der oder dem Ausschussvorsitzenden anzuzeigen und in der Niederschrift zu vermerken. ⁷Ändert sich das Stärkeverhältnis der im Gemeinderat vertretenen Gruppierungen, so sind die Ausschüsse neu zu bilden, wenn sich aufgrund des neuen Stärkeverhältnisses eine andere Besetzung ergeben würde.

(3) ¹Bleibt eine Fraktion bei der Bildung eines Ausschusses nach Absatz 2 unberücksichtigt, so kann sie aus ihrer Mitte ein Mitglied benennen, das mit beratender Stimme und dem Recht, Anträge zu stellen, an den Ausschusssitzungen teilnimmt. ²Absatz 2 Satz 5 und 6 gilt entsprechend. ³Sonstige Mitglieder des Gemeinderats können an den Ausschusssitzungen ohne Stimmrecht teilnehmen.

(4) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister führt den Vorsitz in den Ausschüssen für Finanzangelegenheiten und Personalangelegenheiten. ²Sind die Finanz- oder Personalangelegenheiten hauptamtlichen Beigeordneten übertragen, so kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister die jeweils zuständige hauptamtliche Beigeordnete oder den jeweils zuständigen hauptamtlichen Beigeordneten mit dem Vorsitz in diesen Ausschüssen betrauen. ³In den übrigen Ausschüssen steht der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister der Vorsitz zu. ⁴Beansprucht die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister den Vorsitz nicht, so steht er den Beigeordneten in der festgelegten Reihenfolge zu. ⁵Verzichten auch die Beigeordneten auf den Vorsitz, so wählt der Ausschuss die Vorsitzende oder den Vorsitzenden aus seiner Mitte. ⁶Die oder der Vorsitzende ist nur stimmberechtigt, wenn sie oder er gemäß Absatz 2 in den Ausschuss berufen ist.

(5) ¹Die Sitzungen der Ausschüsse zur Vorbereitung der Beschlüsse des Gemeinderats sind nicht öffentlich. ²Sitzungen über die den Ausschüssen zur Beschlussfassung übertragenen Angelegenheiten sind öffentlich. ³§ 40 ist entsprechend anzuwenden.

(6) ¹Die für den Gemeinderat geltenden Vorschriften mit Ausnahme des § 37 Abs. 1 Satz 3, des § 39 und des § 41 Abs. 2 sind für die Ausschüsse sinngemäß anzuwenden. ²§ 41 Abs. 1 Satz 2 gilt mit der Maßgabe, dass die oder der Vorsitzende den Ausschuss einberufen muss, wenn eine Fraktion oder mindestens ein Viertel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats unter Bezeichnung des Verhandlungsgegenstandes dies schriftlich oder elektronisch beantragt.

§ 49

Hinzuziehung von Sachverständigen und anderen Personen zu den Sitzungen

(1) ¹Auf Beschluss des Gemeinderats können Sachverständige zu den Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse hinzugezogen werden. ²Sie sind nicht stimmberechtigt.

(2) Sachverständige, die zu nicht öffentlichen Sitzungen hinzugezogen werden, sind zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(3) Der Gemeinderat kann beschließen, zu bestimmten Beratungsgegenständen Personen oder Personengruppen zu hören.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten auch für Personen oder Personengruppen mit fremder Staatsangehörigkeit.

§ 49a

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen

(1) Die Gemeinden können bei Planungen und Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, diese in angemessener Weise beteiligen.

(2) ¹Für Jugendliche können hierzu Gremien eingerichtet werden. ²Das Nähere ist von den Gemeinden durch Satzung zu bestimmen, insbesondere sind dabei Regelungen über die Zusammensetzung, Wahl, Amtszeit, Rechtsstellung, Arbeitsweise und Entschädigung zu treffen.

(3) Kinder können über mit ihnen kooperierende und von der Gemeinde zu benennende Sachwalterinnen oder Sachwalter beteiligt werden.

§ 50

Integrationsbeiräte, Integrationsbeauftragte

(1) ¹Gemeinden mit einem Ausländeranteil von mindestens zehn vom Hundert sollen einen Integrationsbeirat bilden; sie können daneben auch eine ehren- oder hauptamtliche Integrationsbeauftragte oder einen ehren- oder hauptamtlichen Integrationsbeauftragten benennen. ²Gemeinden mit einem geringeren Ausländeranteil können von beiden Möglichkeiten einzeln oder nebeneinander Gebrauch machen. ³Integrationsbeirat und Integrationsbeauftragte können sich mit allen Selbstverwaltungsangelegenheiten befassen, welche die Belange der Einwohnerinnen und Einwohner im Sinne des Absatzes 2 Satz 1 berühren. ⁴Das Nähere regelt die Gemeinde durch Satzung. Für die Ermittlung des Ausländeranteils gilt § 71 Absatz 2 Satz 4 entsprechend.

(2) ¹Der Integrationsbeirat setzt sich zu zwei Dritteln aus Einwohnerinnen und Einwohnern zusammen,

1. die nicht Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind,
2. die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Einbürgerung erhalten haben,
3. die Spätaussiedlerinnen oder Spätaussiedler sind oder
4. die die deutsche Staatsangehörigkeit nach § 4 Absatz 3 Satz 1 des Staatsangehörigkeitsgesetzes erworben haben.

²Wahlberechtigt sind alle Personen, die nach Satz 1 wählbar sind, wobei die Personen nach Satz 1 Nummern 2 bis 4 zunächst nach öffentlich bekannt gemachter Aufforderung bis zum 21. Tag vor der Wahl eine Aufnahme in das Wählerverzeichnis beantragen müssen. ³Im Übrigen gelten für die Wahl die Grundsätze des Kommunalwahlrechts entsprechend.

⁴Ein Drittel der Mitglieder wird vom Gemeinderat entsprechend den Vorschriften über die Besetzung der Ausschüsse entsandt.

(3) ¹Werden keine Wahlvorschläge eingereicht oder zugelassen oder übersteigt die Zahl der zugelassenen Bewerber nicht die Zahl der zu wählenden Mitglieder des Integrationsbeirats, findet keine Wahl statt und die Verpflichtung zur Einrichtung eines Integrationsbeirats nach Absatz 1 Satz 1 Halbsatz 1 entfällt für die Dauer von fünf Jahren. ²In diesem Fall soll eine Integrationsbeauftragte oder ein Integrationsbeauftragter benannt werden.

(4) Für die Rechtsstellung der Mitglieder des Integrationsbeirats und der ehrenamtlichen Integrationsbeauftragten gelten die §§ 30 Absatz 1, 33 und 51 Absatz 1 Satz 2, Absatz 3 und 4 entsprechend.

(5) ¹Der Integrationsbeirat wählt eine Sprecherin oder einen Sprecher und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter. ²Auf Antrag des Integrationsbeirats hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister dem Gemeinderat Selbstverwaltungsangelegenheiten gemäß Absatz 1 Satz 3 zur Beratung und Entscheidung vorzulegen. ³Die Sprecherin oder der Sprecher des Integrationsbeirats ist berechtigt, bei der Beratung solcher Angelegenheiten an Sitzungen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse teilzunehmen; auf Verlangen ist ihr oder ihm das Wort zu erteilen. ⁴Der Integrationsbeirat soll zu Fragen, die ihm vom Gemeinderat, einem Ausschuss oder von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister vorgelegt werden, Stellung nehmen. ⁵Entsprechendes gilt für Integrationsbeauftragte.

§ 50a

Interessenvertretung für ältere Menschen und für Menschen mit Behinderungen

(1) ¹Gemeinden sollen zur Wahrung der Interessen älterer Menschen Beiräte einrichten. ²Anstelle eines Beirates kann auf Beschluss des Gemeinderates auch eine Beauftragte oder ein Beauftragter gewählt werden. ³Das Nähere ist von den Gemeinden durch Satzung zu bestimmen, wobei insbesondere Regelungen über die Zusammensetzung, Wahl, Amtszeit, Rechtsstellung, Arbeitsweise und Entschädigung zu treffen sind.

(2) Die Wahrung der Interessen behinderter Menschen erfolgt nach Maßgabe des § 22 des Gesetzes zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen im Saarland (Saarländisches Behindertengleichstellungsgesetz - SBGG) vom 26. November 2003 (Amtsbl. S. 2987), geändert durch das Gesetz vom 15. Februar 2006 (Amtsbl. S. 474, 530), in der jeweils geltenden Fassung.

§ 51

Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder

(1) ¹Gemeinderatsmitglieder erhalten zur Abgeltung der mit ihrer Tätigkeit verbundenen baren Auslagen einen monatlichen Grundbetrag in angemessener Höhe. ²Daneben werden ihnen für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse Sitzungsgelder gewährt. ³Die Gemeinden

können die Entschädigungen nach den Sätzen 1 und 2 auch durch einen einheitlichen Pauschbetrag gewähren.

(2) Über die Entschädigung nach Absatz 1 entscheidet der Gemeinderat mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder.

(3) ¹Den durch die Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse entstandenen Verdienstausfall hat die Gemeinde in der nachgewiesenen Höhe zu ersetzen. ²Gemeinderatsmitglieder, die keinen Verdienstausfall nachweisen können, weil sie mit der Führung ihres Haushalts betraut sind, erhalten einen durch den Gemeinderat festzusetzenden Stundensatz. ³Ein durch die Sitzungsteilnahme entstehender Arbeitsausfall gilt nicht als schuldhaftes Arbeitsversäumnis im Sinne des geltenden Beamten-, Arbeits- oder Tarifrechts.

(4) ¹Ist zur Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse eine entgeltliche Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen notwendig, werden die nachgewiesenen Kosten auf Antrag erstattet. ²Der Gemeinderat kann die Kostenerstattung durch Festsetzung von Höchstbeträgen begrenzen. ³Betreuungskosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die eine Entschädigung nach Absatz 3 geleistet wird.

§ 51a

Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außerordentlichen Notlagen

(1) Gemeinderatssitzungen können als Videokonferenzen durchgeführt werden, wenn

1. aufgrund einer außerordentlichen Notlage, insbesondere einer epidemischen Lage, einer Naturkatastrophe oder eines besonders schweren Unglücksfalls die Durchführung einer Gemeinderatssitzung nach § 38 ganz erheblich erschwert ist und
2. zwei Drittel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats dem zustimmen.

(2) ¹Der Beschluss des Gemeinderats zur Durchführung von Videokonferenzen nach Absatz 1 Nummer 2 kann abweichend von § 38 auch im schriftlichen oder elektronischen Verfahren erfolgen. ²Der Gemeinderat kann einen entsprechenden Grundsatzbeschluss für die gesamte Dauer seiner Amtszeit fassen.

(3) Die technischen Voraussetzungen nach den Absätzen 1 und 2 sind bei jedem Ratsmitglied zu gewährleisten.

(4) Absatz 1 gilt nicht für Wahlen und geheime Abstimmungen.

(5) ¹Ist zu erwarten, dass die Voraussetzungen des Absatzes 1 Nummer 1 über einen längeren, mehrere Monate umfassenden Zeitraum vorliegen werden, oder sind die technischen Voraussetzungen nach Absatz 1 in der Gemeinde nicht zu gewährleisten, kann der Gemeinderat mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder für die Dauer der außerordentlichen Notlage die Beschlussfassung auf einen hierfür gebildeten Notausschuss übertragen. ²Hat die Gemeinde keinen Notausschuss gebildet, kann sie die Beschlussfassung auf den Finanzausschuss übertragen, der dann als Notausschuss tagt. ³Für die jeweilige Übertragung gilt Absatz 2 Satz 1 entsprechend. ⁴Die Entscheidungen des Ausschusses sind dem Gemeinderat in seiner nächsten ordentlichen Sitzung zur Ge-

nehmung vorzulegen; eine Aufhebung ist nur möglich, wenn durch die Ausführung der Entscheidung noch keine Rechte Dritter begründet wurden. ⁵Für den Notausschuss gilt § 48 entsprechend.

(6) ¹Bei Durchführung einer Sitzung als Videokonferenz erfolgt die Information der Öffentlichkeit durch zeitgleiche Übertragung in Ton und Bild in einen öffentlich zugänglichen Raum, der in der Bekanntmachung der Sitzung benannt wird. ²Über Beschlüsse nach Absatz 2 ist die Öffentlichkeit unverzüglich zu informieren; dies gilt entsprechend, wenn die Öffentlichkeit bei einer Ausschusssitzung nicht hergestellt werden kann. ³§ 40 bleibt unberührt.

§ 52

Vorzeitige Beendigung der Amtszeit bei Gebietsänderungen

(1) ¹Ändert sich bei einer Gebietsänderung die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, so endet die Amtszeit des Gemeinderats mit dem In-Kraft-Treten der Gebietsänderung; es findet innerhalb von drei Monaten eine Neuwahl statt. ²Satz 1 findet keine Anwendung, wenn die Zahl der aufgenommenen Einwohnerinnen und Einwohner im Verhältnis zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der aufnehmenden Gemeinde oder die Zahl der abgegebenen Einwohnerinnen und Einwohner im Verhältnis zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner der abgebenden Gemeinde unbedeutend ist und die Struktur der Gemeinde nur unwesentlich verändert wird; die Entscheidung trifft das Ministerium für Inneres und Sport. ³In einer neu gebildeten Gemeinde ist stets eine Neuwahl durchzuführen. ⁴Das Nähere bestimmt das Kommunalwahlgesetz.

(2) ¹Die Amtszeit des nach Absatz 1 gewählten Gemeinderats endet mit dem Ablauf der allgemeinen Amtszeit. ²Findet eine Neuwahl innerhalb von sechs Monaten vor Ablauf der allgemeinen Amtszeit statt, so endet die Amtszeit erst mit dem Ende der nächsten allgemeinen Amtszeit.

§ 53

Auflösung des Gemeinderats

(1) Das Ministerium für Inneres und Sport hat einen Gemeinderat aufzulösen, wenn die Zahl der Mitglieder des Gemeinderats auf weniger als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder gesunken ist und Ersatzleute nicht zur Verfügung stehen.

(2) Die Landesregierung kann auf Antrag des Ministeriums für Inneres und Sport einen Gemeinderat auflösen, wenn eine ordnungsgemäße Erledigung der Gemeindeaufgaben in anderer Weise auf Dauer nicht gesichert ist.

(3) Die Entscheidung über die Auflösung des Gemeinderats ist durch das Ministerium für Inneres und Sport öffentlich bekannt zu machen.

(4) ¹Nach unanfechtbar gewordener Auflösung des Gemeinderats findet eine Neuwahl innerhalb von drei Monaten statt. ²Das Nähere bestimmt das Kommunalwahlgesetz. ³§ 52 Abs. 2 gilt entsprechend.

III. Abschnitt

Bürgermeisterin, Bürgermeister und Beigeordnete

§ 54

Eignung

(1) ¹Wählbar zur Bürgermeisterin oder zum Bürgermeister ist jede oder jeder Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes und jede Unionsbürgerin oder jeder Unionsbürger, die oder der am

Tag der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet hat, die Wählbarkeit zum Deutschen Bundestag oder zum Europäischen Parlament besitzt und die Gewähr dafür bietet, dass sie oder er jederzeit für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt. ²Zur Bürgermeisterin oder zum Bürgermeister kann nicht gewählt werden, wer am Tag des Beginns der Amtszeit das 65. Lebensjahr vollendet hat.

(2) ¹Die hauptamtlichen Beigeordneten müssen für ihr Amt geeignet sein. ²Sie müssen mindestens die Befähigung für den gehobenen Dienst in der allgemeinen Verwaltung besitzen oder über entsprechende Erfahrungen verfügen, die sie durch verantwortliche Tätigkeiten in Verwaltung oder Wirtschaft erworben haben. ³Absatz 1 findet entsprechende Anwendung.

(3) In Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern muss die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister oder eine hauptamtliche Beigeordnete oder ein hauptamtlicher Beigeordneter oder eine andere leitende Beamtin oder ein anderer leitender Beamter der Gemeinde die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt besitzen; in besonders begründeten Ausnahmefällen kann die oberste Kommunalaufsichtsbehörde Ausnahmen zulassen.

§ 55

Ausschreibung

Die Stelle der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters ist spätestens drei Monate vor der Wahl öffentlich auszuschreiben.

§ 56

Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters

(1) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gleichzeitig mit dem Gemeinderat gewählt.

²Für die Wahl gelten die Vorschriften des Kommunalwahlgesetzes.

(2) Findet eine Wahl nach Absatz 1 nicht statt, wird die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister vom Gemeinderat nach den Bestimmungen des § 46 gewählt.

(3) ¹Scheidet die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister während der Amtszeit des Gemeinderates aus dem Amt aus und erfolgt die Wahl nicht gleichzeitig mit der Gemeinderatswahl, so wird die Nachfolgerin oder der Nachfolger für die Zeit bis zum 30. September des Jahres, in dem die nächste Amtszeit des Gemeinderates endet, gewählt. ²Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend.

(4) Wird die Wiederwahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters später als drei Monate vor Ablauf der Amtszeit durchgeführt, entfällt die Verpflichtung zur Weiterführung des Amtes nach § 119 Abs. 3 des Saarländischen Beamtengesetzes vom 11. März 2009 (Amtsbl. S. 514), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 16. Oktober 2012 (Amtsbl. I S. 437), in der jeweils geltenden Fassung.

(5) Für die öffentliche Bekanntmachung des Wahlergebnisses findet § 78 Abs. 1 Satz 2 des Kommunalwahlgesetzes entsprechende Anwendung.

§ 57

Wahlanfechtung

(1) Wird die Wahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters vom Gemeinderat vorgenommen, kann die Wahl von jedem Mitglied des Gemeinderats innerhalb von zwei Wochen nach der Wahl bei der Kommunalaufsichtsbehörde angefochten werden.

(2) ¹Gegen die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde kann innerhalb eines Monats Klage im verwaltungsgerichtlichen Verfahren erhoben werden. ²Ein Vorverfahren findet nicht statt.

(3) Wird die Wahl für ungültig erklärt, so ist sie unverzüglich zu wiederholen.

§ 58

Abwahl der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters

(1) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann von den Bürgerinnen und Bürgern vor Ablauf ihrer oder seiner Amtszeit abgewählt werden. ²Zur Einleitung des Abwahlverfahrens bedarf es eines von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats gestellten Antrags und eines mit der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats zu fassenden Beschlusses.

(2) ¹Über den Antrag auf Einleitung des Abwahlverfahrens ist namentlich abzustimmen. ²Zwischen der Antragstellung und der Beschlussfassung müssen mindestens zwei Wochen liegen.

(3) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist abgewählt, wenn die Mehrheit der gültigen Stimmen auf Abwahl lautet, sofern diese Mehrheit mindestens 30 vom Hundert der Abwahlberechtigten beträgt. ²Das Nähere bestimmt das Kommunalwahlgesetz.

(4) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister gilt als abgewählt, wenn sie oder er innerhalb einer Woche nach dem Beschluss des Gemeinderats, das Abwahlverfahren einzuleiten, auf die Durchführung des Abwahlverfahrens verzichtet. ²Der Verzicht ist schriftlich gegenüber der oder dem zur Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters berufenen Beigeordneten zu erklären.

(5) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister scheidet mit Ablauf des Tages, an dem der Wahlausschuss die Abwahl feststellt oder an dem eine Verzichtserklärung nach Absatz 4 Satz 2 der oder dem zur Vertretung berufenen Beigeordneten zugeht, aus ihrem oder seinem Amt aus.

§ 58a

Ruhestand auf Antrag aus besonderem Grund

¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann die Versetzung in den Ruhestand mit der Begründung beantragen, dass ihr oder ihm das für die weitere Amtsführung erforderliche Vertrauen nicht mehr entgegengebracht wird. ²Der Antrag ist schriftlich bei der oder dem zur Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters berufenen Beigeordneten zu stellen und bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats. ³§ 58 Absatz 2 gilt entsprechend. ⁴Der Antrag kann nur bis zur Beschlussfassung des Gemeinderats schriftlich zurückgenommen werden. ⁵Hat der Gemeinderat dem Antrag zugestimmt und sind die Voraussetzungen für die Gewährung eines Ruhegehalts erfüllt, so versetzt die oder der vertretungsberechtigte Beigeordnete die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister durch schriftliche Verfügung in den Ruhestand. ⁶Der Ruhestand beginnt mit Ablauf des Tages, an dem der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister die Verfügung zugestellt worden ist.

§ 59

Aufgaben der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters

(1) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist die gesetzliche Vertreterin oder der gesetzliche Vertreter der Gemeinde.

(2) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister leitet die Gemeindeverwaltung. ²Sie oder er bereitet die Beschlüsse des Gemeinderats vor und führt sie aus.

(3) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihr oder ihm übertragenen Selbstverwaltungsangelegenheiten der Gemeinde. ²Sie oder er ist allein zuständig, soweit gesetzlich eine Anhörung der Gemeinde vorgeschrieben und die Angelegenheit im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten ist.

(4) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister erledigt die der Gemeinde übertragenen Auftragsangelegenheiten, soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(5) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Gemeindebediensteten und der Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamten. ²Ihr oder ihm obliegt die Ernennung und Entlassung der Beamtinnen und Beamten sowie die Einstellung, Einstufung und Entlassung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach den Beschlüssen des Gemeinderats.

(6) Die Befugnisse der oder des Dienstvorgesetzten und der obersten Dienstbehörde nimmt gegenüber der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister in den Fällen des § 8 Abs. 1, § 58 Abs. 1 und § 59 Abs. 2 des Saarländischen Beamtengesetzes und des § 83 Abs. 2 des Saarländischen Disziplinargesetzes die Kommunalaufsichtsbehörde, im Fall des § 85 des Saarländischen Beamtengesetzes der Gemeinderat, im Übrigen die oder der zur Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters berufene Beigeordnete wahr.

§ 60

Widerspruchs- und Vorlagepflicht bei rechtswidrigen Beschlüssen

(1) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist verpflichtet, rechtswidrigen Beschlüssen unverzüglich zu widersprechen. ²Hält der Gemeinderat seinen Beschluss aufrecht, so hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde einzuholen.

(2) Beschlüsse, über deren Rechtmäßigkeit die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister im Zweifel sein muss, hat sie oder er der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen; über die Vorlage hat sie oder er die Mitglieder des Gemeinderats unverzüglich zu unterrichten.

(3) Widerspruch und Vorlage haben aufschiebende Wirkung.

§ 61

Anordnungsbefugnis der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters in dringenden Angelegenheiten

(1) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister ist berechtigt, dringende Maßnahmen, die aus Gründen des Gemeinwohls keinen Aufschub dulden, auch ohne Beschluss des Gemeinderats anzuordnen.

²In diesen Fällen hat sie oder er unverzüglich den Gemeinderat zu unterrichten. ³Der Gemeinderat

kann die Anordnung aufheben, soweit nicht schon Rechte anderer durch die Ausführung der Anordnung entstanden sind.

(2) Absatz 1 findet auf Angelegenheiten, über die ein Ausschuss oder der Ortsrat beschließt, entsprechende Anwendung.

§ 62

Verpflichtungserklärungen

(1) ¹Erklärungen, durch die die Gemeinde verpflichtet werden soll, sowie Erklärungen, durch die die Gemeinde auf Rechte verzichtet, müssen schriftlich oder elektronisch erfolgen. ²Erklärungen in Schriftform sind nur rechtsverbindlich, wenn sie von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister oder der allgemeinen Vertreterin oder dem allgemeinen Vertreter unter Beifügung der Amtsbezeichnung und des Dienstsiegels handschriftlich unterzeichnet sind. ³Erklärungen in elektronischer Form sind nur rechtsverbindlich, wenn sie mit einer dauerhaft überprüfbaren Signatur und dem elektronischen Dienstsiegel versehen sind.

(2) ¹Wird für ein Geschäft oder einen Kreis von Geschäften eine Bevollmächtigte oder ein Bevollmächtigter bestellt, so bedarf die Vollmacht der Form des Absatzes 1. ²Die im Rahmen dieser Vollmacht abgegebenen Erklärungen müssen schriftlich oder elektronisch erfolgen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Erklärungen in den Geschäften der laufenden Verwaltung.

§ 63

Vertretung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters

(1) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister wird im Fall ihrer oder seiner Verhinderung durch Beigeordnete in der vom Gemeinderat festgesetzten Reihenfolge vertreten. ²Die erste Stellvertreterin oder der erste Stellvertreter der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters führt die Amtsbezeichnung Erste Beigeordnete oder Erster Beigeordneter, in Städten mit mehr als 30.000 Einwohnerinnen und Einwohnern die Amtsbezeichnung Bürgermeisterin oder Bürgermeister.

(2) Im Fall gleichzeitiger Verhinderung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters und der Beigeordneten wählt der Gemeinderat für die Dauer der Verhinderung eine besondere Vertreterin oder einen besonderen Vertreter aus seiner Mitte; hierbei führt das an Lebensjahren älteste hierzu bereite Mitglied des Gemeinderats den Vorsitz.

(3) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann mit Zustimmung des Gemeinderats ehrenamtlichen Beigeordneten bestimmte Geschäftszweige zur Erledigung übertragen. ²Über die Übertragung bestimmter Geschäftszweige an hauptamtliche Beigeordnete und die Änderung entscheidet der Gemeinderat auf Vorschlag der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters.

§ 64

Zahl der Beigeordneten

¹Die Gemeinden haben eine oder einen oder zwei Beigeordnete. ²Durch Beschluss des Gemeinderats kann die Zahl der Beigeordneten in Gemeinden

mit mehr als 10.000 bis zu 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf drei,

mit mehr als 20.000 bis zu 40.000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf vier,

mit mehr als 40.000 bis zu 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf fünf,

und in Gemeinden mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern bis auf sieben erhöht werden.

§ 65

Wahl und Abwahl der ehrenamtlichen Beigeordneten

(1) ¹Die ehrenamtlichen Beigeordneten werden aus der Mitte des Gemeinderats gewählt. ²Bei der Wahl ist die Reihenfolge der Beigeordneten festzusetzen. ³Die Wahl soll in der ersten Sitzung des neu gewählten Gemeinderats vorgenommen werden.

(2) Ehrenamtliche Beigeordnete können nicht sein

1. Bedienstete der Gemeinde
2. Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von Zweckverbänden, denen die Gemeinde angehört, oder von Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist, oder von Gesellschaften und Vereinigungen, an denen die Gemeinde mit mehr als 50 vom Hundert beteiligt ist.

(3) ¹Der Gemeinderat kann ehrenamtliche Beigeordnete abwählen. ²§ 68a gilt entsprechend.

(4) Auf die Wahl der ehrenamtlichen Beigeordneten sind die Vorschriften der §§ 46, 56 Abs. 5 und § 57 entsprechend anzuwenden.

§ 66

Vorzeitige Beendigung der Amtszeit und Weiterführung der Amtsgeschäfte nach Ablauf der Amtszeit

(1) Die ehrenamtlichen Beigeordneten können ihr Amt jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister niederlegen; die Erklärung ist unwiderruflich.

(2) Beschließt der Gemeinderat im Lauf seiner Amtszeit, an Stelle einer oder eines bestimmten ehrenamtlichen Beigeordneten eine hauptamtliche Beigeordnete oder einen hauptamtlichen Beigeordneten zu berufen, so erlischt das Amt dieser oder dieses ehrenamtlichen Beigeordneten mit der Ernennung der oder des hauptamtlichen Beigeordneten.

(3) ¹Die bisherigen ehrenamtlichen Beigeordneten führen die Amtsgeschäfte nach Ablauf der Amtszeit des Gemeinderats bis zur Ernennung der neuen ehrenamtlichen Beigeordneten weiter. ²Die Weiterführung der Amtsgeschäfte endet auch, wenn eine geringere Anzahl von Beigeordneten ernannt wird.

§ 67

Aufwandsentschädigung

(1) ¹Ehrenamtliche Beigeordnete können eine angemessene Aufwandsentschädigung erhalten. ²§ 51 Abs. 1 bleibt unberührt. ³Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung^[5] die Voraussetzungen sowie Höchstgrenzen der Aufwandsentschädigung festzulegen.

(2) ¹Die Gemeinde hat den durch die Tätigkeit als ehrenamtliche Beigeordnete oder ehrenamtlicher Beigeordneter entstandenen unvermeidlichen Verdienstausfall in der nachgewiesenen Höhe zu ersetzen. ²§ 51 Abs. 3 Satz 2 gilt entsprechend.

Fußnoten

[5])

Vgl. BS- Nr. 2032- 6.

§ 68

Hauptamtliche Beigeordnete

(1) ¹Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern können hauptamtliche Beigeordnete berufen. ²Die Gesamtzahl der hauptamtlichen und ehrenamtlichen Beigeordneten darf die nach § 64 zulässige Höchstzahl nicht übersteigen.

(2) ¹Die Stelle der hauptamtlichen Beigeordneten ist öffentlich auszuschreiben. ²Die Besoldung der hauptamtlichen Beigeordneten wird vor der Ausschreibung durch den Gemeinderat im Rahmen der geltenden Vorschriften festgesetzt.

(3) ¹Die hauptamtlichen Beigeordneten werden vom Gemeinderat gewählt. ²Die Wahl oder Wiederwahl ist frühestens neun Monate vor Ablauf der Amtszeit zulässig. ³Die Wiederwahl muss spätestens drei Monate vor Ablauf der Amtszeit vorgenommen sein. ⁴Auf die Wahl finden die Vorschriften des § 46 Anwendung.

(4) Hauptamtliche Beigeordnete haben kein Stimmrecht im Gemeinderat.

(5) Auf die hauptamtlichen Beigeordneten finden die Vorschriften des § 17 Absatz 2 des Kommunalwahlgesetzes sowie des § 56 Absatz 4 und 5 und des § 57 entsprechende Anwendung.

(6) ¹Auf hauptamtliche Beigeordnete, die aufgrund des § 120 Nummer 4 des Saarländischen Beamtengesetzes in ihr Amt berufen werden, finden die Absätze 1 bis 3 und 5 keine Anwendung. ²Die Besoldung der hauptamtlichen Beigeordneten wird durch den Gemeinderat im Rahmen der geltenden Vorschriften festgesetzt.

(7) Soweit sich für die hauptamtlichen Beigeordneten aus Absatz 1 bis 6 sowie aus anderen gesetzlichen Vorschriften nichts anderes ergibt, sind die Vorschriften über die ehrenamtlichen Beigeordneten mit Ausnahme der §§ 66 Abs. 1 und 3 und 67 entsprechend anzuwenden.

§ 68a

Abwahl der hauptamtlichen Beigeordneten

(1) ¹Die hauptamtlichen Beigeordneten können vom Gemeinderat vor Ablauf ihrer Amtszeit abgewählt werden. ²Ein Antrag auf Abwahl kann nur schriftlich von mindestens der Hälfte der gesetzlichen Zahl

der Mitglieder des Gemeinderats gestellt werden. ³Die Beschlussfassung über die Abwahl erfolgt in einer besonderen Sitzung des Gemeinderats.

(2) ¹Über den Antrag muss namentlich abgestimmt werden. ²Der Beschluss bedarf der Zustimmung von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats. ³Über die Abwahl ist zweimal zu beraten und abzustimmen. ⁴Die zweite Beratung und Abstimmung darf frühestens einen Monat, jedoch nicht später als zwei Monate nach der ersten erfolgen; Absatz 1 Satz 2 findet hierbei keine Anwendung. ⁵Die oder der hauptamtliche Beigeordnete scheidet an dem Tag, an dem die Abwahl zum zweiten Mal beschlossen wird, aus ihrem oder seinem Amt aus. ⁶Die Mitteilung über die Abwahl ist ihr oder ihm unverzüglich zuzustellen.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden auf hauptamtliche Beigeordnete, die aufgrund des § 120 Nummer 4 des Saarländischen Beamtengesetzes in ihr Amt berufen wurden, keine Anwendung.

§ 69

(aufgehoben)

IV. Abschnitt

Förderung der Selbstverwaltung in Gemeindebezirken und Stadtbezirken

§ 70

Gemeindebezirke

(1) ¹Das Gebiet einer Gemeinde kann durch Satzung in Gemeindebezirke (Stadtteile, Ortsteile) eingeteilt werden. ²Bei der Einteilung in Gemeindebezirke sollen im Rahmen der Gemeindeentwicklung die Besonderheiten der engeren örtlichen Gemeinschaft, insbesondere die geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge und Namen sowie die Siedlungsstruktur berücksichtigt werden. ³Ein Gemeindebezirk muss bei seiner Bildung mehr als 200 Einwohnerinnen und Einwohner haben. ⁴Für die Ermittlung der Einwohnerzahl gilt § 71 Abs. 2 Satz 2.

(2) Bestehende Gemeindebezirke dürfen nur zum Ende der Amtszeit des Gemeinderats, spätestens ein Jahr vor ihrem Ablauf aufgehoben oder geändert werden; der Beschluss bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats.

§ 71

Ortsrat

(1) ¹Für jeden Gemeindebezirk ist ein Ortsrat zu bilden. ²Der Ortsrat besteht aus den von den im Gemeindebezirk wohnhaften Bürgerinnen und Bürgern in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählten Mitgliedern.

(2) ¹Die Zahl der Mitglieder der Ortsräte beträgt in Gemeindebezirken

bis zu 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern

mindestens 7 und höchstens
11,

mit mehr als 5.000 bis zu 10.000 Einwohnerinnen

(1) ¹Der Ortsrat kann zu allen den Gemeindebezirk betreffenden Angelegenheiten Anträge einreichen und Vorschläge unterbreiten. ²Soweit die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister nicht selbst zuständig ist, hat sie oder er die Anträge und die Vorschläge des Ortsrats dem Gemeinderat oder dem zuständigen Ausschuss zur Entscheidung oder Beratung vorzulegen. ³Über die Entscheidung oder das Ergebnis der Beratung des Gemeinderats oder des Ausschusses ist der Ortsrat zu unterrichten.

(2) ¹Der Ortsrat ist in allen wichtigen Angelegenheiten, die den Gemeindebezirk betreffen, ausgenommen in den Fällen des § 41 Abs. 3 Satz 4 und Abs. 5, vor der Beschlussfassung des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse zu hören. ²Dies gilt insbesondere in folgenden Angelegenheiten:

1. Planung von Investitionsvorhaben im Gemeindebezirk,
2. Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung des Flächennutzungsplans sowie von Satzungen nach dem Baugesetzbuch, soweit sie sich auf den Gemeindebezirk beziehen,
3. Aufstellung des Haushaltsplans, soweit es sich um Ansätze für den Gemeindebezirk handelt,
4. Planung, Errichtung, Übernahme, wesentliche Änderungen und Aufhebungen von öffentlichen Einrichtungen im Gemeindebezirk,
5. Ausbau und Umbau von Straßen, Wegen und Plätzen im Gemeindebezirk,
6. Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen der Gemeinde im Gemeindebezirk,
7. Änderung der Grenzen des Gemeindebezirks,
8. Wahl, Benennung oder Vorschlag der für den Gemeindebezirk zuständigen ehrenamtlich tätigen Personen, soweit nicht der Ortsrat nach Absatz 3 Satz 3 Nr. 10 selbst entscheidet.

³Darüber hinaus soll der Ortsrat zu denjenigen Fragen Stellung nehmen, die ihm vom Gemeinderat, einem Ausschuss oder von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister vorgelegt werden.

(3) ¹Soweit nicht nach den Vorschriften dieses Gesetzes der Gemeinderat ausschließlich zuständig ist und soweit es sich nicht um Aufgaben handelt, die der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister obliegen, entscheidet der Ortsrat in den nachstehend genannten Angelegenheiten. ²Stellt der Gemeinderat für deren Erledigung Mittel zur Verfügung, so sind diese gemeindebezirksbezogen im Haushaltsplan auszuweisen und vom Ortsrat abschließend zu entscheiden. ³Diese Angelegenheiten sind:

1. Unterhaltung, Ausstattung und Benutzung der im Gemeindebezirk gelegenen öffentlichen Einrichtungen, wie Büchereien, Kindergärten, Kinderspielplätze, Jugendbegegnungsstätten, Sportanlagen, Dorfgemeinschaftshäuser, Friedhöfe und ähnliche soziale und kulturelle Einrichtungen, deren Bedeutung über den Gemeindebezirk nicht hinausgeht, mit Ausnahme von Schulen,

2. Festlegung der Reihenfolge der Arbeiten zum Um- und Ausbau sowie zur Unterhaltung und Instandsetzung von Straßen, Wegen und Plätzen, deren Bedeutung über den Gemeindebezirk nicht hinausgeht, einschließlich der Beleuchtungseinrichtungen,
3. Pflege des Ortsbildes sowie Unterhaltung und Ausgestaltung der örtlichen Park- und Grünanlagen, deren Bedeutung nicht wesentlich über den Gemeindebezirk hinausgeht,
4. Förderung von Vereinen, Verbänden und sonstigen Vereinigungen im Gemeindebezirk,
5. Förderung und Durchführung von Veranstaltungen der Heimatpflege und des Brauchtums im Gemeindebezirk,
6. Pflege vorhandener Patenschaften und Partnerschaften,
7. Durchführung von Gemeinschaftsveranstaltungen auf Gemeindebezirksebene,
8. Teilnahme an Dorfverschönerungswettbewerben,
9. Benennung von Straßen, Wegen und Plätzen im Gemeindebezirk mit der Maßgabe, dass Doppelbenennungen innerhalb der Gemeinde unzulässig sind,
10. Wahl, Benennung oder Vorschlag von ehrenamtlich tätigen Personen, soweit sich deren Ehrenamt auf den Gemeindebezirk beschränkt und der Gemeinde diese Rechte zustehen.

⁴Der Gemeinderat kann die Angelegenheiten im Einzelnen abgrenzen und für die Erledigung allgemeine Richtlinien erlassen. ⁵Umfang und Inhalt der Entscheidungsbefugnisse können im Einzelfall abweichend geregelt werden; der Beschluss bedarf der Mehrheit von zwei Dritteln der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats.

(4) ¹Der Gemeinderat kann dem Ortsrat allgemein durch Satzung oder im Einzelfall weitere bestimmte Angelegenheiten, die sich ohne Beeinträchtigung der einheitlichen Entwicklung der gesamten Gemeinde innerhalb eines Gemeindebezirks erledigen lassen, zur Entscheidung übertragen. ²Ausgenommen sind die dem Gemeinderat durch Rechtsvorschrift vorbehaltenen Aufgaben.

(5) Der Gemeinderat hat unter Beachtung der Belange der gesamten Gemeinde und einer geordneten Haushaltswirtschaft die zur Erfüllung der Aufgaben der Ortsräte und der Ortsvorsteherinnen oder Ortsvorsteher erforderlichen Mittel zur Verfügung zu stellen.

(6) ¹Unterlässt es der Ortsrat, die im Rahmen der ihm nach den Absätzen 3 und 4 übertragenen Entscheidungsbefugnisse notwendigen Beschlüsse zu fassen, so kann die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister anordnen, dass der Ortsrat innerhalb einer bestimmten Frist das Erforderliche veranlasst. ²Kommt der Ortsrat der Anordnung innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so entscheidet der Gemeinderat an Stelle des Ortsrats.

§ 74

Anzuwendende Vorschriften

Für den Ortsrat gelten sinngemäß die Vorschriften der Gemeindeordnung über

1. Einwohnerfragestunde (§ 20a),
2. Fraktionen (§ 30 Abs. 5),
3. Pflichten (§ 33 Abs. 1 und 2),
4. Sitzungszwang (§ 38),
5. Geschäftsordnung (§ 39),
6. Öffentlichkeit (§ 40) mit der Maßgabe, dass auch Angelegenheiten, die der Gemeinderat, ein Ausschuss, die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister gegenüber dem Ortsrat als vertraulich bezeichnen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandeln sind,
7. Einberufung und Tagesordnung (§ 41) mit der Maßgabe, dass
 - a) die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister die Einberufung des Ortsrats verlangen kann und sie oder er sowie die Mitglieder des Gemeinderats jederzeit an den Sitzungen teilnehmen können,
 - b) der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister auf Verlangen das Wort zu erteilen ist,
 - c) die Einberufungsfrist bei nicht öffentlichen Sitzungen mindestens einen Tag beträgt,
 - d) es bei nichtöffentlichen Sitzungen einer öffentlichen Bekanntmachung nicht bedarf,
8. Aufgaben der oder des Vorsitzenden (§ 43),
9. Beschlussfähigkeit (§ 44) mit der Maßgabe, dass
 - a) mehr als die Hälfte der in der Satzung nach § 70 Abs. 1 festgelegten Mitgliederzahl und
 - b) im Fall des § 44 Abs. 2 Satz 1 mindestens drei stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind,
10. Beschlussfassung (§ 45),
11. Wahlen (§ 46),
12. Niederschrift (§ 47) mit der Maßgabe, dass die Niederschrift von der oder dem Vorsitzenden und der Schriftführerin oder dem Schriftführer zu unterzeichnen ist,
13. Hinzuziehung von Personen zu den Sitzungen (§ 49 Abs. 3 und 4),
14. Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder (§ 51) mit der Maßgabe, dass der Gemeinderat den Grundbetrag und das Sitzungsgeld oder den Pauschbetrag festsetzt,

- 14a. § 51a Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außerordentlichen Notlagen mit der Maßgabe, dass Absatz 5 keine Anwendung findet,
15. vorzeitige Beendigung der Amtszeit bei Gebietsänderung (§ 52),
16. Auflösung des Gemeinderats (§ 53) mit der Maßgabe, dass die Kommunalaufsichtsbehörde über die Auflösung des Ortsrats entscheidet,
17. Widerspruchs- und Vorlagepflicht bei rechtswidrigen Beschlüssen (§ 60) mit der Maßgabe, dass nur die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister zum Widerspruch und zur Vorlage berechtigt und verpflichtet ist.

§ 75

Ortsvorsteherin, Ortsvorsteher

(1) ¹In seiner ersten von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister einzuberufenden Sitzung wählt der Ortsrat aus seiner Mitte für die Dauer der Amtszeit des Ortsrats eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertreterin oder Stellvertreter. ²Die Vorschriften des § 42 Abs. 2, § 65 Abs. 3 und 4 sowie der §§ 66 und 67 finden entsprechende Anwendung.

(2) ¹Die oder der Vorsitzende führt die Bezeichnung Ortsvorsteherin oder Ortsvorsteher. ²Sie oder er ist Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter; auf ihre oder seine Rechtsstellung finden § 30 Abs. 3 und 4 und § 31 Abs. 3 entsprechende Anwendung.

(3) ¹Die Ortsvorsteherin oder der Ortsvorsteher nimmt unter Berücksichtigung der Stellungnahme des Ortsrats die Belange ihres oder seines Gemeindebezirks gegenüber der Gemeinde wahr. ²Sie oder er ist berechtigt, an Sitzungen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse teilzunehmen. ³In Angelegenheiten, die ihren oder seinen Gemeindebezirk betreffen, ist ihr oder ihm auf Verlangen das Wort und Auskunft zu erteilen.

(4) ¹Der Ortsvorsteherin oder dem Ortsvorsteher obliegt die repräsentative Vertretung des Gemeindebezirks. ²Sie oder er ist befugt, Anträge entgegenzunehmen sowie amtliche Beglaubigungen und Lebensbescheinigungen auszustellen. ³Der Gemeinderat kann ihr oder ihm zusätzliche Aufgaben durch Satzung übertragen. ⁴Darüber hinaus kann sie oder er im Auftrag der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters weitere Verwaltungsangelegenheiten wahrnehmen.

(5) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister hat mit den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern in regelmäßigen Besprechungen wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und der Gemeindebezirke zu erörtern.

§ 76

Außenstelle der Gemeindeverwaltung

(1) ¹Für einen oder mehrere Gemeindebezirke kann eine Außenstelle der Gemeindeverwaltung (Verwaltungsstelle) eingerichtet werden. ²Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister soll der Verwaltungsstelle mit Zustimmung des Gemeinderats und nach Anhörung der Ortsräte solche Aufgaben der

Gemeindeverwaltung übertragen, die sich, ohne die Einheit und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung zu beeinträchtigen, für eine Übertragung eignen.

(2) ¹Die Leiterin oder der Leiter der Verwaltungsstelle wird von der Bürgermeisterin oder vom Bürgermeister bestellt und abberufen. ²Die Leiterin oder der Leiter der Verwaltungsstelle ist berechtigt, an den Sitzungen der Ortsräte mit beratender Stimme teilzunehmen und, soweit die Verwaltungsstelle Beschlüsse der Ortsräte durchführt, verpflichtet, gegenüber den Ortsräten und den Ortsvorsteherinnen oder Ortsvorstehern Auskunft zu erteilen.

§ 77 **Stadtbezirke**

(1) In Städten mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern führen

1. die Gemeindebezirke die Bezeichnung Stadtbezirke,
2. die Ortsräte die Bezeichnung Bezirksräte und
3. die Ortsvorsteherinnen und Ortsvorsteher die Bezeichnung Bezirksbürgermeisterinnen oder Bezirksbürgermeister.

(2) ¹In Stadtbezirken ohne eigene Bezirksverwaltung wird die Bezirksbürgermeisterin oder der Bezirksbürgermeister für die Dauer der Amtszeit des Bezirksrats von diesem aus seiner Mitte gewählt. ²Sie oder er ist Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter. ³In Stadtbezirken mit eigener Bezirksverwaltung ist die Bezirksbürgermeisterin oder der Bezirksbürgermeister die oder der von der Oberbürgermeisterin oder vom Oberbürgermeister mit Zustimmung des Stadtrats mit der Leitung der Bezirksverwaltung beauftragte Beamtin oder Beamte; sie oder er hat kein Stimmrecht im Bezirksrat.

(3) ¹Stellvertreterin oder Stellvertreter der Bezirksbürgermeisterin oder des Bezirksbürgermeisters ist die oder der Bezirksbeigeordnete. ²Sie oder er ist ehrenamtlich tätig. ³In Stadtbezirken mit eigener Bezirksverwaltung ist die oder der Bezirksbeigeordnete Ehrenbeamtin oder Ehrenbeamter.

(4) Soweit sich aus den Absätzen 2 und 3 nichts anderes ergibt, finden auf die Bezirksbürgermeisterinnen oder Bezirksbürgermeister und die Bezirksbeigeordneten die Vorschriften des § 75 entsprechende Anwendung.

(5) ¹In Stadtbezirken kann durch Satzung eine Bezirksverwaltung eingerichtet werden; für den Zeitpunkt gilt § 70 Abs. 2 entsprechend. ²Die Bezirksverwaltung erledigt die Verwaltungsaufgaben, die ihr von der Oberbürgermeisterin oder vom Oberbürgermeister mit Zustimmung des Stadtrats übertragen sind.

V. Abschnitt **Gemeindebedienstete**

§ 78 **Einstellungspflicht**

Die Gemeinde ist verpflichtet, die zur ordnungsgemäßen Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen geeigneten Bediensteten (Beamtinnen und Beamte, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer) einzustellen.

§ 79

Stellenplan

(1) ¹Die Gemeinde bestimmt in einem Stellenplan die Planstellen ihrer Bediensteten nach Zahl, Art und Bewertung. ²Zahl und Art der Planstellen haben sich nach dem sachlichen Bedürfnis zu richten. ³Die Bewertung der Planstellen bestimmt sich nach den Merkmalen, die sich aus Inhalt, Umfang und Bedeutung des mit der Stelle verbundenen und durch den Organisations- und Geschäftsverteilungsplan festgelegten Aufgabengebiets ergeben. ⁴Änderungen des Stellenplans sollen gleichzeitig mit der Haushaltssatzung beschlossen werden.

(2) Bei der Ernennung von Beamtinnen und Beamten sowie bei der Einstellung und Einstufung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ist der Stellenplan einzuhalten.

(3) ¹Aus dem Stellenplan können Ansprüche nicht hergeleitet werden. ²Besoldungsrechtliche Vorschriften bleiben unberührt.

§ 79a

Kommunale Frauenbeauftragte

(1) Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnerinnen und Einwohnern müssen eine hauptamtliche Frauenbeauftragte (Kommunale Frauenbeauftragte) bestellen.

(2) ¹Die Kommunale Frauenbeauftragte ist unmittelbar der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister unterstellt. ²Im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister kann sich die Kommunale Frauenbeauftragte eigenständig an die Öffentlichkeit wenden.

(3) ¹Die Kommunale Frauenbeauftragte hat die Aufgabe, auf kommunaler Ebene an der tatsächlichen Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern mitzuwirken und bestehende Nachteile beseitigen zu helfen. ²Sie ist frühzeitig und umfassend an allen Vorhaben, Projekten, Entscheidungen, Maßnahmen und Beschlüssen zu beteiligen, die sich in besonderer Weise auf die im jeweiligen Gemeindegebiet lebenden Frauen und Familien auswirken können. ³Sie kann selbst Vorhaben, Maßnahmen und Projekte anregen, die die Situation von Frauen und Familien in der örtlichen Gemeinschaft betreffen.

(4) ¹Die Kommunale Frauenbeauftragte hat im Gemeinderat und in jedem seiner Ausschüsse - auch bei nicht öffentlicher Verhandlung - das Recht zur Teilnahme an Sitzungen und zu vorheriger Einsicht in alle Vorlagen. ²Auf Anregung der Kommunalen Frauenbeauftragten hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister bestimmte Verhandlungsgegenstände in die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatssitzung aufzunehmen, es sei denn, sie berühren offensichtlich nicht den Aufgabenbereich der Kommunalen Frauenbeauftragten. ³Wird ein Verhandlungsgegenstand aufgrund der Anregung der Kommunalen Frauenbeauftragten in die Tagesordnung aufgenommen, so genießt sie im Gemeinderat zu diesem Gegenstand Rederecht. ⁴Der Gemeinderat und jeder seiner Ausschüsse kann mit den Stimmen einer Fraktion oder einem Viertel der gesetzlichen Zahl seiner Mitglieder der Kommunalen Frauenbeauftragten zu jedem Verhandlungsgegenstand der Tagesordnung ein Rederecht einräumen; ein entsprechender Beschluss kann auch auf Antrag der Kommunalen Frauenbeauftragten herbeigeführt werden.

(5) Die Kommunale Frauenbeauftragte ist weiterhin zu beteiligen bei der Erhebung der statistischen Daten, der Erarbeitung einer gezielten frauenfördernden Personalplanung, bei der Umsetzung aller

Maßnahmen auf der Grundlage der in Kraft gesetzten Personalplanung, insbesondere der Vorbereitung und Umsetzung der Personalentscheidungen.

(6) Wurde eine Beteiligung nach Absatz 5 oder Absatz 4 unterlassen, ist die Maßnahme auszusetzen und die Beteiligung nachzuholen.

(7) Frauen, die aufgrund dieses Gesetzes als Kommunale Frauenbeauftragte tätig sind, dürfen in oder aufgrund der Ausübung ihrer Tätigkeit nicht behindert oder benachteiligt werden.

§ 80

Sonstige Vorschriften

(1) Auf die Gemeindebediensteten sind die für die Landesbediensteten geltenden Vorschriften entsprechend anzuwenden, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

(2) Personalausgaben dürfen nur geleistet werden, soweit gesetzliche Vorschriften, Arbeits- und Tarifverträge hierzu verpflichten oder ausdrücklich ermächtigen.

§ 81

Versorgungseinrichtung

Die Gemeinden sind verpflichtet, zur Sicherung der Versorgungsansprüche ihrer Beamtinnen und Beamten einer gemeinsamen öffentlich-rechtlichen Versorgungseinrichtung als Mitglied anzugehören.

Dritter Teil

Gemeindewirtschaft

I. Abschnitt

Haushaltswirtschaft

§ 82

Allgemeine Haushaltsgrundsätze

(1) ¹Die Gemeinde hat ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. ²Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen.

(2) Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen.

(3) ¹Der Haushalt muss in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. ²Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. ³Die Verpflichtung des Satzes 1 gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnishaushalt und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können.

(4) ¹Die Ausgleichsrücklage ist in der Vermögensrechnung zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals anzusetzen. ²Der Ausgleichsrücklage können Jahresüberschüsse durch Beschluss nach § 101 Abs. 2 Satz 1 zugeführt werden; durch die Zuführung darf ein Drittel des Eigenkapitals nicht überschritten werden.

(5) ¹Wird bei der Aufstellung der Haushaltssatzung eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgesehen, bedarf dies der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde. ²Die Genehmigung gilt als erteilt, wenn die Kommunalaufsichtsbehörde nicht innerhalb eines Monats nach Eingang des Antra-

ges der Gemeinde eine andere Entscheidung trifft; § 91 Abs. 4 und § 92 Abs. 2 bleiben unberührt. ³Die Genehmigung kann unter Bedingungen und mit Auflagen erteilt werden. ⁴Sie ist mit der Verpflichtung zu verbinden, einen Haushaltssanierungsplan nach § 82a aufzustellen, wenn die Voraussetzungen des § 82a Abs. 1 vorliegen.

(6) ¹Weist die Ergebnisrechnung bei der Feststellung des Jahresabschlusses nach § 101 Abs. 2 Satz 1 trotz eines ursprünglich ausgeglichenen Ergebnishaushalts einen Fehlbetrag oder einen höheren Fehlbetrag als im Ergebnishaushalt ausgewiesen aus, so hat die Gemeinde dies der Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich anzuzeigen. ²Die Kommunalaufsichtsbehörde kann in diesem Fall Anordnungen treffen, um eine geordnete Haushaltswirtschaft wieder herzustellen.

(7) Die Liquidität der Gemeinde einschließlich der Finanzierung der Investitionen ist sicherzustellen.

(8) ¹Die Gemeinde darf sich grundsätzlich nicht überschulden. ²Tritt eine Überschuldung dennoch ein, so ist ein Sanierungshaushalt nach § 82a Abs. 2 aufzustellen. ³Sie ist überschuldet, wenn nach der Vermögensrechnung das Eigenkapital aufgebraucht ist.

§ 82a

Haushaltssanierungsplan, Sanierungshaushalt

(1) ¹Die Gemeinde hat zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit einen Haushaltssanierungsplan aufzustellen, wenn bei der Aufstellung des Haushaltsplans

1. durch Veränderungen der Haushaltswirtschaft innerhalb eines Haushaltsjahres der in der Vermögensrechnung des Vorjahres auszuweisende Ansatz der allgemeinen Rücklage um mehr als ein Viertel verringert wird oder
2. in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Vermögensrechnung des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern oder
3. innerhalb des Zeitraumes der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung die allgemeine Rücklage aufgebraucht wird.

²Dies gilt entsprechend bei der Feststellung des Jahresabschlusses gem. § 101 Abs. 2 Satz 1.

(2) ¹Der Haushaltssanierungsplan dient dem Ziel, den Haushaltsausgleich zum nächstmöglichen Zeitpunkt wieder herzustellen. ²Der Sanierungshaushalt dient zusätzlich dem Ziel, eine eingetretene Überschuldung zu beseitigen. ³Die Maßnahmen, durch die das jeweilige Ziel erreicht werden soll, sind darzustellen. ⁴Außerdem ist der Zeitraum festzulegen, innerhalb dessen der Haushaltsausgleich wieder erreicht oder eine Überschuldung beseitigt werden soll. ⁵Ist dieser Zeitraum wegen der Höhe des Haushaltsfehlbedarfs oder der Überschuldung nicht konkret absehbar, so muss aufgezeigt werden, in welchen Schritten der Haushaltsfehlbedarf oder die Überschuldung nennenswert verringert werden kann. ⁶Alle Möglichkeiten sind auszuschöpfen. ⁷Der Haushaltssanierungsplan und der Sanierungshaushalt bedürfen der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde. ⁸Die Genehmigung kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden.

§ 83

Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung

(1) Die Gemeinde erhebt Abgaben nach den gesetzlichen Vorschriften.

(2) ¹Sie hat die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Finanzmittel

1. soweit vertretbar und geboten aus Entgelten für die von ihr erbrachten Leistungen,
2. im Übrigen aus Steuern
zu beschaffen, soweit die sonstigen Finanzmittel nicht ausreichen. ²Eine Rechtspflicht zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für die Fahrbahnen von öffentlichen Straßen sowie von Tourismusabgaben und -beiträgen besteht nicht.

(3) ¹Die Gemeinde darf Kredite für Investitionen nur aufnehmen, wenn eine andere Finanzierung nicht möglich ist oder wirtschaftlich unzweckmäßig wäre. ²Straßenausbaubeiträge für die Fahrbahnen von öffentlichen Straßen sowie Tourismusabgaben und -beiträge zählen nicht zu den anderen Finanzierungsmöglichkeiten.

§ 84

Haushaltssatzung

(1) Die Gemeinde hat für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen.

(2) ¹Die Haushaltssatzung enthält die Festsetzung

1. des Haushaltsplans unter Angabe des Gesamtbetrages
 - a) der Erträge und Aufwendungen des Ergebnishaushalts sowie deren Saldo,
 - b) der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit des Finanzhaushalts sowie jeweils deren Saldo,
 - c) der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen (Kreditermächtigung),
 - d) der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen),
2. der Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage und der Verringerung der allgemeinen Rücklage,
3. des Höchstbetrages der Kredite zur Liquiditätssicherung,
4. der Steuersätze, die für jedes Haushaltsjahr neu festzusetzen sind.

²Sie kann weitere Vorschriften enthalten, die sich auf die Erträge und Aufwendungen, Einzahlungen und Auszahlungen sowie den Stellenplan und den Haushaltssanierungsplan oder den Sanierungshaushalt beziehen.

(3) ¹Die Haushaltssatzung tritt mit Beginn des Haushaltsjahres in Kraft und gilt für das Haushaltsjahr.
²Sie kann Festsetzungen für zwei Haushaltsjahre, nach Jahren getrennt, enthalten.

(4) Haushaltsjahr ist das Kalenderjahr, soweit für einzelne Bereiche durch Gesetz oder Rechtsverordnung nichts anderes bestimmt ist.

§ 85 **Haushaltsplan**

(1) ¹Der Haushaltsplan ist Teil der Haushaltssatzung. ²Er enthält alle im Haushaltsjahr für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich

1. anfallenden Erträge und eingehenden Einzahlungen,
2. entstehenden Aufwendungen und zu leistenden Auszahlungen,
3. notwendigen Verpflichtungsermächtigungen.

³Die Vorschriften über die Sondervermögen der Gemeinde bleiben unberührt.

(2) ¹Der Haushaltsplan ist in einen Ergebnishaushalt und einen Finanzhaushalt sowie in Teilhaushalte zu gliedern. ²Der Haushaltssanierungsplan oder der Sanierungshaushalt nach § 82a und der Stellenplan sind Bestandteile des Haushaltsplans.

(3) ¹Der Haushaltsplan ist Grundlage für die Haushaltswirtschaft der Gemeinde. ²Er ist nach Maßgabe dieses Gesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften für die Haushaltsführung verbindlich. ³Ansprüche und Verbindlichkeiten Dritter werden durch ihn weder begründet noch aufgehoben.

§ 86 **Erlass der Haushaltssatzung**

(1) Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen wird vom Gemeinderat in öffentlicher Sitzung beraten und beschlossen.

(2) ¹Die vom Gemeinderat beschlossene Haushaltssatzung ist mit dem Haushaltsplan und seinen Anlagen der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen. ²Sie soll bis zum Beginn des Haushaltsjahres vorgelegt werden.

(3) ¹Die Haushaltssatzung ist öffentlich bekannt zu machen. ²Enthält sie genehmigungspflichtige Teile, darf sie erst nach Erteilung der Genehmigung öffentlich bekannt gemacht werden. ³Haushaltssatzungen ohne genehmigungspflichtige Teile dürfen frühestens einen Monat nach der Vorlage bekannt gemacht werden, es sei denn, die Kommunalaufsichtsbehörde erklärt schon vorher, dass keine Bedenken bestehen. ⁴§ 12 Abs. 4 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Im Anschluss an die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung ist der Haushaltsplan an sieben Werktagen öffentlich auszulegen; in der Bekanntmachung ist auf Ort und Zeit der Auslegung hinzuweisen.

§ 87

Nachtragssatzung

(1) ¹Die Haushaltssatzung kann nur durch Nachtragssatzung geändert werden, die spätestens bis zum Ablauf des Haushaltsjahres öffentlich bekannt zu machen ist. ²Für die Nachtragssatzung gelten die Vorschriften für die Haushaltssatzung entsprechend. ³Die öffentliche Auslegung des Nachtragshaushaltsplans kann entfallen, wenn er zusammen mit der Veröffentlichung der Nachtragssatzung öffentlich bekannt gemacht wird.

(2) Die Gemeinde hat unverzüglich eine Nachtragssatzung zu erlassen, wenn

1. sich zeigt, dass im Ergebnishaushalt trotz Ausnutzung jeder Sparmöglichkeit ein erheblicher Fehlbetrag entstehen oder ein bereits ausgewiesener Fehlbedarf sich wesentlich erhöhen wird und nur durch eine Änderung der Haushaltssatzung der Haushaltsausgleich erreicht oder ein wesentlicher Anstieg des ausgewiesenen Fehlbedarfs vermieden werden kann,
2. sich zeigt, dass im Finanzhaushalt ein erheblicher Fehlbetrag bei den Ein- und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit entstehen oder ein bereits ausgewiesener Fehlbetrag sich wesentlich erhöhen wird und nur durch die Änderung der Haushaltssatzung der Haushaltsausgleich erreicht oder ein wesentlicher Anstieg des ausgewiesenen Fehlbetrags vermieden werden kann,
3. bisher nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen oder Auszahlungen bei einzelnen Haushaltspositionen in einem im Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen oder Gesamtauszahlungen erheblichen Umfang geleistet werden müssen,
4. Auszahlungen für bisher nicht veranschlagte Baumaßnahmen oder Investitionsförderungsmaßnahmen geleistet werden sollen oder
5. Beamtinnen oder Beamte oder Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer angestellt, eingestellt, befördert oder in einer höheren Entgeltgruppe eingestuft werden sollen und der Stellenplan die entsprechenden Stellen nicht enthält.

(3) Absatz 2 Nr. 3 bis 5 findet keine Anwendung auf

1. Auszahlungen für geringfügige Baumaßnahmen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie auf Aufwendungen und Auszahlungen für unabwendbare Instandsetzungen an Bauten und Anlagen,
2. die Umschuldung von Krediten für Investitionen,
3. Abweichungen vom Stellenplan und die Leistung höherer Personalaufwendungen und -auszahlungen, die auf Grund des Besoldungs- oder Tarifrechts notwendig werden.

§ 88

Vorläufige Haushaltsführung

(1) Ist die Haushaltssatzung bei Beginn des Haushaltsjahres noch nicht bekannt gemacht, so darf die Gemeinde ausschließlich

1. Aufwendungen entstehen lassen und Auszahlungen leisten, zu denen sie rechtlich verpflichtet ist oder die für die Weiterführung notwendiger Aufgaben unaufschiebbar sind; sie darf insbesondere Bauten, Beschaffungen und sonstige Investitionsmaßnahmen, für die im Haushaltsplan eines Vorjahres Beträge vorgesehen waren, fortsetzen,
2. Realsteuern nach den Sätzen des Vorjahres erheben,
3. Kredite umschulden.

(2) Reichen die Finanzmittel für die Fortsetzung der Bauten, der Beschaffungen und der sonstigen Investitionsmaßnahmen oder zur Finanzierung von Investitionsmaßnahmen, zu deren Durchführung die Gemeinde rechtlich verpflichtet ist, nach Absatz 1 Nr. 1 nicht aus, so darf die Gemeinde Kredite für Investitionen bis zu einem Viertel der in der Haushaltssatzung des Vorjahres festgesetzten Kredite für Investitionen und mit Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde darüber hinaus aufnehmen; § 92 Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

§ 89

Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

(1) ¹Überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit sind nur zulässig, wenn sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist. ²Sind sie erheblich, so bedürfen sie der vorherigen Zustimmung des Gemeinderates; im Übrigen sind sie dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

(2) Für Investitionen, die im folgenden Haushaltsjahr fortgesetzt werden, sind überplanmäßige Auszahlungen auch dann zulässig, wenn ihre Deckung im laufenden Haushaltsjahr nur durch Erlass einer Nachtragssatzung möglich wäre, die Deckung aber im folgenden Jahr gewährleistet ist; sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des Gemeinderates.

(3) Die Absätze 1 und 2 finden entsprechende Anwendung auf Maßnahmen, durch die später über- oder außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen entstehen können.

(4) Nicht veranschlagte oder zusätzliche Aufwendungen, die erst bei der Aufstellung des Jahresabschlusses festgestellt werden können und nicht zu Auszahlungen führen, gelten nicht als überplanmäßige oder außerplanmäßige Aufwendungen.

(5) § 87 Abs. 2 bleibt unberührt.

§ 90

Mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung, Investitionsprogramm

(1) ¹Die Gemeinde hat ihrer Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Ergebnis- und Finanzplanung zu Grunde zu legen und in den Haushaltsplan einzubeziehen. ²Das erste Planungsjahr ist das laufende Haushaltsjahr. ³Die Ergebnis- und Finanzplanung für die dem Haushaltsjahr folgenden drei Planungsjahre soll in den einzelnen Jahren ausgeglichen sein.

(2) ¹Als Grundlage für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung ist ein Investitionsprogramm aufzustellen. ²Das Investitionsprogramm ist vom Gemeinderat zu beschließen.

(3) Die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung und das Investitionsprogramm sind jährlich der Entwicklung anzupassen und fortzuführen.

§ 91

Verpflichtungsermächtigungen

(1) ¹Verpflichtungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren dürfen grundsätzlich nur eingegangen werden, wenn der Haushaltsplan hierzu ermächtigt. ²Sie dürfen ausnahmsweise auch überplanmäßig oder außerplanmäßig eingegangen werden, wenn sie unabweisbar sind und der in der Haushaltssatzung festgesetzte Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen nicht überschritten wird; § 89 Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Verpflichtungsermächtigungen dürfen in der Regel nur zu Lasten der dem Haushaltsjahr folgenden drei Jahre veranschlagt werden, in Ausnahmefällen bis zum Abschluss einer Maßnahme; sie sind nur zulässig, wenn die Finanzierung der aus ihrer Inanspruchnahme entstehenden Auszahlungen im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung gesichert erscheint.

(3) Verpflichtungsermächtigungen gelten bis zum Ende des Haushaltsjahres und, wenn die Haushaltssatzung für das folgende Haushaltsjahr nicht rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht wird, bis zu deren Bekanntmachung.

(4) Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung insoweit der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde, als in den Jahren, zu deren Lasten sie veranschlagt sind, Kreditaufnahmen für Investitionen vorgesehen sind.

§ 92

Kredite für Investitionen

(1) Kredite für Investitionen dürfen unter der Voraussetzung des § 83 Abs. 3 nur im Finanzhaushalt und nur für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie zur Umschuldung aufgenommen werden.

(2) ¹Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen, mit Ausnahme der Kreditaufnahmen zur Umschuldung, bedarf im Rahmen der Haushaltssatzung der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde (Gesamtgenehmigung). ²Die Genehmigung soll unter dem Gesichtspunkt einer geordneten Haushaltswirtschaft erteilt oder versagt werden; sie kann unter Bedingungen erteilt und mit Auflagen verbunden werden. ³Sie ist in der Regel zu versagen, wenn die Kreditverpflichtungen mit der dauernden Leistungsfähigkeit der Gemeinde nicht im Einklang stehen.

(3) Die Kreditermächtigung gilt bis zum Ende des auf das Haushaltsjahr folgenden Haushaltsjahres und, wenn die Haushaltssatzung für das übernächste Haushaltsjahr nicht rechtzeitig öffentlich bekannt gemacht wird, bis zu deren Bekanntmachung.

(4) ¹Die Aufnahme der einzelnen Kredite, deren Gesamtbetrag nach Absatz 2 genehmigt worden ist, bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde (Einzelgenehmigung), sobald die Kreditaufnahmen nach § 19 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft be-

schränkt worden sind. ²Die Einzelgenehmigung kann nach Maßgabe der Kreditbeschränkungen versagt werden.

(5) ¹Die Begründung einer Zahlungsverpflichtung, die wirtschaftlich einer Kreditverpflichtung gleichkommt, bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde. ²Absatz 2 Satz 2 und 3 gilt sinngemäß. ³Eine Genehmigung ist nicht erforderlich für die Begründung von Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der laufenden Verwaltung.

(6) ¹Die Gemeinde darf zur Sicherung des Kredits keine Sicherheiten bestellen. ²Die Kommunalaufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen, wenn die Bestellung von Sicherheiten der Verkehrsübung entspricht.

§ 93

Sicherheiten und Gewährleistung für Dritte

(1) ¹Die Gemeinde darf keine Sicherheiten zugunsten Dritter bestellen. ²Die Kommunalaufsichtsbehörde kann Ausnahmen zulassen.

(2) ¹Die Gemeinde darf Bürgschaften und Verpflichtungen aus Gewährverträgen nur im Rahmen der Erfüllung ihrer Aufgaben übernehmen. ²Die Rechtsgeschäfte bedürfen der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde, soweit sie nicht im Rahmen der laufenden Verwaltung abgeschlossen werden; § 92 Abs. 2 Satz 2 und 3 gilt entsprechend. ³Nicht genehmigungspflichtig ist die Übernahme von bis zur dinglichen Sicherung des Darlehensbetrages befristeten Ausfallbürgschaften für Darlehen zur Förderung des Städte- und Wohnungsbaues.

(3) Absatz 2 Satz 1 und 2 gilt entsprechend für Rechtsgeschäfte, die den dort genannten Rechtsgeschäften wirtschaftlich gleichkommen, insbesondere für die Zustimmung zu Rechtsgeschäften Dritter, aus denen der Gemeinde in künftigen Haushaltsjahren Verpflichtungen zu Leistungen erwachsen können.

§ 94

Kredite zur Liquiditätssicherung

(1) ¹Zur rechtzeitigen Leistung ihrer Auszahlungen kann die Gemeinde Kredite zur Liquiditätssicherung bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. ²Diese Ermächtigung gilt über das Haushaltsjahr hinaus bis zur Bekanntmachung der neuen Haushaltssatzung.

(2) Die Gemeinde kann Kredite zur Liquiditätssicherung mit Laufzeiten über das Haushaltsjahr hinaus aufnehmen, soweit dies wirtschaftlich geboten ist.

§ 95

Vermögensgegenstände

(1) Die Gemeinde soll Vermögensgegenstände nur erwerben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit erforderlich ist.

(2) ¹Die Vermögensgegenstände sind pfleglich und wirtschaftlich zu verwalten und ordnungsgemäß nachzuweisen. ²Bei Geldanlagen ist auf eine ausreichende Sicherheit zu achten; sie sollen einen angemessenen Ertrag erbringen.

(3) ¹Die Gemeinde darf Vermögensgegenstände, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, veräußern. ²Vermögensgegenstände dürfen in der Regel nur zu ihrem vollen Wert veräußert werden.

(4) Für die Überlassung der Nutzung eines Vermögensgegenstandes gilt Absatz 3 entsprechend.

(5) ¹Die Gemeinde kann zur Unterstützung von Partnerstädten oder örtlichen Hilfsorganisationen im Rahmen humanitärer Hilfsmaßnahmen einen Vermögensgegenstand, den sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben in absehbarer Zeit nicht braucht, ausnahmsweise unter seinem vollen Wert veräußern oder verschenken. ²Die Unterschreitung des vollen Wertes muss sich innerhalb einer vom Gemeinderat zu bestimmenden Bagatellgrenze bewegen. ³Das Nähere regelt die Geschäftsordnung. ⁴§ 35 Satz 1 Nr. 17 bleibt unberührt.

(6) Besondere Rechtsvorschriften für die Bewirtschaftung des Gemeindewaldes bleiben unberührt.

§ 96

Inventur, Inventar und Vermögensbewertung

(1) Die Gemeinde hat zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres sämtliche Vermögensgegenstände, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten in einer Inventur unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer Inventur vollständig aufzunehmen und dabei den Wert der einzelnen Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten anzugeben (Inventar).

(2) ¹Für die im Jahresabschluss auszuweisenden Wertansätze gilt:

1. Vermögensgegenstände sind höchstens mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um die planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen anzusetzen,
2. Verbindlichkeiten sind zu ihrem Rückzahlungsbetrag, Rentenverpflichtungen, für die eine Gegenleistung nicht mehr zu erwarten ist, zu ihrem Barwert und Rückstellungen nur in Höhe des Betrages anzusetzen, der voraussichtlich notwendig ist.

²Die Bewertung ist unter Anwendung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung vorzunehmen, soweit dieses Gesetz oder eine aufgrund dieses Gesetzes erlassene Rechtsverordnung nichts Anderes vorsehen.

§ 97

Gemeindekasse

(1) Die Gemeindekasse erledigt alle Kassengeschäfte der Gemeinde; § 104 bleibt unberührt.

(2) Die Gemeinde hat, wenn sie ihre Kassengeschäfte nicht durch eine Stelle außerhalb der Gemeindeverwaltung besorgen lässt, eine Kassenverwalterin oder einen Kassenverwalter und eine Stellvertreterin oder einen Stellvertreter zu bestellen.

(3) Die anordnungsbefugten Gemeindebediensteten sowie die Leiterin oder der Leiter und die Prüferinnen oder Prüfer des Rechnungsprüfungsamtes können nicht gleichzeitig die Stellung einer Kassenverwalterin oder eines Kassenverwalters oder einer Vertreterin oder eines Vertreters innehaben.

(4) Die Kassenverwalterin oder der Kassenverwalter und die Stellvertreterin oder der Stellvertreter dürfen mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister, der Leiterin oder dem Leiter der Finanzverwaltung sowie der Leiterin oder dem Leiter und den Prüferinnen oder den Prüfern des Rechnungsprüfungsamtes nicht bis zum dritten Grad verwandt oder bis zum zweiten Grad verschwägert oder durch Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft verbunden sein.

(5) Die Kassenverwalterin oder der Kassenverwalter und die Stellvertreterin oder der Stellvertreter sind nicht befugt, Zahlungen anzuordnen.

§ 98

Übertragung von Kassengeschäften, Automation

(1) ¹Die Gemeinde kann die Kassengeschäfte ganz oder zum Teil von einer Stelle außerhalb der Gemeindeverwaltung besorgen lassen, wenn die ordnungsgemäße Erledigung und die Prüfung nach den für die Gemeinde geltenden Vorschriften gewährleistet sind. ²Die Vorschriften des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit bleiben unberührt.

(2) Werden die Kassengeschäfte oder das Rechnungswesen ganz oder zum Teil automatisiert, so ist den für die Prüfung zuständigen Stellen Gelegenheit zu geben, die Programme vor ihrer Anwendung zu prüfen.

§ 99

Jahresabschluss

(1) Die Gemeinde hat zum Schluss eines jeden Haushaltsjahres einen Jahresabschluss aufzustellen, in dem das Ergebnis der Haushaltswirtschaft des Haushaltsjahres nachzuweisen ist.

(2) Der Jahresabschluss besteht aus

1. der Ergebnisrechnung,
2. der Finanzrechnung,
3. den Teilrechnungen,
4. der Vermögensrechnung,
5. dem Anhang.

(3) Dem Jahresabschluss sind als Anlagen beizufügen

1. der Rechenschaftsbericht,
2. die Anlagenübersicht,

3. die Forderungsübersicht,
4. die Verbindlichkeitenübersicht.

(4) Der Jahresabschluss ist innerhalb von sechs Monaten nach Ablauf des Haushaltsjahres aufzustellen.

§ 100 (aufgehoben)

§ 101 Prüfung und Feststellung des Jahresabschlusses, Entlastung

(1) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister legt den Jahresabschluss dem Gemeinderat vor. ²So weit ein Rechnungsprüfungsamt besteht oder sich die Gemeinde zur Prüfung eines Zweckverbandes, des Rechnungsprüfungsamtes einer anderen Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes oder einer anderen Abschlussprüferin oder eines anderen Abschlussprüfers nach § 124 Abs. 2 bedient, die bei der Führung der Bücher oder der Aufstellung des zu prüfenden Jahresabschlusses nicht mitgewirkt haben dürfen, fügt die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister dessen Prüfungsbericht bei. ³Der Jahresabschluss ist in nicht öffentlicher Sitzung durch den Rechnungsprüfungsausschuss nach den Grundsätzen des § 122 Abs. 1 zu prüfen. ⁴Für den Ausschussvorsitz gilt § 42 Abs. 3 entsprechend. ⁵Ehrenamtliche Beigeordnete haben, wenn sie die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister vertreten haben oder ihnen bestimmte Geschäftszweige zur Erledigung übertragen waren, im Rechnungsprüfungsverfahren kein Stimmrecht. ⁶Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister und die Beigeordneten sind berechtigt und verpflichtet, Auskünfte zu erteilen.

(2) ¹Der Gemeinderat stellt den geprüften Jahresabschluss bis spätestens 31. Dezember des auf das Haushaltsjahr folgenden Jahres fest; dabei beschließt er auch über die Verwendung des Jahresüberschusses, oder er stellt den Jahresfehlbetrag fest. ²Zugleich entscheidet er in einem gesonderten Beschluss über die Entlastung der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters. ³Verweigert der Gemeinderat die Entlastung oder spricht er sie mit Einschränkungen aus, so hat er die Gründe dafür anzugeben.

(3) ¹Die Beschlüsse über die Feststellung des Jahresabschlusses und über die Entlastung sind öffentlich bekannt zu machen. ²Im Anschluss an die öffentliche Bekanntmachung ist der Jahresabschluss mit dem Rechenschaftsbericht an sieben Werktagen öffentlich auszulegen; dies gilt auch für den Prüfungsbericht der prüfenden Stelle, soweit nicht schutzwürdige Interessen Einzelner entgegenstehen. ³In der Bekanntmachung ist auf Ort und Zeit der Auslegung hinzuweisen.

II. Abschnitt Sondervermögen, Treuhandvermögen

§ 102 Sondervermögen

(1) Sondervermögen der Gemeinden sind

1. das Gemeindegliedervermögen,
2. das Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen,

3. die Eigenbetriebe und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung,
4. rechtlich unselbstständige Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen für die Bediensteten der Gemeinde,
5. das Sondervermögen für die Kameradschaftspflege nach § 44a des Gesetzes über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saarland.

(2) ¹Sondervermögen nach Absatz 1 Nr. 1 und 2 unterliegen den Vorschriften über die Haushaltswirtschaft. ²Sie sind im Haushalt der Gemeinde gesondert nachzuweisen.

(3) Auf Sondervermögen nach Absatz 1 Nr. 3 sind die Vorschriften des § 82 Abs. 1 bis 3 Satz 1, 7 und 8 sowie §§ 83 und 90 bis 95 entsprechend anzuwenden; § 92 Abs. 1 ist mit der Maßgabe anzuwenden, dass Kredite auch für die Umwandlung oder Rückzahlung von Eigenkapital an die Gemeinde aufgenommen werden dürfen.

(4) ¹Für Sondervermögen nach Absatz 1 Nr. 4 können besondere Haushaltspläne aufgestellt und Sonderrechnungen geführt werden. ²In diesem Fall sind die Vorschriften des I. Abschnitts mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle der Haushaltssatzung der Beschluss über den Haushaltsplan tritt und von der öffentlichen Bekanntmachung und Auslegung nach § 86 Abs. 3 und 4 abgesehen werden kann. ³Anstelle eines Haushaltsplans können ein Wirtschaftsplan aufgestellt und die für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Eigenbetriebe geltenden Vorschriften entsprechend angewendet werden; Absatz 3 gilt sinngemäß.

§ 103 Treuhandvermögen

(1) ¹Für rechtlich selbstständige örtliche Stiftungen sowie Vermögen, die die Gemeinde nach besonderem Recht treuhänderisch zu verwalten hat, sind besondere Haushaltspläne aufzustellen und Sonderrechnungen zu führen. ²§ 102 Abs. 4 Satz 2 und 3 gilt entsprechend.

(2) Unbedeutendes Treuhandvermögen kann im Haushalt der Gemeinde gesondert nachgewiesen werden; es unterliegt den Vorschriften über die Haushaltswirtschaft.

(3) Mündelvermögen können auch abweichend von den Absätzen 1 und 2 nur im Jahresabschluss gesondert nachgewiesen werden.

(4) Besondere gesetzliche Vorschriften oder Bestimmungen der Stifterin oder des Stifters bleiben unberührt.

§ 104 Sonderkassen

¹Für Sondervermögen und Treuhandvermögen, für die Sonderrechnungen geführt werden, sind Sonderkassen einzurichten. ²Sie sollen mit der Gemeindekasse verbunden werden. ³§ 98 gilt entsprechend. ³§ 44a des Gesetzes über den Brandschutz, die Technische Hilfe und den Katastrophenschutz im Saarland bleibt unberührt.

§ 105

Freistellung von der Finanzplanung

Das Ministerium für Inneres und Sport kann Sondervermögen und Treuhandvermögen von den Verpflichtungen des § 90 freistellen, soweit die Zahlen der Finanzplanung weder für die Haushalts- oder Wirtschaftsführung noch für die Finanzstatistik benötigt werden.

§ 106

Gemeindegliedervermögen

(1) Für die Nutzung des Gemeindevermögens, dessen Ertrag nach bisherigem Recht nicht der Gemeinde, sondern sonstigen Berechtigten zusteht (Gemeindegliedervermögen), verbleibt es bei den bisherigen Vorschriften und Gewohnheiten.

(2) ¹Gemeindegliedervermögen darf nicht in Privatvermögen der Nutzungsberechtigten umgewandelt werden. ²Es kann in freies Gemeindevermögen umgewandelt werden, wenn die Umwandlung aus Gründen des Gemeinwohls geboten ist. ³Den Betroffenen ist eine angemessene Entschädigung in Geld zu gewähren.

(3) Gemeindevermögen darf nicht in Gemeindegliedervermögen umgewandelt werden.

§ 107

Örtliche Stiftungen

(1) Die Gemeinde verwaltet die örtlichen Stiftungen nach den Vorschriften dieses Gesetzes, soweit nicht durch Gesetz oder Stifterin oder Stifter etwas anderes bestimmt ist.

(2) Das Stiftungsvermögen ist von dem übrigen Gemeindevermögen getrennt zu halten und so anzulegen, dass es für seinen Verwendungszweck greifbar ist.

(3) ¹Ist die Erfüllung des Stiftungszwecks unmöglich geworden oder gefährdet die Stiftung das Gemeinwohl, so ist nach den Vorschriften des § 87 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu verfahren. ²Die Umwandlung des Stiftungszwecks und die Aufhebung der Stiftung stehen der Gemeinde zu; sie bedarf der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde.

(4) Gemeindevermögen darf nur im Rahmen der Aufgabenerfüllung der Gemeinde und nur dann in Stiftungsvermögen eingebracht werden, wenn der mit der Stiftung verfolgte Zweck auf andere Weise nicht erreicht werden kann.

III. Abschnitt

Wirtschaftliche Betätigung und privatrechtliche Beteiligung

§ 108

Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung

(1) ¹Die Gemeinde darf sich wirtschaftlich betätigen, wenn

1. der öffentliche Zweck die Betätigung rechtfertigt,
2. die Betätigung nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht und

3. der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird oder erfüllt werden kann.

²Erforderlich sind auch hinreichende Kenntnisse und Fertigkeiten in Bezug auf die zu erbringende Leistung und die Verhältnisse des Marktes. ³Die wirtschaftliche Betätigung umfasst auch die Errichtung, Übernahme und Erweiterung von wirtschaftlichen Unternehmen sowie die Beteiligung und die Erweiterung der Beteiligung daran. ⁴Tätigkeiten, mit denen die Gemeinde an dem vom Wettbewerb beherrschten Wirtschaftsleben teilnimmt, um ausschließlich Gewinn zu erzielen, entsprechen keinem öffentlichen Zweck. ⁵Sind an einem Unternehmen Private beteiligt, reicht es aus, wenn ein Anteil von Leistungen an der Gesamtleistung des Unternehmens, der der Höhe der kommunalen Beteiligung entspricht, durch den öffentlichen Zweck gerechtfertigt ist.

(2) Als wirtschaftliche Betätigungen im Sinne dieses Abschnitts gelten nicht Tätigkeiten

1. für Zwecke der Bildung und Erziehung, des Gesundheitsschutzes, des Sozialwesens, der Kultur, des Sports, der Erholung und Freizeitgestaltung, der Abfall- und Abwasserbeseitigung und des Umweltschutzes und
2. zur Deckung des Eigenbedarfs kommunaler Körperschaften.

(3) ¹Tätigkeiten, die üblicherweise im Wettbewerb zusammen mit der Haupttätigkeit erbracht werden (verbundene Tätigkeiten), sind zulässig, wenn sie die zulässige Haupttätigkeit fördern und im Vergleich zu ihr eine untergeordnete Bedeutung haben. ²Sie dürfen nur im Zusammenhang mit der Haupttätigkeit erbracht werden. ³Mit der Ausführung sollen private Dritte beauftragt werden. ⁴Sonstige untergeordnete Tätigkeiten, die infolge einer zulässigen Haupttätigkeit wahrgenommen werden, sind nur zulässig zur vorübergehenden Auslastung vorhandener freier Kapazitäten, solange diese nicht an den Bedarf angepasst werden können, zur Verwertung vorhandener Kenntnisse und Fertigkeiten und zur Vermarktung von Nebenprodukten.

(4) ¹Vor der Entscheidung über die Aufnahme einer wirtschaftlichen Betätigung ist der Gemeinderat auf der Grundlage einer Marktanalyse und unter Darstellung der Befähigungen nach Absatz 1 Satz 2 umfassend über die Chancen und Risiken der beabsichtigten Betätigung und über die Auswirkungen auf das Handwerk und die mittelständische Wirtschaft zu unterrichten. ²Vor der Befassung im Gemeinderat ist den Kammern der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe sowie der Arbeitskammer Gelegenheit zur Stellungnahme zur Marktanalyse und zur Betroffenheit der gewerblichen Wirtschaft und der freien Berufe zu geben, soweit ihre Geschäftsbereiche betroffen sind. ³Die Stellungnahmen sind dem Gemeinderat vor seiner Befassung zur Kenntnis zu geben.

(5) ¹Die Gemeinde darf sich außerhalb des Gemeindegebiets wirtschaftlich betätigen, wenn

1. die Voraussetzungen des Absatzes 1 vorliegen und
2. keine betroffene kommunale Gebietskörperschaft aus berechtigten Interessen widerspricht.
²Bei gesetzlich liberalisierten Tätigkeiten gelten nur die Interessen als berechtigt, die nach den hierfür maßgeblichen Vorschriften eine Einschränkung des Wettbewerbs zulassen.

(6) ¹Die Gemeinden sollen in regelmäßigen Zeitabständen prüfen, inwieweit ihre wirtschaftliche Betätigung materiell privatisiert werden kann. ²Hierbei ist privaten Dritten die Möglichkeit zu geben, darzulegen, ob und wie sie die dem öffentlichen Zweck dienende wirtschaftliche Betätigung ebenso gut und wirtschaftlich erfüllen können. ³Über das Ergebnis ist der Kommunalaufsichtsbehörde zu berichten.

(7) ¹Bankunternehmen darf die Gemeinde nicht errichten, übernehmen oder betreiben. ²Für die öffentlichen Sparkassen gelten die besonderen Vorschriften.

§ 108a

Regelungen für besondere Aufgabenfelder

(1) ¹Die wirtschaftliche Betätigung in der leitungsgebundenen Trinkwasser-, Strom-, Gas- und Wärmeversorgung ist stets durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt. ²Sie ist zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf steht.

(2) ¹Die Errichtung und der Betrieb von Telekommunikationsnetzen und der hierfür erforderlichen Infrastruktur sind stets durch einen öffentlichen Zweck gerechtfertigt. ²Sie sind zulässig, wenn sie nach Art und Umfang in einem angemessenen Verhältnis zu der Leistungsfähigkeit der Gemeinde und zum voraussichtlichen Bedarf stehen und der öffentliche Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch einen privaten Dritten erfüllt wird.

(3) ¹In den Fällen der Absätze 1 und 2 findet § 108 Absatz 1 Satz 1 keine Anwendung. ¹Im Übrigen bleibt § 108 unberührt.

§ 109

Eigenbetriebe und sonstige Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung

(1) Die gemeindlichen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit können als Eigenbetriebe geführt werden, Das Nähere regeln die Eigenbetriebsverordnung und die Betriebsatzung.

(2) Für jeden Eigenbetrieb ist ein Werksausschuss (§ 48) zu bilden; für mehrere Eigenbetriebe kann ein gemeinsamer Werksausschuss gebildet werden.

(3) Wirtschaftsführung, Vermögensverwaltung und Rechnungslegung jedes Eigenbetriebs sind so einzurichten, dass sie eine gesonderte Beurteilung der Betriebsführung und des Ergebnisses ermöglichen.

(4) Unternehmen der Gemeinde ohne eigene Rechtspersönlichkeit können unter vollständiger und mit Zustimmung der Kommunalaufsichtsbehörde unter teilweiser Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen geführt werden.

§ 110

Unternehmen in Privatrechtsform

(1) Die Gemeinde darf ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, erweitern oder sich daran beteiligen, wenn

1. ein wichtiges Interesse der Gemeinde vorliegt,
2. die Haftung und die Einzahlungsverpflichtung der Gemeinde auf einen ihrer Leistungsfähigkeit angemessenen Betrag begrenzt wird,
3. die Gemeinde einen angemessenen Einfluss, insbesondere im Aufsichtsrat oder entsprechenden Überwachungsorgan, erhält,
4. aufgrund des Gesellschaftsvertrags oder der Satzung gewährleistet ist, dass der Jahresabschluss und der Lagebericht, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, entsprechend den Vorschriften des Dritten Buches des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften aufgestellt und geprüft werden.

(2) Die Gemeinde kann einzelne Geschäftsanteile an einer eingetragenen Kreditgenossenschaft erwerben, wenn eine Nachschusspflicht ausgeschlossen oder die Haftsumme auf einen bestimmten Betrag beschränkt ist.

§ 111 **Mehrheitsbeteiligungen**

(1) Unbeschadet des § 110 darf eine Gemeinde ein Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur errichten, übernehmen, erweitern oder sich daran beteiligen, soweit nicht weitergehende gesetzliche Vorschriften gelten oder andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen, wenn im Gesellschaftsvertrag oder in der Satzung

1. der Gegenstand des Unternehmens konkret bezeichnet und nachhaltig auf den öffentlichen Zweck ausgerichtet ist;
2. geregelt ist, dass die Gesellschafterversammlung oder das entsprechende Organ auch beschließt über
 - a) die Aufnahme neuer Geschäftszweige innerhalb des Rahmens des Unternehmensgegenstands und die Aufgabe vorhandener Geschäftszweige,
 - b) die Gründung, den Erwerb und die vollständige oder teilweise Veräußerung eines Unternehmens,
 - c) den Erwerb, die Veränderung und die vollständige oder teilweise Veräußerung von Beteiligungen an anderen Unternehmen,
 - d) den Abschluss, die Änderung und die Kündigung von Unternehmensverträgen,
 - e) die Feststellung und die Änderung des Wirtschaftsplans,
 - f) die Feststellung des Jahresabschlusses und die Behandlung des Ergebnisses,
 - g) die Bestellung und die Abberufung der Geschäftsführerinnen oder Geschäftsführer, soweit dies nicht der Gemeinde vorbehalten ist, sowie die Entlastung derselben,

- h) die Bestellung und die Abberufung von Mitgliedern des Aufsichtsrats oder entsprechenden Überwachungsorgans von Beteiligungsunternehmen;
- 3. geregelt ist, dass in sinngemäßer Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für jedes Wirtschaftsjahr ein Wirtschaftsplan aufgestellt, der Wirtschaftsführung eine fünfjährige Finanzplanung zugrunde gelegt und der Gemeinde zur Kenntnis gebracht werden;
- 4. geregelt ist, dass
 - a) die Rechte nach § 53 Abs. 1 des Haushaltsgrundsätzegesetzes ausgeübt und
 - b) ihr und dem Landesverwaltungsamt (§ 123 Abs. 4) die in § 54 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vorgesehenen Befugnisse eingeräumt werden;
- 5. geregelt ist, dass § 286 Abs. 4 des Handelsgesetzbuches keine Anwendung findet.

(2) ¹Absatz 1 gilt nur, wenn der Gemeinde allein oder zusammen mit anderen Gemeinden, Gemeindeverbänden oder Zweckverbänden die Mehrheit der Anteile an dem Unternehmen gehören. ²Als Anteile gelten auch Anteile, die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts gehören, an denen Gemeinden, Gemeindeverbände oder Zweckverbände allein oder zusammen mit Mehrheit beteiligt sind.

(3) Ist eine Beteiligung der Gemeinde an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts keine Mehrheitsbeteiligung im Sinne des Absatzes 2, so soll die Gemeinde, soweit ihr Interesse dies erfordert, darauf hinwirken, dass in den Gesellschaftsvertrag oder in die Satzung die Regelungen des Absatzes 1 aufgenommen werden.

§ 112 Mittelbare Beteiligungen

(1) ¹Die Gemeinde darf der Beteiligung eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem ihr allein oder zusammen mit anderen Gemeinden, Gemeindeverbänden oder Zweckverbänden die Mehrheit der Anteile gehören, an einem anderen Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts nur zustimmen, wenn

- 1. die Voraussetzungen des § 110 Abs. 1 Nr. 2 bis 4 und
- 2. bei einer Beteiligung mit der Mehrheit der Anteile an dem anderen Unternehmen auch die Voraussetzungen des § 111

vorliegen. ²§ 111 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend für Unterbeteiligungen weiterer Stufen.

§ 113 Veräußerung von Unternehmen und Beteiligungen

Die vollständige oder teilweise Veräußerung eines Unternehmens oder einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts sowie andere

Rechtsgeschäfte und Maßnahmen, durch welche die Gemeinde ihren Einfluss verliert oder vermindert, sind nur zulässig, wenn die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde nicht beeinträchtigt wird.

§ 114

Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform

(1) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister vertritt die Gemeinde in der Gesellschafterversammlung oder in dem entsprechenden Organ eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde beteiligt ist. ²Dies gilt auch dann, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, ein Mitglied des Aufsichtsrats oder entsprechenden Überwachungsorgans zu entsenden oder vorzuschlagen. ³Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann mit Zustimmung des Gemeinderats eine besondere Vertreterin oder einen besonderen Vertreter bestellen, soweit nicht andere gesetzliche Vorschriften entgegenstehen; diese oder dieser ist an die Weisungen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters gebunden.

(2) ¹Stehen der Gemeinde weitere Vertreterinnen oder Vertreter in einem Organ nach Absatz 1 zu, so werden diese vom Gemeinderat widerruflich bestellt. ²Ergibt sich hierbei keine Einigung, so werden die weiteren Vertreterinnen oder Vertreter auf Grund von Wahlvorschlägen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl unter Bindung an die Wahlvorschläge gewählt. ³Das Wahlergebnis ist dabei nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt festzustellen.

(3) Absatz 2 gilt entsprechend, wenn der Gemeinde das Recht eingeräumt ist, einen oder mehrere Vertreterinnen oder Vertreter für den Vorstand oder ein entsprechendes Organ zu bestellen.

(4) Die Vertreterinnen oder Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung oder in dem entsprechenden Organ eines Unternehmens in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde beteiligt ist, sind in den dem Gemeinderat oder seiner Ausschüsse obliegenden Angelegenheiten an die Beschlüsse des Gemeinderats und seiner Ausschüsse und an die Weisungen der Gemeinde gebunden.

(5) ¹Werden Vertreterinnen oder Vertreter der Gemeinde aus einer Tätigkeit nach den Absätzen 1 bis 4 haftbar gemacht, so hat ihnen die Gemeinde den Schaden zu ersetzen, es sei denn, dass sie ihn vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben. ²Auch in diesem Fall ist die Gemeinde schadensersatzpflichtig, wenn die Vertreterinnen oder Vertreter nach Beschlüssen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse oder nach Weisung gehandelt haben.

§ 115

Unterrichtungspflicht und Beteiligungsbericht

(1) ¹Die Vertreterinnen oder Vertreter der Gemeinde in den in § 114 genannten Organen haben die Gemeinde über alle wichtigen Angelegenheiten des Unternehmens zu unterrichten. ²Auf Beschluss des Gemeinderats oder auf Verlangen von mindestens einem Viertel der gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Gemeinderats haben die Vertreterinnen oder Vertreter dem Gemeinderat oder einem von ihm bestimmten Ausschuss über alle Angelegenheiten Auskunft zu geben. ³Unterrichtungspflicht und Auskunftsrecht bestehen nur, soweit nicht gesetzliche Vorschriften entgegenstehen.

(2) ¹Die Gemeinde hat jährlich einen Bericht über ihre unmittelbaren und mittelbaren Beteiligungen an Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen. ²Der Beteiligungsbericht soll für jedes Unternehmen mindestens darstellen

- a) den Gegenstand des Unternehmens, die Beteiligungsverhältnisse, die Zusammensetzung der Organe, die Beteiligungen des Unternehmens,
- b) die Erfüllung des öffentlichen Zwecks,
- c) in Grundzügen den Geschäftsverlauf für das jeweils letzte Geschäftsjahr, die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die voraussichtliche Entwicklung des Unternehmens.

³Für ein Unternehmen, an dem der Gemeinde nicht mehr als ein Viertel der Anteile gehört, kann von der Darstellung zu Buchstabe c abgesehen werden.

⁴Die Einsicht in den Beteiligungsbericht ist jeder Einwohnerin und jedem Einwohner gestattet. ⁵Auf die Möglichkeit zur Einsichtnahme ist in geeigneter Weise öffentlich hinzuweisen.

(3) Der Beteiligungsbericht ist der Kommunalaufsichtsbehörde im Jahr der Aufstellung vorzulegen.

§ 116 Wirtschaftsgrundsätze

¹Wirtschaftliche Unternehmen sind nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen so zu führen, dass der öffentliche Zweck nachhaltig erfüllt wird. ²Sie sollen einen Ertrag für den Haushalt der Gemeinde abwerfen, soweit dadurch die Erfüllung des öffentlichen Zwecks nicht beeinträchtigt wird.

§ 117 (aufgehoben)

§ 118 Anzeigepflicht Anzeigepflicht und Befreiung

(1) ¹Entscheidungen der Gemeinde über

- 1. die vollständige Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen auf Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit,
- 2. die Aufnahme oder wesentliche Erweiterung einer wirtschaftlichen Betätigung,
- 3. die Errichtung, Übernahme, wesentliche Erweiterung, Änderung der Rechtsform und vollständige oder teilweise Veräußerung eines Unternehmens,
- 4. die unmittelbare oder mittelbare Beteiligung, die Änderung und die vollständige oder teilweise Veräußerung einer solchen Beteiligung an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts,
- 5. den Abschluss von Rechtsgeschäften und sonstige Maßnahmen, die ihrer Art nach geeignet sind, den Einfluss der Gemeinde auf das Unternehmen zu mindern oder zu beseitigen oder die Ausübung von Rechten aus der Beteiligung zu beschränken,

sind der Kommunalaufsichtsbehörde unverzüglich, mindestens einen Monat vor Beginn des Vollzugs, schriftlich oder elektronisch anzuzeigen. ²Aus der Anzeige muss zu ersehen sein, ob die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt sind.

(2) ¹Entscheidungen nach Absatz 1 Satz 1 Nr. 2 bis 4 bei mittelbaren Beteiligungen müssen nicht angezeigt werden, wenn die Beteiligung der einzelnen Gemeinde unter Berücksichtigung des § 111 Absatz 2 Satz 2 weniger als zwei Prozent der Anteile des Unternehmens beträgt. ²Bei kommunalen Mehrheitsbeteiligungen ist unter den vorgenannten Voraussetzungen die Anzeige durch eine der beteiligten Gemeinden erforderlich. ³Die Kommunalaufsichtsbehörde kann eine Anzeige durch die einzelne Gemeinde verlangen, wenn sie von einem nach Absatz 1 anzuzeigenden Sachverhalt Kenntnis erhält.

(3) Auf Verlangen der Kommunalaufsichtsbehörde sind die Voraussetzungen für die Zulässigkeit von Tätigkeiten nach § 108 Absatz 3 darzulegen.

(4) ¹Sind nach Feststellung der Kommunalaufsichtsbehörde die Voraussetzungen des § 108 Absatz 1 bis 5 nicht erfüllt, kann das Ministerium für Inneres, Bauen und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr auf Antrag der Gemeinde aus Gründen überwiegenden öffentlichen Interesses hiervon Befreiung erteilen. ²Der Antrag ist zu begründen und mit einer Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde zu versehen. ³Die Befreiung kann mit Bedingungen und Auflagen verbunden werden.

IV. Abschnitt Prüfungswesen

§ 119 Rechnungsprüfungsamt

¹Gemeinden mit mehr als 25.000 Einwohnerinnen und Einwohnern müssen ein Rechnungsprüfungsamt einrichten; dabei können sie auch mit anderen Gemeinden oder Gemeindeverbänden im Rahmen des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit zusammenarbeiten. ²Andere Gemeinden können es einrichten, wenn ein Bedürfnis dafür besteht und die Kosten in einem angemessenen Verhältnis zum Umfang der Verwaltung stehen.

§ 120 Rechtsstellung des Rechnungsprüfungsamts

(1) ¹Das Rechnungsprüfungsamt ist bei der Durchführung von Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden. ²Es untersteht im Übrigen unmittelbar der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister.

(2) ¹Die Leiterin oder der Leiter des Rechnungsprüfungsamts muss Beamtin oder Beamter auf Lebenszeit sein. ²Sie oder er darf mit der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister, der Leiterin oder dem Leiter der Finanzverwaltung sowie der Kassenverwalterin oder dem Kassenverwalter und der Stellvertreterin oder dem Stellvertreter weder bis zum dritten Grad verwandt noch bis zum zweiten Grad verwandt oder durch Ehe oder eingetragene Lebenspartnerschaft verbunden sein.

(3) Die Leiterin oder der Leiter und die Prüferinnen und Prüfer des Rechnungsprüfungsamts dürfen Zahlungen weder anordnen noch ausführen.

§ 121

Aufgaben des Rechnungsprüfungsamtes

(1) Das Rechnungsprüfungsamt hat folgende Aufgaben:

1. die Prüfung des Jahresabschlusses der Gemeinde sowie dessen Anlagen,
2. die Prüfung der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung, sofern die Prüfung nicht durch andere Abschlussprüferinnen oder Abschlussprüfer durchgeführt wird,
3. die laufende Prüfung der Vorgänge in der Finanzbuchhaltung zur Vorbereitung der Prüfung des Jahresabschlusses,
4. die Prüfung, ob die Haushaltswirtschaft nach den geltenden Vorschriften geführt worden ist,
5. die dauernde Überwachung der Zahlungsabwicklung der Gemeinde und ihrer Sondervermögen sowie die Vornahme der regelmäßigen und unvermuteten Prüfungen,
6. die Kontrolle, ob bei der Durchführung der Finanzbuchhaltung mit Hilfe automatisierter Datenverarbeitung (DV-Buchführung) der Gemeinde und ihrer Sondervermögen die Prüfung der Programme vor ihrer Anwendung stattgefunden hat,
7. die Prüfung von Vergaben.

(2) Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister kann dem Rechnungsprüfungsamt weitere Aufgaben übertragen, insbesondere

1. die laufende Prüfung der Wirtschaftsführung der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung, die Prüfung der Betätigung der Gemeinde bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts und die Buch- und Betriebsprüfungen, die sich die Gemeinde bei einer Beteiligung, bei der Hingabe eines Kredits oder sonst vorbehalten hat,
2. die Prüfung der Verwaltung auf Zweckmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit.

(3) Das Rechnungsprüfungsamt kann sich mit Zustimmung des Rechnungsprüfungsausschusses sachverständiger Dritter als Prüfer bedienen.

§ 122

Prüfung des Jahresabschlusses

(1) ¹In Gemeinden, in denen ein Rechnungsprüfungsamt besteht, hat die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister diesem den Jahresabschluss zuzuleiten. ²Das Rechnungsprüfungsamt prüft den Jahresabschluss dahin, ob die gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen beachtet worden sind, und den Jahresabschluss außerdem dahin, ob der Haushaltsplan eingehalten ist. ³Das Rechnungsprüfungsamt hat das Recht, alle Unterlagen zu prüfen.

(2) ¹Das Rechnungsprüfungsamt hat über Art und Umfang der Prüfung sowie über das Ergebnis der Prüfung einen Prüfungsbericht zu erstellen. ²Es teilt das im Prüfungsbericht zusammengefasste Prüfungsergebnis der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister mit. ³Diese oder dieser hat die notwendigen Folgerungen aus dem Prüfungsergebnis zu ziehen.

§ 123 **Überörtliche Prüfung**

(1) ¹Die überörtliche Prüfung erstreckt sich darauf, ob die Gemeinde sowie ihre Sonder- und Treuhandvermögen rechtmäßig und wirtschaftlich verwaltet werden. ²Die Betätigung der Gemeinde bei Gesellschaften in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, wird ebenfalls geprüft.

(2) Die Rechtmäßigkeitsprüfung erstreckt sich darauf, ob die Gesetze und die in Auftragsangelegenheiten (§ 6 Abs. 1) ergangenen Weisungen beachtet wurden.

(3) ¹Die Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Organisation soll in der Regel auf vergleichender Grundlage erfolgen. ²Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob

1. die Grundsätze der Finanzmittelbeschaffung (§ 83) beachtet werden,
2. die personelle Organisation zweckmäßig und die Bewertung der Stellen angemessen ist,
3. Einrichtungen nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und in Erfüllung ihrer öffentlichen Zweckbestimmung betrieben werden,
4. der Umfang freiwilliger Leistungen der Leistungsfähigkeit entspricht,
5. die allgemeine Finanzkraft und der Stand der Schulden Anlass für Empfehlungen zur Änderung der künftigen Haushaltswirtschaft geben.

(4) ¹Die überörtliche Prüfung obliegt dem Landesverwaltungsamt. ²Dieses kann mit der Wahrnehmung der Prüfungen geeignete Dritte beauftragen. ³Haben mehrere Prüfungseinrichtungen Prüfungszuständigkeiten, sollen Doppelprüfungen vermieden werden.

(5) Die überörtliche Prüfung ist bei der Durchführung von Prüfungsaufgaben unabhängig und an Weisungen nicht gebunden.

(6) ¹Die zu prüfende Gemeinde hat dem Landesverwaltungsamt und den beauftragten Prüfern alle erbetenen Auskünfte zu geben, Einsicht in Bücher und Belege, Akten und Schriftstücke zu gewähren, sie auf Verlangen zu übersenden sowie Erhebungen an Ort und Stelle zu unterstützen. ²Dies gilt entsprechend, wenn die Gemeinde Aufgaben durch Dritte wahrnehmen oder kommunale Mittel von einer sonstigen Stelle verwalten lässt.

(7) ¹Das Landesverwaltungsamt teilt das vorläufige Prüfungsergebnis in Form eines Prüfungsberichts der geprüften Gemeinde mit. ²Diese hat hierzu innerhalb einer angemessenen Frist Stellung zu nehmen. ³Das Landesverwaltungsamt kann auch Schlussbesprechungen durchführen. ⁴Das abschließen-

de Prüfungsergebnis wird in Form eines Schlussberichts der Gemeinde, der Kommunalaufsichtsbehörde, der Fachaufsichtsbehörde, sofern ihre Zuständigkeit berührt ist, und dem Rechnungshof im Rahmen des § 91 der Landeshaushaltsordnung mitgeteilt. ⁵Sind in eine vergleichende Prüfung mehrere Gemeinden einbezogen, so wird der gemeinsame Schlussbericht allen beteiligten Gemeinden zugeleitet. ⁶Ergebnisse von Wirtschaftlichkeits- und Organisationsprüfungen können darüber hinaus veröffentlicht werden, wenn die in dem Bericht enthaltenen gemeindebezogenen Angaben allgemein zugänglich sind.

(8) Bei Rechtsverstößen, die sich nach den Prüfungsfeststellungen ergeben, entscheidet die zuständige Aufsichtsbehörde.

(9) ¹Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister unterrichtet den Gemeinderat über den wesentlichen Inhalt des Schlussberichts. ²Sie oder er legt den kompletten Schlussbericht dem Rechnungsprüfungsausschuss vor; für die Beratung des Schlussberichts durch den Rechnungsprüfungsausschuss gilt § 101 Abs. 1 Satz 4 bis 6 entsprechend.

§ 124

Prüfung der Eigenbetriebe und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung

(1) Die Eigenbetriebe und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung sind jährlich durch eine Abschlussprüferin oder einen Abschlussprüfer zu prüfen.

(2) ¹Abschlussprüferin oder Abschlussprüfer können das Rechnungsprüfungsamt, das Rechnungsprüfungsamt einer anderen kommunalen Körperschaft, ein Prüfungszweckverband, vereidigte Buchprüfer oder Buchprüferinnen und Buchprüfungsgesellschaften sowie Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüferinnen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sein. ²Die Abschlussprüferin oder der Abschlussprüfer wird vom Gemeinderat bestellt. ³In Gemeinden, in denen ein Rechnungsprüfungsamt besteht, soll dieses als Abschlussprüfer bestimmt werden. ⁴Die Kosten der Prüfung trägt der geprüfte Betrieb oder die geprüfte Einrichtung.

(3) Die Prüfung erstreckt sich auf den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, den Lagebericht, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung.

(4) ¹Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung^[6] das Nähere zu regeln. ²Hierbei kann es Bestimmungen über das Prüfungsverfahren und über die Bestätigung des Prüfungsergebnisses treffen.

Fußnoten

[6]) Vgl. BS- Nr. 2020- 1- 12.

V. Abschnitt Gemeinsame Vorschriften

§ 125

Unwirksame und nichtige Rechtsgeschäfte

(1) ¹Geschäfte des bürgerlichen Rechtsverkehrs, die ohne die nach den Vorschriften des I. bis III. Abschnitts erforderliche Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde abgeschlossen werden, sind unwirksam. ²Sie sind von Anfang an wirksam, wenn die Zustimmung erteilt wird.

(2) Rechtsgeschäfte, die gegen das Verbot der §§ 92 Abs. 6 und 93 Abs. 1 verstoßen, sind nichtig.

§ 126

Befreiung von der Genehmigungspflicht

Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung^[7] Rechtsgeschäfte, die nach den Vorschriften des I. bis III. Abschnitts der Genehmigung der Kommunalaufsichtsbehörde bedürfen, von der Genehmigung allgemein freizustellen.

Fußnoten

[7])

Vgl. BS- Nr. 2020- 1- 2.

§ 126a

Ausnahmen zur Erprobung

¹Zur Erprobung neuer Modelle der Steuerung und des Haushalts- und Rechnungswesens kann die oberste Kommunalaufsichtsbehörde auf Antrag im Einzelfall Ausnahmen von organisations- und haushaltsrechtlichen Bestimmungen dieses Gesetzes und der zur Durchführung dieses Gesetzes ergangenen Rechtsverordnungen zulassen. ²Die Genehmigung ist zu befristen und kann unter Bedingungen und Auflagen erteilt werden

Vierter Teil

Kommunalaufsicht

§ 127

Grundsatz

(1) ¹Das Land beaufsichtigt die Gemeinden, um sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den Gesetzen verwaltet werden (Kommunalaufsicht). ²Die Aufsicht ist so zu handhaben, dass die Entschluss- und Verantwortungsfreudigkeit der Gemeinde gefördert und nicht beeinträchtigt wird.

(2) Die Aufsicht über die den Gemeinden übertragenen staatlichen Aufgaben richtet sich nach den hierüber erlassenen Gesetzen.

§ 128

Kommunalaufsichtsbehörden

(1) Kommunalaufsichtsbehörde der Gemeinden ist das Landesverwaltungsamt.

(2) ¹Oberste Kommunalaufsichtsbehörde ist das Ministerium für Inneres und Sport. ²Soweit die Zuständigkeit der oberen Kommunalaufsichtsbehörde gesetzlich bestimmt ist, tritt an ihre Stelle die oberste Kommunalaufsichtsbehörde.

§ 129

Informationsrecht und Informationspflicht

(1) Die Kommunalaufsichtsbehörden können sich jederzeit über alle Angelegenheiten der Gemeinde unterrichten; sie können an Ort und Stelle prüfen und besichtigen, mündliche, schriftliche und elektronische Berichte einfordern sowie Akten und sonstige Unterlagen einsehen.

(2) Die Gemeinden sollen die Kommunalaufsichtsbehörden über besonders wichtige oder besonders schwierige Gemeindeangelegenheiten unterrichten.

§ 130 **Beanstandungsrecht**

¹Die Kommunalaufsichtsbehörde kann Beschlüsse des Gemeinderats, seiner Ausschüsse, eines Ortsrats und eines Bezirksrats sowie Anordnungen der Bürgermeisterin oder des Bürgermeisters, die das geltende Recht verletzen, beanstanden und verlangen, dass solche Beschlüsse und Anordnungen sowie Maßnahmen, die auf Grund dieser Beschlüsse und Anordnungen getroffen worden sind, rückgängig gemacht werden. ²Die Beanstandung hat aufschiebende Wirkung.

§ 131 **Aufhebungsrecht**

(1) Kommt die Gemeinde Anordnungen der Kommunalaufsichtsbehörde gemäß § 130 innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommunalaufsichtsbehörde die von ihr beanstandeten Beschlüsse und Anordnungen aufheben und verlangen, dass Maßnahmen, die auf Grund solcher Beschlüsse und Anordnungen getroffen worden sind, rückgängig gemacht werden.

(2) Absatz 1 gilt entsprechend im Fall des § 60 Abs. 1 Satz 2; dabei bedarf es nicht der vorherigen Beanstandung nach § 130.

§ 132 **Anordnungsrecht**

Unterlässt es die Gemeinde, Beschlüsse zu fassen oder Anordnungen zu treffen, die zur Erfüllung einer der Gemeinde gesetzlich obliegenden Verpflichtung erforderlich sind, so kann die Kommunalaufsichtsbehörde anordnen, dass sie innerhalb einer bestimmten Frist das Erforderliche veranlasst.

§ 133 **Ersatzvornahme**

Kommt die Gemeinde einer Anordnung oder einem Verlangen der Kommunalaufsichtsbehörde nach den §§ 129 bis 132 innerhalb der gesetzten Frist nicht nach, so kann die Kommunalaufsichtsbehörde die erforderlichen Maßnahmen an Stelle und auf Kosten der Gemeinde selbst durchführen oder die Durchführung einem Dritten übertragen.

§ 134 **Bestellung einer Beauftragten oder eines Beauftragten**

(1) ¹Wenn und solange die Befugnisse der Kommunalaufsichtsbehörde nach den §§ 129 bis 133 nicht ausreichen, um den geordneten Gang der Gemeindeverwaltung zu sichern, kann die Kommunalaufsichtsbehörde eine Beauftragte oder einen Beauftragten bestellen, die oder der alle oder einzelne Aufgaben der Gemeinde auf ihre Kosten wahrnimmt. ²Die oberste Kommunalaufsichtsbehörde ist vorab zu unterrichten.

(2) Die Beauftragte oder der Beauftragte ersetzt im Rahmen ihres oder seines Auftrags das zuständige Organ der Gemeinde.

§ 135

Form und Inhalt aufsichtsbehördlicher Entscheidungen

¹Entscheidungen der Kommunalaufsichtsbehörde nach den §§ 130 bis 134 bedürfen der Schriftform.

²Sie sind zu begründen, mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen und zuzustellen.

§ 136

Rechtsmittel

¹Die Gemeinde kann gegen Entscheidungen der Kommunalaufsichtsbehörde innerhalb eines Monats nach Zustellung Widerspruch erheben. ²Hilft die Kommunalaufsichtsbehörde dem Widerspruch nicht ab, so erlässt die oberste Kommunalaufsichtsbehörde einen Widerspruchsbescheid.

§ 137

Beschränkung der Kommunalaufsicht

(1) Andere Behörden und Stellen als die Kommunalaufsichtsbehörden sind zu Eingriffen in die Gemeindeverwaltung nach den §§ 129 bis 134 nicht befugt.

(2) Bürgerlich-rechtliche Verpflichtungen der Gemeinde, die im ordentlichen Rechtsweg zu verfolgen sind, unterliegen nicht der Kommunalaufsicht nach den §§ 130 bis 133.

§ 138

Zwangsvollstreckung gegen Gemeinden

(1) ¹Zur Einleitung der Zwangsvollstreckung gegen die Gemeinde wegen einer Geldforderung bedarf die Gläubigerin oder der Gläubiger einer Zulassungsverfügung der Kommunalaufsichtsbehörde, es sei denn, dass es sich um die Verfolgung dinglicher Rechte handelt. ²In der Verfügung hat die Kommunalaufsichtsbehörde die Vermögensgegenstände zu bestimmen, in die die Zwangsvollstreckung zugelassen wird, und über den Zeitpunkt zu befinden, zu dem sie stattfinden soll. ³Die Durchführung der Zwangsvollstreckung regelt sich nach den Vorschriften der Zivilprozessordnung.

(2) Ein Insolvenzverfahren über das Vermögen der Gemeinde findet nicht statt.

§ 139

Beteiligung des Ministeriums für Inneres und Sport

Das Ministerium für Inneres und Sport ist, soweit nicht das Gesetz eine weitergehende Mitwirkung vorsieht, zu allen Rechtsverordnungen und allgemeinen Verwaltungsanordnungen oberster Landesbehörden, die sich auf die Gemeinden auswirken, zu hören.

Teil B

Landkreisordnung

Erster Teil

Grundlagen

I. Abschnitt

Wesen, Rechtsstellung und Aufgaben

§ 140

Wesen der Landkreise

(1) ¹Die Landkreise sind Gemeindeverbände und Gebietskörperschaften. ²Das Gebiet des Landkreises deckt sich mit dem Bezirk der Landrätin oder des Landrats als unterer staatlicher Verwaltungsbehörde.

(2) Die Landkreise erfüllen die überörtlichen, in ihrer Bedeutung auf das Kreisgebiet beschränkten öffentlichen Aufgaben im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung.

§ 141

Name und Sitz

(1) ¹Die Landkreise führen ihre bisherigen Namen. ²Der Name eines neu gebildeten Landkreises wird durch Gesetz bestimmt. ³Das Ministerium für Inneres und Sport kann auf Antrag eines Landkreises dessen Namen ändern.

(2) ¹Die Landkreise behalten den bisherigen Sitz der Kreisverwaltung. ²Das Ministerium für Inneres und Sport kann auf Antrag eines Landkreises einen anderen Sitz der Kreisverwaltung bestimmen. ³Der Sitz der Kreisverwaltung eines neu gebildeten Landkreises wird durch Gesetz bestimmt.

(3) Das Ministerium für Inneres und Sport macht die Bestimmung und die Änderung des Namens eines Landkreises und des Sitzes der Kreisverwaltung öffentlich bekannt.

§ 142

Wappen, Farben und Dienstsiegel

(1) ¹Die Landkreise führen ihre bisherigen Wappen und Farben. ²Das Ministerium für Inneres und Sport kann Landkreisen auf ihren Antrag das Recht verleihen, Wappen und Farben zu führen; es kann Wappen und Farben auf Antrag der Landkreise ändern. ³Wappen der Landkreise dürfen von Dritten nur mit Genehmigung der Landkreise verwendet werden.

(2) ¹Die Landkreise führen Dienstsiegel. ²Landkreise, die zum Führen eines Wappens berechtigt sind, führen dieses Wappen in ihrem Dienstsiegel; die übrigen Landkreise führen als Siegel das Bild des kleinen Landessiegels^[8] mit einer den Landkreis bezeichnenden Umschrift.

Fußnoten

[8]) Vgl. Anl. 8 in BS-Nr. 1130-1.

§ 143

Selbstverwaltungsangelegenheiten

(1) ¹Die Landkreise erfüllen in ihrem Gebiet die ihnen durch Gesetz zur Pflicht gemachten Selbstverwaltungsaufgaben der durch das Kreisgebiet begrenzten überörtlichen Gemeinschaft. ²Durch Gesetz kann ihnen die Erfüllung weiterer Selbstverwaltungsaufgaben zur Pflicht gemacht werden; dabei sind gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. ³Führt die Übertragung neuer Aufgaben durch Gesetz oder die Veränderung bestehender Aufgaben durch Gesetz oder Rechtsverordnung zu einer wesentlichen Belastung der davon betroffenen Landkreise, ist dafür aufgrund einer Kos-

tenfolgeabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen. ⁴Das Nähere regelt ein Gesetz. ⁵Verordnungen über die Durchführung solcher Gesetze sowie Verordnungen nach Satz 3 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums für Inneres und Sport.

(2) Die Landkreise erfüllen in ihrem Gebiet die freiwillig übernommenen, überörtlichen Selbstverwaltungsaufgaben im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung.

(3) ¹Ihre Ausgleichs- und Ergänzungsfunktion können die Landkreise nur in Zusammenarbeit mit einzelnen oder mehreren kreisangehörigen Gemeinden wahrnehmen; eine Unterstützung durch andere Personen des öffentlichen Rechts oder des Privatrechts ist zulässig. ²Dies gilt nicht, soweit Aufgaben in grenzüberschreitender Zusammenarbeit erledigt werden. ³Zu den Ergänzungsfunktionen gehört die Beteiligung an der kommunalen Energieversorgung. ⁴Aufgaben der Volksbildung nach Artikel 32 der Verfassung des Saarlandes können anstelle einer Kooperation nach Satz 1 auch im Einvernehmen mit einem Bildungsbeirat wahrgenommen werden; für den Bildungsbeirat gelten die Vorschriften über den Kooperationsrat entsprechend.

(4) ¹Die Landkreise haben bei der Aufgabenerfüllung die gebotene Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden zu nehmen. ²Bei der Erfüllung der Aufgaben gilt § 5 Abs. 2 entsprechend. ³In Selbstverwaltungsangelegenheiten sind die Landkreise nur an die Gesetze gebunden.

§ 144 **Auftragsangelegenheiten**

(1) ¹Die Landkreise erfüllen die ihnen übertragenen staatlichen Aufgaben nach Weisung der zuständigen Behörden (Auftragsangelegenheiten). ²§ 7 bleibt unberührt.

(2) ¹Neue Auftragsangelegenheiten können den Landkreisen nur durch Gesetz übertragen werden; dabei sind gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. ²Führt die Übertragung neuer Aufgaben durch Gesetz oder die Veränderung bestehender Aufgaben durch Gesetz oder Rechtsverordnung zu einer wesentlichen Belastung der davon betroffenen Landkreise, ist dafür aufgrund einer Kostenfolgeabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen. ³Das Nähere regelt ein Gesetz.

(3) ¹Die Landkreise sind bei der Erfüllung von Auftragsangelegenheiten zur Geheimhaltung verpflichtet, soweit dies von den zuständigen Behörden angeordnet wird. ²Sie haben hierbei die für die staatlichen Behörden geltenden Vorschriften zu beachten. ³Das Ministerium für Inneres und Sport kann hierzu weitere Verwaltungsvorschriften erlassen.

§ 145 **Kommunale Gemeinschaftsarbeit**

¹Landkreise können zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben Zweckverbände oder Arbeitsgemeinschaften bilden oder öffentlich-rechtliche Vereinbarungen^[9] abschließen. ²Das Nähere wird durch Gesetz^[10] bestimmt.

Fußnoten

[9]) Vgl. öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Vertretung und die Rufbereitschaft der Veterinär- und Gesundheitsämter der Landkreise und des Stadtverbandes vom 11. September 1997 (Amtsbl. 1998 S. 551).

[10]) Vgl. BS- Nr. 2020- 5.

§ 146 Sicherung der Mittel

(1) ¹Die Landkreise regeln ihre Finanzwirtschaft in eigener Verantwortung. ²Sie haben das Recht, Steuern und sonstige Abgaben sowie Umlagen nach Maßgabe der Gesetze zu erheben.

(2) Soweit die eigenen Einnahmen der Landkreise nicht ausreichen, sichert das Land den Landkreisen die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Mittel im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs.

§ 147 Satzungen

(1) ¹Die Landkreise können ihre Selbstverwaltungsangelegenheiten durch Satzung regeln. ²Sie können mit gesetzlicher Ermächtigung auch in Auftragsangelegenheiten Satzungen erlassen.

(2) Für den Inhalt von Satzungen, das Verfahren bei ihrem Erlass und die Genehmigungspflicht gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung entsprechend.

II. Abschnitt Kreisgebiet

§ 148 Gebietsbestand

(1) ¹Das Kreisgebiet besteht aus dem Gebiet der nach geltendem Recht zum Landkreis gehörenden Gemeinden. ²Grenzstreitigkeiten entscheidet die Kommunalaufsichtsbehörde.

(2) Das Gebiet eines Landkreises soll so bemessen sein, dass die örtliche Verbundenheit der Gemeinden des Landkreises gewahrt und die Leistungsfähigkeit des Landkreises zur Erfüllung seiner Aufgaben gesichert ist.

§ 149 Gebietsänderungen

(1) ¹Aus Gründen des öffentlichen Wohles können Grenzen von Landkreisen geändert, Landkreise aufgelöst oder neu gebildet werden. ²Die beteiligten kommunalen Gebietskörperschaften sind zu hören.

(2) Gebietsänderungen erfolgen durch Gesetz.

(3) ¹Werden durch die Änderung von Gemeindegrenzen die Grenzen von Landkreisen berührt, so bewirkt die Änderung der Gemeindegrenzen ohne weiteres die Änderung der Landkreisgrenzen. ²Vor der Entscheidung über die Änderung der Gemeindegrenzen sind die betreffenden Landkreise zu hören.

§ 150

Auseinandersetzung

(1) ¹Bei Gebietsänderungen sollen die beteiligten Landkreise die näheren Bedingungen, insbesondere die Auseinandersetzung, die Rechtsnachfolge, das Ortsrecht und die neue Verwaltung, durch Vertrag regeln. ²Der Vertrag bedarf der Zustimmung des Ministeriums für Inneres und Sport; es macht ihn öffentlich bekannt. ³Kommt ein Vertrag nicht zustande, so erlässt das Ministerium für Inneres und Sport die notwendigen Bestimmungen. ⁴Das Gleiche gilt, soweit der Vertrag eine erschöpfende Regelung nicht enthält. ⁵Satz 2 gilt entsprechend.

(2) ¹Die nach Absatz 1 vertraglich oder durch das Ministerium für Inneres und Sport getroffenen Regelungen begründen Rechte und Pflichten der Beteiligten und bewirken den Übergang, die Beschränkung oder Aufhebung von dinglichen Rechten. ²Die Kommunalaufsichtsbehörde beantragt die Berichtigung des Grundbuchs und anderer öffentlicher Bücher; sie ist befugt, Unschädlichkeitszeugnisse auszustellen.

(3) ¹Rechtshandlungen, die aus Anlass von Änderungen des Kreisgebiets erforderlich werden, sind frei von öffentlichen Abgaben. ²Das Gleiche gilt für Berichtigungen, Löschungen und sonstige Eintragungen gemäß Absatz 2 Satz 2.

III. Abschnitt

Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises

§ 151

Begriff

Einwohnerin oder Einwohner des Landkreises ist, wer in einer dem Landkreis angehörenden Gemeinde wohnt.

§ 152

Rechte und Pflichten der Einwohnerinnen und Einwohner

¹Die Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises sind im Rahmen der bestehenden Vorschriften berechtigt, die öffentlichen Einrichtungen des Landkreises zu benutzen und verpflichtet, zu den Lasten des Landkreises beizutragen. ²Dies gilt auch für Grundbesitzerinnen, Grundbesitzer und Gewerbetreibende im Landkreis, die nicht im Landkreis wohnen, sowie für juristische Personen und nicht rechtsfähige Personenvereinigungen.

§ 153

Rechte und Pflichten der Bürgerinnen und Bürger der kreisangehörigen Gemeinden

¹Die Bürgerinnen und Bürger der kreisangehörigen Gemeinden sind bei der Wahl zum Kreistag nach Maßgabe des Kommunalwahlgesetzes wahlberechtigt und wählbar. ²Sie sind zu ehrenamtlicher Tätig-

keit für den Landkreis verpflichtet. ³Die Vorschriften der Gemeindeordnung über ehrenamtliche Tätigkeit gelten entsprechend.

§ 153a

Einwohner-, Bürgerbeteiligung

(1) Die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Einwohnerfragestunde, die Einwohnerbefragung und den Einwohnerantrag gelten für die Landkreise entsprechend.

(2) Die Vorschriften der Gemeindeordnung über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gelten mit der Maßgabe, dass ein Bürgerbegehren

in Landkreisen bis 120.000 Einwohnerinnen und Einwohnern von 6.000,

in Landkreisen mit mehr als 120.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, aber nicht mehr als 240.000 Einwohnerinnen und Einwohnern von 12.000,

und in Landkreisen mit mehr als 240.000 Einwohnerinnen und Einwohnern von 24.000

Bürgerinnen und Bürgern unterzeichnet sein muss, für die Landkreise entsprechend.

§ 154

Anschluss- und Benutzungszwang

¹Der Landkreis kann bei öffentlichem Bedürfnis durch Satzung den Anschluss- und Benutzungszwang für öffentliche Einrichtungen des Landkreises anordnen. ²Die Vorschriften der Gemeindeordnung gelten entsprechend.

Zweiter Teil

Organe und Verwaltung

I. Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 155

Organe

Organe des Landkreises sind der Kreistag, der Kreisausschuss und die Landrätin oder der Landrat.

II. Abschnitt

Kreistag

§ 156

Zusammensetzung und Wahl des Kreistages

(1) Der Kreistag besteht aus den von den Bürgerinnen und Bürgern der kreisangehörigen Gemeinden in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählten Mitgliedern.

(2) Die Zahl der Mitglieder des Kreistages beträgt in Landkreisen

bis zu 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern

27,

mit mehr als 100.000 Einwohnerinnen und Einwohnern

bis zu 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	33,
mit mehr als 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	
bis zu 300.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	39,
mit mehr als 300.000 Einwohnerinnen und Einwohnern	45.

(3) Das Nähere über Wahl und Ergänzung des Kreistages bestimmt das Kommunalwahlgesetz.

§ 157

Rechtsstellung der Mitglieder des Kreistages

(1) ¹Die Mitglieder des Kreistages sind ehrenamtlich tätig. ²Sie handeln nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Gewissensüberzeugung. ³Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

(2) ¹Die Mitglieder des Kreistages haben die ihnen obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, insbesondere an den Sitzungen des Kreistages teilzunehmen. ²Die Vorschriften der Gemeindeordnung über Treuepflicht, Mitwirkungsverbot bei Interessenwiderstreit und Heilung bei Verfahrensmängeln sowie Entschädigung bei ehrenamtlicher Tätigkeit gelten entsprechend.

(3) Die Mitglieder des Kreistages werden vor ihrem Amtsantritt in öffentlicher Sitzung von der Landrätin oder vom Landrat durch Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(4) ¹Mitglieder des Kreistages, die derselben Partei oder politischen Gruppierung mit im Wesentlichen gleicher politischer Zielsetzung angehören, können sich zu einer Fraktion zusammenschließen. ²Eine Fraktion muss aus mindestens zwei Mitgliedern bestehen. ³Die näheren Einzelheiten über die Bildung der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung.

§ 158

Amtszeit

(1) ¹Die Amtszeit des Kreistages beträgt fünf Jahre; sie beginnt am fünfzehnten auf den Wahltag folgenden Tag, jedoch nicht vor Ablauf der Amtszeit des bisherigen Kreistages. ²Endet die Amtszeit des bisherigen Kreistages vor dem fünfzehnten auf den Tag der Wahl des neuen Kreistages folgenden Tag, so verlängert sich die Amtszeit bis zum Beginn der Amtszeit des neu gewählten Kreistages, längstens jedoch um einen Monat.

(2) ¹Mitglieder des Kreistages scheidern mit dem Verlust der Wählbarkeit aus ihrem Amt aus. ²Die Mitglieder des Kreistages können ihr Amt jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber der Landrätin oder dem Landrat niederlegen; die Erklärung ist unwiderruflich. ³Die sonstigen besonderen Vorschriften über die vorzeitige Beendigung der Amtszeit des Kreistages bleiben unberührt.

(3) Die Feststellung über den Verlust der Wählbarkeit und das Ausscheiden aus dem Kreistag trifft der Kreistag.

§ 159 Aufgaben des Kreistages

(1) Der Kreistag beschließt über alle Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landkreises, für die seine ausschließliche Zuständigkeit gesetzlich bestimmt ist oder für die er sich die Entscheidung ausdrücklich vorbehalten hat.

(2) Über andere als Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landkreises kann der Kreistag nur beschließen, wenn besondere gesetzliche Vorschriften dies zulassen.

§ 160 Vorbehaltene Aufgaben

¹Der Kreistag kann die Entscheidung über folgende Angelegenheiten nicht übertragen:

1. die Bestimmung und die Änderung des Namens und des Sitzes des Landkreises sowie von Wapen und Farben des Landkreises;
2. die Änderung des Kreisgebiets;
3. den Ausschluss wegen Interessenwiderstreits im Kreistag sowie die Feststellung über den Verlust der Wählbarkeit und das Ausscheiden aus dem Kreistag;
4. die auf Grund der Gesetze vom Kreistag vorzunehmenden Wahlen;
5. die Aufstellung von Grundsätzen für die Ernennung und Entlassung der Beamtinnen und Beamten und die Einstellung, Einstufung und Entlassung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer des Landkreises, soweit hierüber im geltenden Beamten- und Arbeitsrecht keine Vorschriften enthalten sind;
6. den Abschluss von Tarifverträgen oder den Beitritt zu einem Arbeitgeberverband;
7. die Ernennung und Entlassung von leitenden Beamtinnen und Beamten sowie die Einstellung und Entlassung von leitenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern;
8. die Berufung der Mitglieder des Kreisausschusses sowie die Bildung und Auflösung von Kreistagsausschüssen und die Berufung der Mitglieder dieser Ausschüsse;
9. die Übernahme von Selbstverwaltungsaufgaben kreisangehöriger Gemeinden;
10. den Erlass der Geschäftsordnung;
11. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen;
12. die Festsetzung der Kreisumlage sowie die allgemeine Festsetzung öffentlicher Abgaben und allgemeiner privatrechtlicher Entgelte;

13. den Erlass der Haushaltssatzung, die Zustimmung zu erheblichen überplanmäßigen und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen oder derartigen Verpflichtungsermächtigungen sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms;
14. die Feststellung des Jahresabschlusses und die Entlastung der Landrätin oder des Landrats;
15. den Erwerb von Vermögensgegenständen und die Verfügung über Vermögen des Landkreises, soweit der Vermögensgegenstand eine vom Kreistag allgemein festgesetzte Wertgrenze übersteigt;
- 15a. die Feststellung und die Änderung des Wirtschaftsplans sowie die Feststellung des Jahresabschlusses und die Behandlung des Ergebnisses von Eigenbetrieben und sonstigen Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit mit Sonderrechnung;
- 15b. die vollständige oder teilweise Anwendung der für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften über die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen auf Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit;
16. die Errichtung, Übernahme und Erweiterung, die Änderung der Rechtsform und die vollständige oder teilweise Veräußerung von öffentlichen Einrichtungen und Unternehmen;
17. die unmittelbare und mittelbare Beteiligung, die Änderung und die vollständige oder teilweise Veräußerung einer solchen Beteiligung an einem Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts;
18. die Umwandlung des Zwecks und die Aufhebung einer Stiftung einschließlich der Entscheidung über den Verbleib des Stiftungsvermögens;
19. die Übernahme von Bürgschaften, den Abschluss von Gewährverträgen und die Bestellung anderer Sicherheiten für Dritte sowie solche Rechtsgeschäfte, die den vorgenannten wirtschaftlich gleichkommen, soweit sie eine vom Kreistag allgemein festgesetzte Wertgrenze übersteigen;
20. die Bestellung und die Abberufung der Leiterin oder des Leiters des Rechnungsprüfungsamts;
21. die Geltendmachung von Ansprüchen des Landkreises gegen die Landrätin oder den Landrat und Mitglieder des Kreistages sowie die Genehmigung von Verträgen des Landkreises mit der Landrätin oder dem Landrat oder mit Mitgliedern des Kreistages; ausgenommen sind Verträge nach feststehenden Tarifen und Verträge, die sich innerhalb einer vom Kreistag allgemein festgesetzten Wertgrenze halten;
22. den Beitritt zu Zweckverbänden oder anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts und den Austritt aus diesen sowie den Abschluss von öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen;
23. die Übernahme neuer Aufgaben, für die keine gesetzliche Verpflichtung besteht;
24. die Führung eines Rechtsstreits von erheblicher Bedeutung;

25. den Verzicht auf Ansprüche des Landkreises und den Abschluss von Vergleichen, soweit eine vom Kreistag allgemein festgesetzte Wertgrenze überschritten wird,

²Dies gilt nicht für Angelegenheiten der Nummern 7, 12, 15, 19 und 25, wenn diese Angelegenheiten dem Werksausschuss (§ 189 Abs. 2) oder der Werkleitung eines Eigenbetriebs übertragen werden sollen, mit Ausnahme der Bestellung einer Werkleitung und der Festsetzung der Kreisumlage.

**§§ 161 bis 170
(aufgehoben)**

§ 171

Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

Für den Kreistag gelten sinngemäß die Vorschriften der Gemeindeordnung über

1. Zuständigkeit bei Interessenwiderstreit (§ 36),
2. Auskunftsrecht (§ 37), mit der Maßgabe, dass dies auch für die Beschlüsse des Kreisausschusses gilt,
3. Sitzungszwang (§ 38),
4. Geschäftsordnung (§ 39),
5. Öffentlichkeit der Sitzungen (§ 40),
6. Einberufung und Tagesordnung (§ 41), mit der Maßgabe, dass die Einberufungsfrist mindestens fünf Tage beträgt und das Antragsrecht nach § 41 Abs. 1 Satz 2 auch dem Kreisausschuss zusteht,
7. Vorsitz (§ 42),
8. Aufgaben der oder des Vorsitzenden (§ 43),
9. Beschlussfähigkeit (§ 44),
10. Beschlussfassung (§ 45),
11. Wahlen (§ 46),
12. Niederschrift (§ 47),
13. Hinzuziehung von Sachverständigen und anderen Personen zu den Sitzungen (§ 49),
14. Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder (§ 51),
15. § 51a Erhaltung kommunaler Entscheidungsfähigkeit in außerordentlichen Notlagen mit der Maßgabe, dass die Aufgaben des Finanzausschusses nach § 51a Absatz 5 vom Kreisausschuss wahrgenommen werden.

§ 172 Kreistagsausschüsse

(1) ¹Der Kreistag kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse aus seiner Mitte Ausschüsse bilden (Kreistagsausschüsse). ²Für Rechnungsprüfungsangelegenheiten ist ein solcher Ausschuss zu bilden; für Angelegenheiten des Natur- und Umweltschutzes bildet der Kreistag einen eigenen Ausschuss oder weist sie einem bestimmten Ausschuss zu.

(2) ¹Die Sitzungen der Kreistagsausschüsse sind nicht öffentlich. ²Die öffentliche Bekanntmachung der Einberufung entfällt.

(3) Im Übrigen gelten die Bestimmungen der Gemeindeordnung über die Ausschüsse (§ 48) sinngemäß, wobei die Einberufungsfrist mindestens fünf Tage beträgt und § 37 keine Anwendung findet.

§ 173 Vorzeitige Beendigung der Amtszeit des Kreistages

(1) ¹Das Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten hat einen Kreistag aufzulösen, wenn die Zahl der Mitglieder des Kreistages auf weniger als die Hälfte der gesetzlichen Zahl der Mitglieder gesunken ist und Ersatzleute nicht zur Verfügung stehen. ²Die Landesregierung kann auf Antrag des Ministeriums für Inneres und Europaangelegenheiten einen Kreistag auflösen, wenn eine ordnungsgemäße Erledigung der Kreisaufgaben in anderer Weise auf Dauer nicht gesichert ist. ³Die Entscheidung über die Auflösung des Kreistages ist durch das Ministerium für Inneres und Europaangelegenheiten öffentlich bekannt zu machen. ⁴Nach unanfechtbar gewordener Auflösung des Kreistages findet eine Neuwahl innerhalb von drei Monaten statt.

(2) ¹Ändert sich bei einer Gebietsänderung die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner, so endet die Amtszeit des Kreistages mit dem In-Kraft-Treten der Gebietsänderung; es findet innerhalb von drei Monaten eine Neuwahl statt. ²Satz 1 findet keine Anwendung, wenn die Zahl der aufgenommenen Einwohnerinnen und Einwohner im Verhältnis zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner des aufnehmenden Landkreises oder die Zahl der abgegebenen Einwohnerinnen und Einwohner im Verhältnis zu der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner des abgebenden Landkreises unbedeutend ist und die Struktur des Landkreises nur unwesentlich verändert wird; die Entscheidung trifft das Ministerium für Inneres und Sport.

(3) ¹Die Amtszeit des nach Absatz 1 Satz 4 oder nach Absatz 2 neu gewählten Kreistages endet mit dem Ablauf der allgemeinen Amtszeit. ²Findet eine Neuwahl innerhalb von sechs Monaten vor Ablauf der allgemeinen Amtszeit statt, so endet die Amtszeit erst mit dem Ende der nächsten allgemeinen Amtszeit.

(4) Das Nähere bestimmt das Kommunalwahlgesetz.

III. Abschnitt Kreisausschuss

§ 174 Zusammensetzung, Berufung und Amtszeit

(1) ¹Der Kreisausschuss besteht bei einer gesetzlichen Zahl der Mitglieder des Kreistages

von 27 aus 9 Mitgliedern,
von 33 aus 11 Mitgliedern,
von 39 aus 13 Mitgliedern,
von 45 aus 15 Mitgliedern.

²Die Mitglieder des Kreisausschusses werden vom Kreistag aus seiner Mitte berufen. ³Für die Berufung und Vertretung gelten die Vorschriften des § 48 Abs. 2 und 3 Sätze 1 und 2 entsprechend.

(2) Die Beendigung der Mitgliedschaft zum Kreistag hat das Ausscheiden aus dem Kreisausschuss zur Folge.

(3) Die Mitglieder des Kreisausschusses können ihr Amt jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber der Landrätin oder dem Landrat niederlegen; die Erklärung ist unwiderruflich.

§ 175 Rechtsstellung, Aufgaben

(1) Für die Rechtsstellung der Mitglieder des Kreisausschusses gelten die Vorschriften über die Rechtsstellung der Mitglieder des Kreistages entsprechend.

(2) Der Kreisausschuss entscheidet über Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landkreises, für die der Kreistag nicht ausschließlich zuständig ist oder für die der Kreistag sich die Entscheidung nicht ausdrücklich vorbehalten hat.

(3) ¹Der Kreisausschuss entscheidet in dringenden Fällen, die aus Gründen des Gemeinwohls keinen Aufschub bis zur nächsten Sitzung des Kreistages dulden, an Stelle des Kreistages. ²Der Kreisausschuss hat den Kreistag unverzüglich zu unterrichten. ³Der Kreistag kann die Entscheidung des Kreisausschusses aufheben, soweit nicht schon Rechte anderer als Folge der Entscheidung entstanden sind.

(4) ¹Der Kreisausschuss bereitet alle Angelegenheiten, über die der Kreistag zu entscheiden hat, vor. ²Dies gilt nicht, wenn der Kreistag ohne Vorbereitung entscheiden will oder die Vorbereitung einem seiner Ausschüsse übertragen hat.

§ 176 Verfahren des Kreisausschusses

(1) ¹Der Kreisausschuss verhandelt und beschließt in öffentlichen Sitzungen. ²Die Sitzungen sind nicht öffentlich, soweit es sich um Angelegenheiten handelt, die der Kreisausschuss nach § 175 Abs. 4 für den Kreistag vorbereitet.

(2) ¹Die Landrätin oder der Landrat führt den Vorsitz im Kreisausschuss. ²Sie oder er hat kein Stimmrecht. ³Die Kreisbeigeordneten vertreten sie oder ihn in der Reihenfolge ihrer Vertretungsbefugnis.

⁴Eine Kreisbeigeordnete oder ein Kreisbeigeordneter, die oder der die Landrätin oder den Landrat im Vorsitz vertritt, hat nur dann Stimmrecht, wenn sie oder er Mitglied des Ausschusses ist.

(3) Im Übrigen gelten für den Kreisausschuss die Vorschriften über den Kreistag entsprechend.

IV. Abschnitt
Landrätin, Landrat und Kreisbeigeordnete

§ 177
Landrätin, Landrat

(1) ¹Die Landrätin oder der Landrat wird von den Bürgerinnen und Bürgern der kreisangehörigen Gemeinden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gleichzeitig mit dem Kreistag gewählt. ²Sie oder er ist Beamtin oder Beamter auf Zeit.

(2) Die Landrätin oder der Landrat oder eine andere leitende Beamtin oder ein anderer leitender Beamter des Landkreises muss die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt besitzen.

(3) Auf die Landrätin oder den Landrat finden die für die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung über die Rechtsstellung, die Amtszeit, die Eignung, die Ausschreibung, die Wahl, die Wahlanfechtung, die Abwahl und den Ruhestand auf Antrag aus besonderem Grund entsprechende Anwendung.

§ 178
Aufgaben der Landrätin oder des Landrates

(1) Die Landrätin oder der Landrat ist die gesetzliche Vertreterin oder der gesetzliche Vertreter des Landkreises.

(2) ¹Die Landrätin oder der Landrat leitet die Verwaltung des Landkreises. ²Sie oder er bereitet die Beschlüsse des Kreisausschusses vor und führt die Beschlüsse des Kreistages und des Kreisausschusses aus. ³Sie oder er erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihr oder ihm übertragenen Selbstverwaltungsangelegenheiten des Landkreises. ⁴Die Landrätin oder der Landrat ist allein zuständig, soweit gesetzlich eine Anhörung des Landkreises vorgeschrieben und die Angelegenheit im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten ist.

(3) Die Landrätin oder der Landrat erledigt die dem Landkreis übertragenen staatlichen Aufgaben (Auftragsangelegenheiten), soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(4) ¹Die Landrätin oder der Landrat ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Kreisbediensteten und der Kreisbeigeordneten. ²Ihr oder ihm obliegt die Ernennung und Entlassung der Beamtinnen und Beamten sowie die Einstellung, Einstufung und Entlassung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach den Beschlüssen des Kreistages und des Kreisausschusses.

(5) Die Befugnisse der oder des Dienstvorgesetzten und der obersten Dienstbehörde nimmt gegenüber der Landrätin oder dem Landrat in den Fällen des § 8 Abs. 1, § 58 Abs. 1 und § 59 Abs. 2 des Saarländischen Beamtengesetzes und des § 83 Abs. 2 des Saarländischen Disziplinalgesetzes die Kommunalaufsichtsbehörde, im Fall des § 85 des Saarländischen Beamtengesetzes der Kreistag, im Übrigen die oder der zur Vertretung der Landrätin oder des Landrats berufene Kreisbeigeordnete wahr.

§ 179
Widerspruchs- und Vorlagepflicht bei rechtswidrigen Beschlüssen

(1) ¹Die Landrätin oder der Landrat ist verpflichtet, rechtswidrigen Beschlüssen des Kreistages und des Kreisausschusses unverzüglich zu widersprechen. ²Halten der Kreistag oder der Kreisausschuss im Fall des Widerspruchs ihren Beschluss aufrecht, so hat die Landrätin oder der Landrat die Entscheidung der Kommunalaufsichtsbehörde einzuholen.

(2) Beschlüsse, über deren Rechtmäßigkeit die Landrätin oder der Landrat im Zweifel sein muss, hat sie oder er der Kommunalaufsichtsbehörde vorzulegen; über die Vorlage von Kreistagsbeschlüssen hat sie oder er die Mitglieder des Kreistages, über die Vorlage von Kreisausschussbeschlüssen hat sie oder er die Mitglieder des Kreisausschusses unverzüglich zu unterrichten.

(3) Widerspruch und Vorlage haben aufschiebende Wirkung.

§ 180

Anordnungsbefugnis der Landrätin oder des Landrats in dringenden Fällen

(1) ¹Die Landrätin oder der Landrat ist berechtigt, dringende Maßnahmen, die aus Gründen des Gemeinwohls keinen Aufschub dulden, auch ohne Beschluss des Kreistages oder des Kreisausschusses anzuordnen. ²Dabei hat sie oder er

1. in Angelegenheiten, für die der Kreistag ausschließlich zuständig ist oder sich seine Entscheidung ausdrücklich vorbehält, den Kreistag,
2. in allen übrigen Angelegenheiten den Kreisausschuss unverzüglich zu unterrichten.

(2) Im Fall des Absatzes 1 Nr. 1 kann der Kreistag, im Fall des Absatzes 1 Nr. 2 der Kreisausschuss die Anordnung der Landrätin oder des Landrats aufheben, soweit nicht schon Rechte anderer durch die Ausführung der Anordnung entstanden sind.

§ 181

Verpflichtungserklärungen

(1) ¹Erklärungen, durch die der Landkreis verpflichtet werden soll, sowie Erklärungen, durch die der Landkreis auf Rechte verzichtet, müssen schriftlich oder elektronisch erfolgen. ²Erklärungen in Schriftform sind nur rechtsverbindlich, wenn sie von der Landrätin oder vom Landrat oder der allgemeinen Vertreterin oder dem allgemeinen Vertreter unter Beifügung der Amtsbezeichnung und des Dienstsiegels handschriftlich unterzeichnet sind. ³Erklärungen in elektronischer Form sind nur rechtsverbindlich, wenn sie mit einer dauerhaft überprüfbaren Signatur und dem elektronischen Dienstsiegel versehen sind.

(2) ¹Wird für ein Geschäft oder einen Kreis von Geschäften eine Bevollmächtigte oder ein Bevollmächtigter bestellt, so bedarf die Vollmacht der Form des Absatzes 1. ²Die im Rahmen dieser Vollmacht abgegebenen Erklärungen müssen schriftlich oder elektronisch erfolgen.

(3) Die Absätze 1 und 2 gelten nicht für Erklärungen in den Geschäften der laufenden Verwaltung.

§ 182

Vertretung der Landrätin oder des Landrates

(1) ¹Die Landrätin oder der Landrat wird im Fall ihrer oder seiner Verhinderung durch Kreisbeigeordnete in der vom Kreistag festgesetzten Reihenfolge vertreten. ²Die erste Stellvertreterin oder der erste Stellvertreter der Landrätin oder des Landrats führt die Bezeichnung Erste Kreisbeigeordnete oder Erster Kreisbeigeordneter.

(2) Im Fall gleichzeitiger Verhinderung der Landrätin oder des Landrats und der Kreisbeigeordneten wählt der Kreistag für die Dauer der Verhinderung eine besondere Vertreterin oder einen besonderen Vertreter aus seiner Mitte.

§ 183

Übertragung von Aufgaben der Landrätin oder des Landrats

Die Landrätin oder der Landrat kann mit Zustimmung des Kreistages Kreisbeigeordneten bestimmte Geschäftszweige zur Erledigung übertragen.

§ 184

Kreisbeigeordnete

(1) Jeder Landkreis hat zwei Kreisbeigeordnete.

(2) Die Zahl der Kreisbeigeordneten kann durch Beschluss des Kreistages in Landkreisen

mit mehr als 100.000 bis zu 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf 3,

mit mehr als 200.000 Einwohnerinnen und Einwohnern auf 4

erhöht werden.

(3) ¹Die Kreisbeigeordneten sind Ehrenbeamtinnen oder Ehrenbeamte. ²Die Vorschriften der Gemeindeordnung über die ehrenamtlichen Beigeordneten gelten entsprechend.

V. Abschnitt

Kreisbedienstete

§ 185

Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

Für die Kreisbediensteten gelten sinngemäß die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Gemeindebediensteten.

§ 186

Kreisfrauenbeauftragte

¹Landkreise müssen eine hauptamtliche Kreisfrauenbeauftragte bestellen. ²Für die Kreisfrauenbeauftragte gilt § 79a entsprechend.

§§ 187 und 188

(aufgehoben)

Dritter Teil

Kreiswirtschaft

§ 189

Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

(1) Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Kreiswirtschaft die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Gemeindegewirtschaft entsprechend.

(2) Für Werksausschüsse nach § 109 Abs. 2 gelten die Bestimmungen der Gemeindeordnung über Ausschüsse (§ 48) sinngemäß, wobei die Einberufungsfrist mindestens fünf Tage beträgt.

§ 189a

Haushaltsausgleich

(1) ¹Der Haushalt muss in jedem Haushaltsjahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. ²Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht. ³Absätze 2 und 3 bleiben unberührt.

(2) Nach Ermittlung des Jahresergebnisses der Ergebnisrechnung sind

1. ein Unterschiedsbetrag, der sich aus dem Umlagebedarf nach § 4 Abs. 2 Satz 1 und dem Umlagebedarf nach § 4 Abs. 2 Satz 2 des Kommunalfinanzausgleichsgesetzes ergibt, von der allgemeinen Rücklage abzubuchen oder dieser zuzuführen,
2. ein Mehrertrag bei der Umlage infolge der Einrechnung eines Haushaltsfehlbetrags nach § 19 a Abs. 4 des Kommunalfinanzausgleichsgesetzes mit dem dafür gebildeten Ergebnisvortrag zu verrechnen,
3. ein Mehr- oder Minderertrag bei der Umlage infolge eines nach Absatz 3 in einem Vorjahr entstandenen Jahresüberschusses oder Jahresfehlbetrages mit dem dafür gebildeten Ergebnisvortrag zu verrechnen.

(3) Verbleibt nach Vornahme der Verrechnungen nach Absatz 2 ein Jahresüberschuss oder ein Jahresfehlbetrag, so ist dieser auf neue Rechnung vorzutragen und spätestens im zweitfolgenden Haushaltsjahr in den Umlagebedarf nach § 4 Abs. 2 des Kommunalfinanzausgleichsgesetzes einzurechnen.

(4) § 82 Abs. 3 bis 6 und § 82a finden für die Landkreise keine Anwendung.

§ 190

Rechnungsprüfungsamt

(1) Jeder Landkreis hat ein Rechnungsprüfungsamt.

(2) Für die Rechtsstellung und die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamts gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Rechtsstellung und die Aufgaben des Rechnungsprüfungsamts entsprechend.

§ 191

Überörtliche Prüfung

(1) Die überörtliche Prüfung des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens der Landkreise obliegt dem Landesverwaltungsamt.

(2) § 123 gilt entsprechend.

Vierter Teil Kommunalaufsicht

§ 192 Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

Für die Kommunalaufsicht über die Landkreise gelten die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Kommunalaufsicht entsprechend, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

§ 193 Kommunalaufsichtsbehörden

(1) Kommunalaufsichtsbehörde der Landkreise ist das Landesverwaltungsamt.

(2) ¹Oberste Kommunalaufsichtsbehörde ist das Ministerium für Inneres und Sport. ²Soweit die Zuständigkeit der oberen Kommunalaufsichtsbehörde gesetzlich bestimmt ist, tritt an ihre Stelle die oberste Kommunalaufsichtsbehörde.

Teil C Regionalverbandsordnung des Regionalverbandes Saarbrücken

Erster Teil Grundlagen

§ 194 Wesen des Regionalverbandes

(1) Der Regionalverband Saarbrücken ist ein der funktionsgerechten Ordnung, Entwicklung und Kooperation im Stadtumlandbereich dienender Verband der benachbarten Gemeinden des Großraums Saarbrücken.

(2) Der Regionalverband erfüllt die überörtlichen, in ihrer Bedeutung auf das Verbandsgebiet beschränkten öffentlichen Aufgaben im Rahmen der Gesetze durch die von der Bürgerschaft der verbandsangehörigen Gemeinden gewählten Organe oder durch Bürgerentscheid in eigener Verantwortung.

(3) ¹Der Regionalverband ist Gemeindeverband und Gebietskörperschaft. ²Das Gebiet des Regionalverbandes deckt sich mit dem Bezirk der Regionalverbandsdirektorin oder des Regionalverbandsdirektoren als untere staatliche Verwaltungsbehörde.

§ 195 Name und Sitz

Name und Sitz des Regionalverbandes werden durch Gesetz bestimmt.

§ 196 Wappen, Farben und Dienstsiegel

(1) ¹Das Ministerium für Inneres und Sport kann dem Regionalverband auf seinen Antrag das Recht verleihen, Wappen und Farben zu führen; es kann Wappen und Farben auf Antrag des Regionalver-

bandes ändern. ²Wappen des Regionalverbandes dürfen von Dritten nur mit dessen Genehmigung verwendet werden.

(2) ¹Der Regionalverband führt Dienstsiegel. ²Die Vorschriften der Landkreisordnung über die Führung von Dienstsiegeln gelten entsprechend.

§ 197

Selbstverwaltungsangelegenheiten

(1) ¹Der Regionalverband erfüllt in seinem Gebiet alle pflichtigen Selbstverwaltungsaufgaben, die durch Gesetz den Landkreisen übertragen sind. ²Ihm kann durch Gesetz die Erfüllung weiterer Selbstverwaltungsaufgaben zur Pflicht gemacht werden; dabei sind gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. ³Führt die Übertragung neuer Aufgaben durch Gesetz oder die Veränderung bestehender Aufgaben durch Gesetz oder Rechtsverordnung zu einer wesentlichen Belastung des Regionalverbandes, ist dafür aufgrund einer Kostenfolgeabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen. ⁴Das Nähere regelt ein Gesetz. ⁵Verordnungen über die Durchführung solcher Gesetze sowie Verordnungen nach Satz 3 bedürfen der Zustimmung des Ministeriums für Inneres und Sport.

(2) Der Regionalverband erfüllt in seinem Gebiet alle freiwillig übernommenen überörtlichen Selbstverwaltungsaufgaben im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung.

(3) ¹Der Regionalverband fördert und koordiniert die geordnete Entwicklung des Verbandsgebiets. ²Er hat die Befugnisse eines Planungsverbandes nach § 205 Abs. 6 des Baugesetzbuchs und nimmt die überörtlichen Interessen seines Gebietes gegenüber anderen Planungsträgern wahr.

(4) § 143 Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 198

Auftragsangelegenheiten

(1) ¹Der Regionalverband erfüllt die den Landkreisen übertragenen staatlichen Aufgaben nach Weisung der zuständigen Behörden (Auftragsangelegenheiten). ²Die §§ 7 und 9 bleiben unberührt.

(2) ¹Der Regionalverband ist bei der Erfüllung von Auftragsangelegenheiten zur Geheimhaltung verpflichtet, soweit dies von den zuständigen Behörden angeordnet wird. ²Er hat hierbei die für die staatlichen Behörden geltenden Vorschriften zu beachten. ³Das Ministerium für Inneres und Sport kann hierzu weitere Verwaltungsvorschriften erlassen.

(3) ¹Neue Auftragsangelegenheiten können dem Regionalverband nur durch Gesetz übertragen werden; dabei sind gleichzeitig Bestimmungen über die Deckung der Kosten zu treffen. ²Führt die Übertragung neuer Aufgaben durch Gesetz oder die Veränderung bestehender Aufgaben durch Gesetz oder Rechtsverordnung zu einer wesentlichen Belastung des Regionalverbandes, ist dafür aufgrund einer Kostenfolgeabschätzung ein entsprechender finanzieller Ausgleich zu schaffen. ³Das Nähere regelt ein Gesetz.

§ 199

Anzuwendende Vorschriften der Landkreisordnung

Für den Regionalverband gelten sinngemäß die Vorschriften der Landkreisordnung über

1. Kommunale Gemeinschaftsarbeit (§ 145),
2. Sicherung der Mittel (§ 146),
3. Satzungen (§ 147),
4. Kreisgebiet (§§ 148 bis 150),
5. Einwohnerinnen und Einwohner des Landkreises (§§ 151 bis 154).

**§§ 200 bis 203
(aufgehoben)**

**Zweiter Teil
Organe und Verwaltung**

**I. Abschnitt
Allgemeine Vorschriften**

**§ 204
Organe**

Organe des Regionalverbandes sind die Regionalversammlung, der Regionalverbandsausschuss, der Kooperationsrat und die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor.

**II. Abschnitt
Regionalversammlung und Regionalverbandsausschuss**

**§ 205
Zusammensetzung und Wahl der Regionalversammlung**

(1) Die Regionalversammlung besteht aus den von den Bürgerinnen und Bürgern der regionalverbandsangehörigen Gemeinden in allgemeiner, gleicher, geheimer, unmittelbarer und freier Wahl gewählten Mitgliedern.

(2) Die Regionalversammlung hat 45 Mitglieder.

(3) Das Nähere über Wahl und Ergänzung der Regionalversammlung bestimmt das Kommunalwahlgesetz.

**§ 206
Rechtsstellung der Mitglieder der Regionalversammlung**

(1) ¹Die Mitglieder der Regionalversammlung sind ehrenamtlich tätig. ²Sie handeln nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das Gemeinwohl bestimmten Gewissensüberzeugung. ³Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

(2) ¹Die Mitglieder der Regionalversammlung haben die ihnen obliegenden Pflichten gewissenhaft zu erfüllen, insbesondere an den Sitzungen der Regionalversammlung teilzunehmen. ²Die Vorschriften

der Gemeindeordnung über Treuepflicht, Mitwirkungsverbot bei Interessenwiderstreit und Heilung bei Verfahrensmängeln sowie Entschädigung bei ehrenamtlicher Tätigkeit gelten entsprechend.

(3) Die Mitglieder der Regionalversammlung werden vor ihrem Amtsantritt in öffentlicher Sitzung von der Regionalverbandsdirektorin oder vom Regionalverbandsdirektoren durch Handschlag zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung ihres Amtes und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

(4) ¹Mitglieder der Regionalversammlung, die derselben Partei oder politischen Gruppierung mit im Wesentlichen gleicher politischer Zielsetzung angehören, können sich zu einer Fraktion zusammenschließen. ²Eine Fraktion muss aus mindestens zwei Mitgliedern bestehen. ³Die näheren Einzelheiten über die Bildung der Fraktionen, ihre Rechte und Pflichten regelt die Geschäftsordnung.

§ 207 Amtszeit

(1) ¹Die Amtszeit der Regionalversammlung beträgt fünf Jahre; sie beginnt am fünfzehnten auf den Wahltag folgenden Tag, jedoch nicht vor Ablauf der Amtszeit der bisherigen Regionalversammlung. ²Endet die Amtszeit der bisherigen Regionalversammlung vor dem fünfzehnten auf den Tag der Wahl der neuen Regionalversammlung folgenden Tag, so verlängert sich die Amtszeit bis zum Beginn der Amtszeit der neu gewählten Regionalversammlung, längstens jedoch um einen Monat.

(2) ¹Mitglieder der Regionalversammlung scheidern mit dem Verlust der Wählbarkeit aus ihrem Amt aus. ²Die Mitglieder der Regionalversammlung können ihr Amt jederzeit durch schriftliche Erklärung gegenüber der Regionalverbandsdirektorin oder dem Regionalverbandsdirektoren niederlegen; die Erklärung ist unwiderruflich. ³Die sonstigen besonderen Vorschriften über die vorzeitige Beendigung der Amtszeit der Regionalversammlung bleiben unberührt.

(3) Die Feststellung über den Verlust der Wählbarkeit und das Ausscheiden aus der Regionalversammlung trifft die Regionalversammlung.

§ 208 Aufgaben der Regionalversammlung

(1) Die Regionalversammlung beschließt über alle Selbstverwaltungsangelegenheiten des Regionalverbandes, für die seine ausschließliche Zuständigkeit gesetzlich bestimmt ist oder für die er sich die Entscheidung ausdrücklich vorbehalten hat.

(2) Über andere als Selbstverwaltungsangelegenheiten des Regionalverbandes kann die Regionalversammlung nur beschließen, wenn besondere gesetzliche Vorschriften dies zulassen.

(3) Für die der Regionalversammlung vorbehaltenen Aufgaben gelten die Vorschriften der Landkreisordnung über vorbehaltene Aufgaben entsprechend.

§ 209 Anzuwendende Vorschriften der Landkreisordnung

¹Für die Regionalversammlung gelten die Vorschriften der §§ 171, 172 und 173 entsprechend. ²Die Aufgaben des Kreis Ausschusses nach § 171 Nummer 15 in Verbindung mit § 51a Absatz 5 werden vom Regionalverbandsausschuss wahrgenommen.

§ 210

Regionalverbandsausschuss

(1) Der Regionalverbandsausschuss hat 15 Mitglieder.

(2) ¹Der Regionalverbandsausschuss entscheidet über Selbstverwaltungsangelegenheiten des Regionalverbandes, für die die Regionalversammlung nicht ausschließlich zuständig ist oder für die die Regionalversammlung sich die Entscheidung nicht ausdrücklich vorbehalten hat. ²Der Regionalverbandsausschuss entscheidet in dringenden Fällen, die aus Gründen des Gemeinwohls keinen Aufschub bis zur nächsten Sitzung der Regionalversammlung dulden, anstelle der Regionalversammlung. ³Der Regionalverbandsausschuss hat die Regionalversammlung unverzüglich zu unterrichten. ⁴Die Regionalversammlung kann die Entscheidung des Regionalverbandsausschusses aufheben, soweit nicht schon Rechte anderer als Folge der Entscheidung entstanden sind. ⁵Der Regionalverbandsausschuss bereitet alle Angelegenheiten, über die die Regionalversammlung zu entscheiden hat, vor. ⁶Dies gilt nicht, wenn die Regionalversammlung ohne Vorbereitung entscheiden will oder die Vorbereitung einem Regionalversammlungsausschuss übertragen hat. ⁷Der Regionalverbandsausschuss soll Angelegenheiten, für deren Entscheidung er zuständig ist, der Regionalversammlung zur Entscheidung vorlegen, wenn er sie für besonders bedeutungsvoll für den Regionalverband hält.

(3) Für die Berufung, Vertretung und Rechtsstellung der Mitglieder des Regionalverbandsausschusses sowie das Verfahren gelten die Vorschriften über den Kreisausschuss entsprechend.

III. Abschnitt Kooperationsrat

§ 211

Zusammensetzung des Kooperationsrates und Verfahren

(1) ¹Im Kooperationsrat sind die regionalverbandsangehörigen Gemeinden durch ihre Bürgermeisterin oder ihren Bürgermeister vertreten. ²Jede Gemeinde entsendet eine weitere Vertreterin oder einen weiteren Vertreter aus der Mitte des Gemeinderates; darüber hinaus stehen ihr für je 40.000 Einwohnerinnen und Einwohner zwei weitere Vertreterinnen oder Vertreter zu. ³Im Übrigen gilt § 114 entsprechend. ⁴Jede in der Regionalversammlung vertretene Fraktion kann ein Mitglied mit beratender Funktion in den Kooperationsrat entsenden.

(2) Den Vorsitz im Kooperationsrat hat die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor; sie oder er hat kein Stimmrecht.

(3) ¹Auf Antrag einer Gemeinde ist der Kooperationsrat unverzüglich einzuberufen. ²Die Einberufungsfrist beträgt vier Wochen. ³In dringenden Fällen kann die Frist auf zwei Wochen verkürzt werden. ⁴Im Übrigen gelten für das Verfahren im Kooperationsrat die Vorschriften der Landkreisordnung entsprechend..

§ 211a

Aufgaben des Kooperationsrates

(1) ¹Der Kooperationsrat entscheidet im Rahmen der Zuständigkeiten des Regionalverbandes über folgende Aufgaben:

1. Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung des Flächennutzungsplans und des Landschaftsplans nach den Vorschriften des Baugesetzbuchs und des Gesetzes zum Schutz der Natur und Heimat im Saarland
2. Wirtschaftsförderung
3. Öffentlicher Personennahverkehr nach dem Gesetz über den Öffentlichen Personennahverkehr im Saarland
4. Koordination von Freizeit-, Sport- und Erholungsmaßnahmen.

²Der Kooperationsrat kann die Aufgaben des Bildungsbeirats wahrnehmen. ³Satz 1 gilt nicht, soweit der Regionalverband Aufgaben in grenzüberschreitender Zusammenarbeit erledigt; entgegenstehendes Bundesrecht bleibt unberührt.

(2) Der Kooperationsrat ist in folgenden Angelegenheiten zu hören:

1. Erlass der Haushaltssatzung gemäß § 216 in Verbindung mit § 84
2. Entscheidung über eine kommunale Zusammenarbeit nach § 197 Abs. 4 in Verbindung mit § 143 Abs. 3
3. regionale freiwillige Jugendarbeit
4. regionale Schulentwicklungsplanung.

(3) Die Zustimmung des Kooperationsrates zur Entscheidung der Regionalversammlung über einen höheren Anteil an der Finanzierung einer kommunalen Zusammenarbeit nach § 19 a Abs. 2 des Kommunalfinanzausgleichsgesetzes muss einstimmig erfolgen.

IV. Abschnitt

Regionalverbandsdirektorin, Regionalverbandsdirektor und Regionalverbandsbeigeordnete

§ 212

Regionalverbandsdirektorin, Regionalverbandsdirektor

(1) ¹Die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor wird von den Bürgerinnen und Bürgern der regionalverbandsangehörigen Gemeinden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gleichzeitig mit der Regionalversammlung gewählt. ²Sie oder er ist Beamtin oder Beamter auf Zeit.

(2) Die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor oder eine andere leitende Beamtin oder ein anderer leitender Beamter des Regionalverbandes muss die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst oder zum Richteramt besitzen.

(3) Auf die Regionalverbandsdirektorin oder den Regionalverbandsdirektor finden die für die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister geltenden Vorschriften der Gemeindeordnung über die Rechtsstel-

lung, die Amtszeit, die Eignung, die Ausschreibung, die Wahl, die Wahlanfechtung, die Abwahl und den Ruhestand auf Antrag aus besonderem Grund entsprechende Anwendung.

§ 213

Aufgaben der Regionalverbandsdirektorin oder des Regionalverbandsdirektoren

(1) Die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor ist die gesetzliche Vertreterin oder der gesetzliche Vertreter des Regionalverbandes.

(2) ¹Die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor leitet die Verwaltung des Regionalverbandes. ²Sie oder er bereitet die Beschlüsse des Regionalverbandsausschusses vor und führt die Beschlüsse der Regionalversammlung und des Regionalverbandsausschusses aus. ³Sie oder er erledigt die Geschäfte der laufenden Verwaltung und die ihr oder ihm übertragenen Selbstverwaltungsangelegenheiten des Regionalverbandes. ⁴Die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor ist allein zuständig, soweit gesetzlich eine Anhörung des Regionalverbandes vorgeschrieben und die Angelegenheit im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten ist.

(3) Die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor erledigt die dem Regionalverband übertragenen staatlichen Aufgaben (Auftragsangelegenheiten), soweit durch Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

(4) ¹Die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor ist Dienstvorgesetzte oder Dienstvorgesetzter und oberste Dienstbehörde der Regionalverbandsbediensteten und der Regionalverbandsbeigeordneten. ²Ihr oder ihm obliegt die Ernennung und Entlassung der Beamtinnen und Beamten sowie die Einstellung, Einstufung und Entlassung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach den Beschlüssen der Regionalversammlung und des Regionalverbandsausschusses.

(5) Die Befugnisse der oder des Dienstvorgesetzten und der obersten Dienstbehörde nimmt gegenüber der Regionalverbandsdirektorin oder dem Regionalverbandsdirektoren in den Fällen des § 8 Abs. 1, § 58 Abs. 1 und § 59 Abs. 2 des Saarländischen Beamtengesetzes und des § 83 Abs. 2 des Saarländischen Disziplinalgesetzes die Kommunalaufsichtsbehörde, im Fall des § 85 des Saarländischen Beamtengesetzes die Regionalversammlung, im Übrigen die oder der zur Vertretung der Regionalverbandsdirektorin oder des Regionalverbandsdirektoren berufene Regionalverbandsbeigeordnete wahr.

(6) Die Vorschriften der Landkreisordnung über Widerspruchs- und Vorlagepflicht bei rechtswidrigen Beschlüssen, Anordnungsbefugnis der Landrätin oder des Landrates in dringenden Fällen und Verpflichtungserklärungen gelten entsprechend.

§ 214

Regionalverbandsbeigeordnete

(1) ¹Die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor wird im Fall ihrer oder seiner Verhinderung durch Regionalverbandsbeigeordnete in der von der Regionalversammlung festgesetzten Reihenfolge vertreten. ²Die erste Stellvertreterin oder der erste Stellvertreter der Regionalverbandsdirektorin oder des Regionalverbandsdirektoren führt die Amtsbezeichnung Erste Regionalverbandsbeigeordnete oder Erster Regionalverbandsbeigeordneter. ³Im Fall gleichzeitiger Verhinderung der Regionalverbandsdirektorin oder des Regionalverbandsdirektoren und der Regionalverbandsbeigeordneten wählt die Regionalversammlung für die Dauer der Verhinderung eine besondere Vertrete-

rin oder einen besonderen Vertreter aus seiner Mitte; hierbei führt das an Lebensjahren älteste hierzu bereite Mitglied der Regionalversammlung den Vorsitz.

(2) ¹Der Regionalverband hat insgesamt bis zu fünf Regionalverbandsbeigeordnete. ²Bei der Wahl ist die Reihenfolge der Regionalverbandsbeigeordneten festzusetzen. ³Die Regionalverbandsbeigeordneten sind Ehrenbeamtinnen oder Ehrenbeamte. ⁴Die Vorschriften der Gemeindeordnung über die ehrenamtlichen Beigeordneten gelten entsprechend.

(3) Die Regionalverbandsdirektorin oder der Regionalverbandsdirektor kann mit Zustimmung der Regionalversammlung Regionalverbandsbeigeordneten bestimmte Geschäftszweige zur Erledigung übertragen.

V. Abschnitt Regionalverbandsbedienstete

§ 215

Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

Für die Regionalverbandsbediensteten gelten sinngemäß die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Gemeindebediensteten.

§ 215a

Frauenbeauftragte des Regionalverbandes

¹Der Regionalverband muss eine hauptamtliche Frauenbeauftragte bestellen. ²Für die Frauenbeauftragte gilt § 79a entsprechend.

Dritter Teil Regionalverbandswirtschaft

§ 216

Anzuwendende Vorschriften der Landkreisordnung

Die Vorschriften über die Kreiswirtschaft gelten entsprechend.

Vierter Teil Kommunalaufsicht

§ 217

Anzuwendende Vorschriften der Gemeindeordnung

Soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist, gelten für die Kommunalaufsicht über den Regionalverband die Vorschriften der Gemeindeordnung über die Kommunalaufsicht entsprechend.

§ 218

Kommunalaufsichtsbehörden

(1) Kommunalaufsichtsbehörde des Regionalverbandes Saarbrücken ist das Landesverwaltungsamt.

(2) ¹Oberste Kommunalaufsichtsbehörde ist das Ministerium für Inneres und Sport. ²Soweit die Zuständigkeit der oberen Kommunalaufsichtsbehörde gesetzlich bestimmt ist, tritt an ihre Stelle die oberste Kommunalaufsichtsbehörde.

Teil D

Übergangs- und Schlussvorschriften

§ 219

Einwohnerzahl

¹Soweit nach diesem Gesetz die Einwohnerzahl von rechtlicher Bedeutung ist, ist das vom Statistischen Amt zuletzt, in den Fällen der §§ 32, 64, 156, 184 und 211 das letzte vor dem sechzigsten Tag vor dem Wahltag fortgeschriebene und veröffentlichte Ergebnis der letzten allgemeinen Zählung der Bevölkerung maßgebend. ²§ 71 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

§ 220

Beitreibung von Geldbußen und Zwangsgeldern

Geldbußen und Zwangsgelder werden im Verwaltungszwangsverfahren beigetrieben.

§ 221

Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes

(1) ¹Die Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes ist eine Versorgungseinrichtung im Sinne dieses Gesetzes. ²Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. ³Die Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände gehören ihr als Mitglieder an. ⁴Die Aufnahme weiterer Mitglieder und die Voraussetzungen hierfür werden durch die nach Absatz 5 zu erlassende Rechtsverordnung geregelt.

(2) ¹Die Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes führt als Sonderkassen die Ruhegehaltskasse und die Zusatzversorgungskasse. ²Die Vermögen der Sonderkassen sind Sondervermögen und haften jeweils nur für deren Verbindlichkeiten. ³Sie sind getrennt zu verwalten.

(3) ¹Die Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes regelt ihre Angelegenheiten durch Satzung. ²Sie hat die Aufgabe, im Rahmen der Satzung für ihre Mitglieder die beamtenrechtlichen Versorgungslasten auszugleichen und den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihrer Mitglieder im Wege privatrechtlicher Versicherung eine zusätzliche Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenversorgung zu gewährleisten. ³Auf Antrag eines Mitgliedes kann sie für dieses die Aufgabe der Festsetzung der beamtenrechtlichen Versorgungsleistungen wahrnehmen und hierbei das Mitglied in Widerspruchsverfahren und Rechtsstreitigkeiten vertreten. ⁴Sie kann auf Antrag eines Mitgliedes für dieses die Aufgabe der Berechnung und Zahlung der Beihilfen in Krankheits-, Pflege-, Geburts- und Todesfällen, der Besoldung und der Entgelte wahrnehmen; Satz 3 gilt entsprechend. ⁵Weitere Aufgaben können der Kasse durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes übertragen werden.

(4) ¹Organe der Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes sind die Verwaltungsbeiräte der Ruhegehaltskasse und der Zusatzversorgungskasse, der Gesamtverwaltungsbeirat und die Direktorin oder der Direktor. ²Die Direktorin oder der Direktor leitet die Kasse als deren Vertreterin oder deren Vertreter nach den Beschlüssen der Verwaltungsbeiräte und führt die Geschäfte der laufenden Verwaltung.

(5) Das Ministerium für Inneres und Sport wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung Bestimmungen zu treffen über

1. die Aufgaben, den Aufbau und die Verwaltung der Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse, deren Aufsicht sowie über die Zusammensetzung, die Aufgaben und Bestellung der Mitglieder der Verwaltungsbeiräte,
2. die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen der Ruhegehalts- und Zusatzversorgungskasse des Saarlandes.

§ 221a

Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände

Bevor durch Gesetz oder Verordnung allgemeine Fragen geregelt werden, welche die Gemeinden und Gemeindeverbände unmittelbar berühren, sollen die kommunalen Spitzenverbände gehört werden.

§ 222

Durchführung dieses Gesetzes

(1) Unbeschadet der in diesem Gesetz enthaltenen Ermächtigungen wird das Ministerium für Inneres und Sport ermächtigt, für die Gemeinden durch Rechtsverordnung Bestimmungen zu treffen über

1. die öffentliche Bekanntmachung, insbesondere von Satzungen,
2. Form und Inhalt von Niederschriften über die Verhandlungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse,
3. Inhalt und Gestaltung des Haushaltsplans, der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung und des Investitionsprogramms sowie die Haushaltsführung und die Haushaltsüberwachung; dabei kann es bestimmen, dass Einzahlungen und Auszahlungen, für die ein Dritter Kostenträger ist oder die von einer zentralen Stelle ausgezahlt werden, nicht im Haushalt der Gemeinde abgewickelt werden,
4. die Veranschlagung von Erträgen, Aufwendungen sowie Einzahlungen und Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für einen vom Haushaltsjahr abweichenden Wirtschaftszeitraum,
5. die Bildung von Budgets sowie den Ausweis von Zielen und Kennzahlen,
6. die Bildung von Rückstellungen,
7. die Erfassung, den Nachweis und die Bewertung des Vermögens und der Schulden sowie die Abschreibung der Vermögensgegenstände,
8. die Geldanlagen und ihre Sicherung,
9. die Ausschreibung von Lieferungen und Leitungen sowie die Vergabe von Aufträgen einschließlich des Abschlusses von Verträgen; dabei können die Gemeinden verpflichtet werden, die Grundsätze anzuwenden, die das Ministerium für Inneres und Sport bekannt gibt.

10. die Stundung, die Niederschlagung und den Erlass von Ansprüchen sowie die Behandlung von Kleinbeträgen,
11. Inhalt und Gestaltung des Jahresabschlusses,
12. die Aufgaben und die Organisation der Gemeindekasse, deren Beaufsichtigung und Prüfung sowie die ordnungsgemäße Abwicklung der Buchführung und des Zahlungsverkehrs,
13. die zeitliche Aufbewahrung von Büchern, Belegen und sonstigen Unterlagen,
14. Aufbau und Verwaltung, Wirtschaftsführung und Rechnungswesen der Eigenbetriebe.

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 und die Vorschriften des § 67 Abs. 1 Satz 3 und § 126 gelten für die Durchführung der Landkreisordnung und der Regionalverbandsordnung entsprechend.

(3) Vor dem Erlass von Rechtsverordnungen zur Durchführung dieses Gesetzes sind die von den Gemeinden und Gemeindeverbänden zur Förderung ihrer Interessen gebildeten Vereinigungen zu hören.

(4) ¹Das Ministerium für Inneres und Sport erlässt die erforderlichen Verwaltungsvorschriften^[11]. ²Es kann zur Vergleichbarkeit der Haushalte Muster für verbindlich erklären, insbesondere für

1. die Haushaltssatzung und ihre Bekanntmachung,
2. die Form des Haushaltsplans und seiner Anlagen,
3. die Gliederung des Haushaltsplans in Teilhaushalte, die Gliederung des Ergebnishaushalts nach Ertrags- und Aufwandsarten, des Finanzhaushalts nach Einzahlungs- und Auszahlungsarten,
4. die Gliederung und die Form der Bestandteile des Jahresabschlusses und seiner Anlagen,
5. die Buchführung und die Zahlungsabwicklung,
6. die Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände des Anlagevermögens,
7. die Gliederung des Produktplans.

Fußnoten

[11]) Vgl. VV Kommunalhaushaltsrecht vom 6. November 2006 (Amtsbl. S. 2105).

§ 223 (aufgehoben)